

Stenographisches Protokoll

38. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 30. Oktober 1957

Tagesordnung

Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 1483)
Entschuldigungen (S. 1483)

Verhandlung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958 (297 d. B.)

Erste Lesung

Redner: Prinke (S. 1483), Koplenig (S. 1494), Olah (S. 1500), Dr. Gredler (S. 1506), Dipl.-Ing. Hartmann (S. 1512),

Strasser (S. 1520) und Grubhofer (S. 1528)

Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 1530)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Wimberger, Dengler und Genossen, betreffend die Abänderung des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957 (45/A)

Schneeberger, Altenburger und Genossen, betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (10. Arbeitslosenversicherungsgesetz-Novelle) (46/A)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet haben sich die Abgeordneten Cerny, Dwořak, Dipl.-Ing. Strobl, Strommer und Honner.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Doktor Josef Fink, Glaser, Dr. Gorbach, Hattmannsdorfer, Dr. Oberhammer, Dr. Tončić, Czernetz, Astl und Stampler.

Entschuldigt haben sich ferner der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und der Herr Bundesminister für Justiz wegen Krankheit, der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und der Herr Staatssekretär Dr. Kreisky wegen Teilnahme an Tagungen im Ausland.

Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958 (297 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prinke. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Prinke:** Hohes Haus! Seit Kriegsende beschäftigt sich das Hohe Haus zum zwölften Male mit dem Haushaltsvor-

anschlag für das jeweils kommende Jahr. Auch diesmal konnte der Herr Finanzminister den Voranschlag rechtzeitig vorlegen. Wenn man auf dieses Dutzend der seit dem zweiten Weltkrieg vergangenen Jahre zurückblickt, so werden wir erfreulicherweise feststellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande einer steil nach aufwärts führenden Linie gleicht. Zwischen 1945 und 1957 liegen wohl nur zwölf Jahre, dennoch glauben wir rückschauend, daß eigentlich Generationen vergangen sein müßten, um das alles zu schaffen, was uns heute schon längst als eine Selbstverständlichkeit erscheint. Vom absoluten Nichts der unmittelbaren Nachkriegszeit haben wir heute einen Lebensstandard erreicht, den wir in den Vorkriegsjahren, ja selbst in den Zeiten der großen Donaumonarchie und den damit verbundenen größeren Wirtschaftsmöglichkeiten niemals besaßen.

Das alles kam nicht von ungefähr. Es bedurfte harter Arbeit aller positiven Kräfte in diesem Lande, um diese Aufbauenerfolge zu erreichen. Unter diesen positiven Kräften verstehe ich nicht allein die Politiker, die das Grundkonzept beschließen und seine Durchführung überwachen, die Wirtschaftsführer und die maßgeblichsten staatlichen Verwaltungsstellen, sondern vor allem unser ganzes österreichisches Volk, ob auf dem Lande oder in der Stadt. Eine gute Politik gibt schließlich nur die Basis, auf der gearbeitet werden soll, sie stellt den Rahmen dar, in dem sich das öffentliche und wirtschaftliche Leben bewegen soll. Alle unsere guten Konzepte und Vorschläge sowie Anregun-

gen, alle noch so gut durchdachten Gesetze, die wir in diesem Hause beschließen, wären nur seelenloses Papier, wenn sie nicht Tag für Tag immer aufs neue durch die aufopferungsvolle Arbeit des ganzen österreichischen Volkes mit pulsierendem Leben erfüllt würden.

So ist es unsere erste Verpflichtung, allen schaffenden Menschen in diesem Lande ohne Unterschied des Standes und des Berufes unseren Dank für ihre Arbeit auszusprechen und sie zu bitten, auch weiterhin in so überreichem Maße ihre Arbeit zum Wohle unseres Volkes und Landes zu leisten. Wir Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei — das möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen stellen — wollen die Generaldebatte zum Budget zum Anlaß nehmen, unseren Wählern und darüber hinaus dem ganzen Volke zu versprechen, daß wir uns auch weiterhin bemühen werden, unsere Kräfte in den Dienst des österreichischen Volkes zu stellen, und daß wir uns weiter bemühen werden, das Beste für alle Volksschichten zu leisten.

Die Budgetdebatte ist schon traditionell zu einer Generaldebatte nicht nur über den rein ziffernmäßigen Inhalt des Staatshaushaltplanes geworden, sondern sie gibt uns darüber hinaus auch Gelegenheit zu einer skizzenhaften Rückschau auf die abgelaufene Tätigkeit und zu einer Vorschau auf die noch vor uns liegenden Probleme.

Wir haben in den vergangenen Jahren unsere politische Arbeit unter das Motiv gestellt: „Versprochen — verwirklicht“. Wir wollten damit unter Beweis stellen, daß es uns nicht um leere Worte, um leere Wahlversprechungen geht, sondern daß es uns wirklich darum geht, unserem Volke am besten zu dienen. Wir wollen das österreichische Volk von der leider sehr weit verbreiteten Ansicht, nämlich daß die Politik Selbstzweck sei, loslösen und durch Vergleiche von Versprechungen und Tatsachen aufzeigen, daß wir ständig bemüht sind, den Worten die ausführenden Taten folgen zu lassen.

Nach den letzten Nationalratswahlen hat sich der Herr Bundeskanzler am Beginn seiner Regierungserklärung zum Fortschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Stabilität der Währung und der Preise bekannt, weiters die Forderung nach Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erhoben und sich zum Prinzip der Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen bekannt.

Seither sind eineinhalb Jahre vergangen, und es konnte, obwohl das Regierungsprogramm vom Juli 1956 für eine Legislaturperiode von vier Jahren gilt, der größte Teil dieser Forderungen bereits verwirklicht wer-

den. Die Zahl der Beschäftigten hat, wie der Herr Finanzminister gestern bekanntgab, Ende August dieses Jahres die Rekordhöhe von 2,255.600 Personen erreicht. Der Banknotenumlauf bewegt sich in einer Höhe, die zu keinen Besorgnissen Anlaß gibt. Unsere Währung ist, wie Sie der heutigen Mitteilung der Presse entnehmen können, zu 98 Prozent gedeckt. Wir haben derzeit eine Gold- und Devisenreserve von rund 13 Milliarden Schilling, das sind um 2½ Milliarden Schilling mehr als vor einem Jahr. Wenn wir demgegenüber die Sparleistung der österreichischen Bevölkerung berücksichtigen, müssen wir aber auch feststellen, daß sich die Spareinlagen derzeit in einer Höhe von 15½ Milliarden Schilling bewegen, das ist gleichfalls um 2½ Milliarden Schilling mehr als vor einem Jahr. Wenn wir darüber hinaus unsere Blicke der österreichischen Sozialversicherung zuwenden, dann müssen wir feststellen, daß die Leistungen in der Sozialversicherung ihre absolute Sicherung durch den Staatshaushalt, durch das Budget finden. Der Herr Finanzminister konnte darauf hinweisen, daß wesentliche Verbesserungen in der Sozialversicherung im Vorschlag für das Jahr 1958 enthalten sind: Erhöhung der Altersrenten in der Pensionsversicherung, Ansätze für die Selbständigenpensionsversicherung zum Anlaufen, Verbesserungen in der Arbeitslosenversicherung, in der Kriegsofferfürsorge, bei den Opferfürsorgern, Beihilfen für die Krankenanstalten und so weiter. Dies sind alles Verbesserungen, die im Jahre 1958 einen Rahmen von rund 600 Millionen Schilling beanspruchen werden.

Der Stand unserer Sozialversicherung ist auf eine Höhe gebracht, wo es nur mehr Verbesserungen und Korrekturen bedarf, um sagen zu können, daß Österreich die beste Sozialversicherung in der ganzen Welt hat.

Ebenso können wir auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung sagen, daß es noch einiger kleiner Ausfeilungen und Restbestimmungen bedarf, um auch hier die Krone der Sozialgesetzgebung zu erreichen. Ich weiß, daß noch verschiedene Forderungen der Arbeitnehmer, wie die Ausdehnung des Mutterschutzes, das Hausgehilfennengesetz, das Ladenschlußgesetz und viele andere Dinge, zur Diskussion stehen. Ich bin überzeugt, daß es gelingen wird, in gemeinsamer Arbeit auch diese schweren Arbeiten und Aufgaben zu leisten.

Die in Vorbereitung stehende Steuersenkung vor allem für kleine und mittlere Einkommen ab 1. Jänner 1958 verspricht einen weiteren Schritt zur endlichen Herbeiführung einer wirklichen Steuergerechtigkeit. Hand in Hand

damit gehen die zahlreichen neuen sozialen Maßnahmen, die von der Regierung Raab II bereits durchgeführt wurden und die nun durch die Einbeziehung der selbständig Erwerbstätigen in eine Alters- und Pensionsversicherung eine vorläufige Krönung erfahren werden.

Viele Jahre war die Durchsetzung einer gesunden Familienpolitik eines unserer größten Sorgenkinder. Die familienfördernden Maßnahmen standen, von meiner Partei vorbehaltlos unterstützt, an oberster Stelle eines Wunschprogramms für die nächste Zeit. Wir haben hier im Hause immer wieder auf die Notwendigkeit einer stärkeren Familienförderung durch den Staat in Form von Kinderbeihilfen und Steuererleichterungen, ferner beim Wohnungsbau und überall dort, wo dies möglich ist, hingewiesen. Wir mußten oft in drastischer Form die Gefahren aufzeigen, die eine staatliche Vernachlässigung der Familienbelange für den weiteren Bestand unseres Volkes in sich birgt. Unser Rufen wurde schließlich gehört, und auf vielen Gebieten der Familienförderung sind Maßnahmen eingeleitet worden, die ihre positiven Auswirkungen gezeitigt haben. Das Überwiegen der Sterblichkeitsziffer gegenüber der Geburtenziffer ist gebietsweise zum Stillstand gekommen, die Geburtenfreudigkeit nimmt allmählich zu, und der Volkstod scheint somit gebannt.

Mit aufrichtiger Freude begrüßen wir deshalb die Absicht, ab 1. Jänner 1958 eine halbe 13. Kinderbeihilfe für jedes Kind zur Auszahlung zu bringen, dann die Erhöhung der Kinderbeihilfe um 10 S monatlich bis zum fünften und um 20 S ab dem fünften Kind, sowie die Erhöhung der Kinderermäßigungen im Rahmen der mittleren Einkommensgruppen einzuführen. Alle diese Maßnahmen kosten annähernd 340 Millionen Schilling im Jahr, doch gibt es keine sinnvollere Verwendung der öffentlichen Gelder als jene, die in des Wortes schönstem Sinne der Zukunft unseres Volkes gewidmet ist.

Die gegenwärtige Hochkonjunktur wird auch durch das vorliegende Budget neuen Auftrieb erhalten. Der Bundesvoranschlag für 1958 sieht Ausgaben von insgesamt 37,3 Milliarden Schilling vor und 1,7 Milliarden Schilling an Investitionen im außerordentlichen Budget. Außerdem erhält er ein Eventualbudget von 500 Millionen Schilling. Somit sind die Gesamtausgaben im Präliminare um rund 20 Prozent höher als im Voranschlag 1957. Das ist vor allem auf wesentlich höhere Mittel zurückzuführen, die für das Heer, für soziale Zwecke und für Investitionen in Aussicht genommen sind.

Der Voranschlag rechnet mit laufenden Einnahmen von 36,3 Milliarden Schilling. Da die Einnahmen — wie der Herr Finanzminister erwähnte — eher optimistisch geschätzt sind und die verfügbaren Quellen so ziemlich zur Ausschöpfung gelangen, dürfte voraussichtlich ein größerer Teil des Abganges von rund 2,7 Milliarden Schilling durch Kreditoperationen finanziert werden.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit an alle, die es angeht, den Appell zu einer realistischen Beurteilung der Finanzkraft des Staates richten. Daß wir heute, ohne daß vorher schwere Auseinandersetzungen in der Koalition, wie vielfach früher, stattgefunden haben, über den Staatsvoranschlag 1958 sprechen können, hat seine dankenswerte Ursache in der allgemeinen Einsicht, mit der sich die Ressortleiter beider Regierungsparteien zu Kürzungen ihrer Voranschläge bereit erklärten. ÖVP- und SPÖ-Minister haben bei den Vorbesprechungen zum Budget den realistischen Möglichkeiten nachgegeben und sich anerkennenswerterweise bereit erklärt, ihre Wünsche mit den vorhandenen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Das freut uns und verdient, lobend öffentlich erwähnt zu werden.

Noch mehr aber würde uns freuen, wenn man sich auch neben dem Budget und über die Budgetverhandlungen hinaus zum gleichen Grundsatz bekennen würde. Die Einsicht bei den Besprechungen über den Staatshaushaltsplan allein genügt nicht, um die wirtschaftlichen Auffassungen der beiden Parteien auf einen Nenner zu bringen. Diese Einsicht, daß der Staat nicht mehr ausgeben darf, als er vermutlich einnehmen wird, darf nicht nur während der kurzen Zeit der Budgetberatungen Rorherrschen, sondern sie muß nach unserer Meinung die gesamte Wirtschaftspolitik der Regierung beherrschen.

Was hat es zum Beispiel für einen Zweck, wenn der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann in Zusammenhang mit einer sicherlich notwendigen Sanierung der ehemaligen und jetzt verstaatlichten USIA-Betriebe nach ERP-Mitteln ruft oder die Beistellung der fehlenden 600 Millionen Schilling durch den Bund verlangt? Auch hier muß das Prinzip des Gleichgewichtes zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Staates gewahrt bleiben, und wir würden es als einen echten Wandel Ihrer Gesinnung und als einen geradezu befreienden Beitrag zu einer reibungslosen Zusammenarbeit auf Koalitionsebene begrüßen, wenn Sie von sozialistischer Seite die so oft geübte Opposition gegen die Raab-Kamitz-Finanzpolitik fallenließen.

Es wird sicherlich von niemand bestritten: eine Sanierung der sogenannten USIA-Betriebe ist notwendig. Aber nicht mit demagogischen Phrasen, sondern in gemeinsamer Zusammenarbeit wird der Weg gefunden werden müssen, um die Bedeckung dieses Erfordernisses erzielen zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese seltsame Obstruktion in finanzpolitischen Dingen belastet das reibungslose Funktionieren der Regierungsmaschinerie mehr, als man im allgemeinen glaubt. Die Sozialistische Partei ist nach unserer Meinung viel zu leichtfertig bereit, jeden wirtschaftlichen Engpaß, wo immer er auftaucht, durch eine Regierungsaktion des Finanzministers beheben zu lassen. Wenn irgendwo in einer öffentlichen Körperschaft ein Defizit entsteht oder durch abnormale Verhältnisse vorübergehend Schwierigkeiten bei den Sozialversicherungsinstituten auftreten, so hören wir immer nur einen Vorschlag: der Finanzminister muß die Mittel zur Behebung des Notstandes beistellen.

Meine Damen und Herren! Der Finanzminister ist wohl nach übereinstimmendem Urteil — *(zu den Sozialisten:)* ich glaube, auch nach Ihrem Urteil — als ein sehr erfahrener und volkswirtschaftlich gebildeter Mann bekannt; er ist einer der beiden Schöpfer des gegenwärtigen so erfreulichen Wirtschaftskurses und ein unentwegter Wächter über die Stabilität der Währung, der Löhne und Gehälter und der Preise. *(Widerspruch bei den Sozialisten. — Abg. Dr. Migsch: Bisher habe ich geglaubt, Schöpfer gibt's nur einen, jetzt gibt's zwei!)* Regierung Raab—Kamitz, Kurs Raab—Kamitz — es sind also immer zwei. Kamitz ist ein hervorragender Könnler in seinem Fach. Er ist aber kein Zauberer. Verlangen Sie vom Finanzminister nicht, daß er die zusätzlichen Milliarden, die solche Forderungen in summa ausmachen, wie ein Zauberer auf einer Zirkusbühne aus einem Zylinderhut nimmt und sie dem beifallstobenden Publikum hinwirft. Finanzpolitik ist keine schwarze Zauberkunst *(Zwischenrufe bei den Sozialisten)*, sie ist auch keine rote Zauberkunst, auch Sie haben diese Zaubersprüche noch nicht erfunden! —, sondern sie ist vielmehr eine nüchterne Arbeit, die sich in der sinnvollen Verwendung der Steuerleistung des Volkes erschöpft.

Das Volk aber sind wir alle, die österreichischen Arbeiter und Angestellten, die Gewerbetreibenden und Handelstreibenden, die Bauern und Landwirte, kurz wir alle. Sie alle klagen mit Recht über eine zu hohe Belastung ihrer Einkünfte durch Steuern. Das Bemühen des Finanzministers geht dahin, den berechtigten Wünschen nach Steuererleichterung

nachzukommen. Die von ihm durchgeführte zweimalige Steuersenkung und die dritte in Aussicht stehende sind vollgültige Beweise dafür. Dieses Prinzip müssen wir aber kompromißlos durchstehen.

Die von uns gewünschte Änderung in den finanzpolitischen Auffassungen betrifft in erster Linie einen Wandel in der bisherigen Vorstellung unseres Koalitionspartners über die Funktion der dem Staate zur Verfügung stehenden Steuergelder. Dabei ist es aber doch so einfach: Es ist doch eine alte Binsenwahrheit, daß von der Hausfrau angefangen bis hinauf zum Finanzminister niemand mehr Geld ausgeben kann, als er vermutlich einnehmen wird, ohne Gefahr zu laufen, in einer grenzenlosen Verschuldung zu versinken. Zusätzliche Forderungen an den Staat können sich daher immer nur durch Verschiebungen im Rahmen der eisen feststehenden Grenzen ergeben. Um im Bilde zu bleiben: Wenn also vom Finanzminister plötzlich und überraschend solche zusätzliche Geldmittel für irgendwelche Zwecke verlangt werden, so können diese billigerweise nur zur Verfügung stehen, wenn man bereit ist, auf die Verwirklichung anderer Projekte zu verzichten und die dafür vorgesehenen Geldbeträge für die unvorhergesehenen Erfordernisse bereitzustellen. Zu solchen Maßnahmen muß man aber stehen. Diese sehr einleuchtenden Grundsätze haben die Abgeordneten, gleichgültig, welcher Partei sie angehören, vor dem Volke zu vertreten und zu verantworten. Unsere Politik ist darauf gerichtet, die absolute Stabilität unserer Währung zu garantieren, weil wir damit auch den arbeitenden Menschen in unserem Lande den Arbeitsplatz sichern und damit auch die Vollbeschäftigung auf Dauer gesehen aufrechterhalten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Erlauben Sie mir daher, daß ich die heutige Generaldebatte wieder einmal dazu benütze, um an die Einsicht aller zu appellieren. Ich gebe zu, daß insbesondere in diesem Jahre die Sachlichkeit wieder — auch auf Seite des Koalitionspartners, zumindest in einigen finanzpolitischen Fragen — sichtbar zum Durchbruch gekommen ist. Aber trotzdem gibt es immer noch manche, die ungerechtfertigte Kritik üben wollen, was man im Interesse einer Hebung des Ansehens der Koalitionspolitik doch besser unterlassen sollte. Ich darf dafür mit Beispielen aufwarten.

Jedermann weiß, daß die letzten Nationalratswahlen hauptsächlich im Zeichen der Fragen gestanden sind, ob die Gewinne der verstaatlichten Betriebe in einen Investitionsfonds des Verstaatlichungsministeriums fließen sollen oder ob sie dem Finanzminister zur

Verfügung zu stellen sind, damit er den gestellten Anforderungen besser entsprechen kann. Die zweite Alternativfrage an den Wähler lautete damals, ob es ihm lieber sei, die aus dem Deutschen Eigentum an Österreich zurückfallenden Betriebe in Bausch und Bogen zu verstaatlichen, oder aber, ob es nicht besser wäre, sie in Form von Volksaktien dem österreichischen Volk unmittelbar zu übergeben.

Die Mehrheit der Wähler entschied sich damals für die von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagene Lösung, das heißt für die Auflösung des Investitionsfonds und für die Einführung von Volksaktien in allen Betrieben, bei denen dies wirtschaftlich möglich ist.

Demgemäß stand die Regierungserklärung des Bundeskanzlers, soweit sie diesen Teil des gemeinsamen Programms betrifft, im Zeichen unserer Grundsätze. Der Herr Bundeskanzler hat das Programm seiner Regierung aber nicht als Chef der ÖVP, sondern als Vorsitzender der Bundesregierung und im Namen dieser Regierung vor dem Hause abgegeben. Die Bundesregierung hat sich damals vor dem Hohen Hause verpflichtet, die Ausgabe von Volksaktien zu unterstützen, um auf diese Weise zusätzliche Möglichkeiten für die Eigentumbildung des kleinen Mannes zu schaffen. Der Herr Bundeskanzler hat dies im Namen beider Parteien verkündet. Die alleinige Forderung der ÖVP nach diesem Weg wurde somit zu einem Bestandteil des Aktionsprogramms beider Regierungsparteien.

Nun hat der Herr Finanzminister in Befolgung dieser Ankündigung der Bundesregierung und im Namen der Vermögenssicherungsabteilung seines Ressorts die Vorarbeiten für eine möglichst weite und breite Verwirklichung des Volksaktiengedankens in Angriff genommen. Wir wissen bis jetzt, daß von den in Betracht kommenden Betrieben drei größere Unternehmungen für die Umwandlung in Volksaktienbetriebe vorgesehen sind.

Die Ankündigung allein, daß dieser Weg beschritten werden soll, hat jedoch genügt, um die Sozialistische Partei zu einer passiven Resistenz zu veranlassen. Ja mehr noch: der Herr Vizekanzler hat in einer überaus befremdenden Kritik und ohne jeden aktuellen Anlaß die Volksaktienemissionen bei den beiden Staatsbanken zum Anlaß genommen, um öffentlich zu behaupten, daß die Einführung der Volksaktie lediglich den Kapitalisten zugute käme und die kleinen Leute leer ausgegangen seien. Der Herr Vizekanzler hat hier eine irrije Behauptung aufgestellt, denn alle Welt weiß, daß mehr als 80.000 Staatsbürger stimmrechtlose Vorzugsaktien bis zu

einem Nominale von 7000 S gekauft haben. Von den Stammaktien der beiden verstaatlichten Banken übernahm ein sozialistisches Syndikat 40 Prozent des Bestandes. Ich gestatte mir die bescheidene Frage an die Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Was geschah mit diesen 40 Prozent der Stammaktien der verstaatlichten Banken? Haben Sie die an diejenigen kommen lassen, die ein Interesse an diesen Aktien haben, oder werden sie im Tresor dieses Syndikates gut verwahrt, um einmal davon entsprechend Gebrauch machen zu können? Ich kann schon einsehen, daß Sie vielleicht grundsätzlich Gegner der direkten Beteiligung des Volkes an den Unternehmungen sind. Aber wenn man sich einmal zu einer gemeinsamen Erklärung durchgerungen hat, dann sollte man zu dieser Erklärung auch stehen.

Ich gebe Ihnen nun ein Beispiel aus der Privatwirtschaft. Eine Privatbank, die den christlichen Arbeitern nahesteht, hat nun ebenfalls Volksaktien zur Ausgabe gebracht, um ihr Eigenkapital zu erhöhen. Sie würden allen Ihren Wählern ein gutes Beispiel geben, wenn Sie daran denken wollten, der Ihnen nahestehenden Arbeiterbank die Meinung beizubringen, daß es auch für sie gut wäre, ihr Kapital durch Ausgabe von Volksaktien zu vergrößern! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Angaben des Herrn Vizekanzlers beruhen also auf einer glatten Irreführung der Öffentlichkeit. Aber mehr noch! Die ganze Volksaktienaktion bei den beiden verstaatlichten Banken war doch damals im Einverständnis, mit Wissen und Zustimmung der Sozialistischen Partei unternommen worden, um dem Finanzminister die zusätzlichen Geldmittel für eine vorzeitige Auszahlung der hundertprozentig valorisierten Beamtengehälter zur Verfügung stellen zu können.

Ja glaubt denn der Herr Vizekanzler oder glaubt die SPÖ, daß sie in der Bevölkerung mit einer nachträglichen Verächtlichmachung der gemeinsam beschlossenen Regierungsmaßnahmen einen großen politischen Erfolg erzielen wird? Unser österreichisches Volk ist wohl kein politisch leidenschaftliches Volk, in unserem Lande wohnen Gott sei Dank nüchtern und sachlich denkende Menschen, denen man schwerlich ein X für ein U vormachen kann und die sich noch genau daran erinnern werden, daß auch die Kollegen von der sozialistischen Fraktion in diesem Hohen Hause wie ein Mann von ihren Plätzen aufgestanden sind, als gerade jene Maßnahmen angenommen wurden, die man nun, eineinhalb Jahre später, aus politischen Opportunitätsgründen so bekämpft.

Wir sind in der Lage, meine Damen und Herren, unsere Kritik an dieser — gelinde gesagt — doppelzüngigen Haltung der sozialistischen Fraktion an Hand zweier Dokumente zu beweisen. Vor mir liegt der Text der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Ing. Raab nach den Wahlen im Jahre 1956 als Programm beider Regierungsparteien vor dem Hohen Hause abgegeben hat. Über die Frage der weiteren Behandlung des Volksaktiengedankens sagte der Herr Bundeskanzler damals wörtlich: „Jeder Österreicher soll in die Lage versetzt werden, in irgendeiner Form Mitbesitzer an den großen wertschöpfenden Produktionsanlagen unseres Landes zu werden.“ Er meinte damals das Öl. „Bei den übrigen verstaatlichten Unternehmen“ — ich unterstreiche „verstaatlichten Unternehmen“! — „sind Kapitalerhöhungen durch Einräumung von Minderheitsbeteiligungen in Form von Kleinaktien durchzuführen und das Publikumsinteresse an solchen Beteiligungen durch die bereits erwähnte Ertragspolitik und andere Maßnahmen zu erwecken.“ (*Abg. Dr. Hofeneder: Aus der Regierungserklärung!*)

Ich glaube, diese Worte sind deutlich genug. Sie besagen, daß der Volksaktiengedanke eben auch bei den verstaatlichten Unternehmen zum Durchbruch kommen sollte. Das hatte der Herr Bundeskanzler mit unmißverständlicher Deutlichkeit und im Namen der ÖVP und der SPÖ als Programm der Gesamtregierung aufgestellt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und nun kommt das Sonderbare. Vor mir liegt die Ausgabe der „Sozialistischen Korrespondenz“, Nummer 254 vom 13. Oktober, in der verlautbart wird, daß der Herr Verkehrsminister Waldbrunner auf dem Landesparteitag der SPÖ Oberösterreich in Linz mitgeteilt hat, der Parteivorstand habe am 11. Oktober folgenden Beschluß gefaßt: „Dieser Zwang zur Reprivatisierung der verstaatlichten Industrie, deren Besitzrecht durch das Gesetz eindeutig geregelt ist, muß entschieden abgelehnt werden.“ „Die Sozialisten... haben die Behauptungen Lügen gestraft, daß sie für die totale Verstaatlichung eintreten. Sie haben dem Verkauf von Betrieben und Unternehmungen zugestimmt, die auf Grund des Staatsvertrages in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen sind, soweit diese nicht den Verstaatlichungsgesetzen unterworfen sind. Die Sozialisten haben auch nichts dagegen, daß bei diesen Verkäufen Kleinaktien ausgegeben werden, soferne darauf gesehen wird, daß der Verkauf dieser Betriebe zu einem Preis erfolgt, der ihren wahren Werten entspricht, und daß keine Gefährdung der Arbeitsplätze eintritt.“

Und jetzt kommt der entscheidende Satz. In der „Sozialistischen Korrespondenz“ heißt es weiter wörtlich: „Die verstaatlichte Industrie, die mit äußerster Anstrengung der in ihr beschäftigten Arbeiter und Angestellten aufgebaut wurde und heute dem ganzen Volke dient, soll aber nicht angetastet werden. Das ist ein Standpunkt, den auch die ÖVP achten muß, die ja der Verstaatlichung ihre volle Zustimmung gegeben hat und die in der Führung dieser Betriebe heute stärker vertreten ist als die Sozialisten.“ Soweit also die „Sozialistische Korrespondenz“.

Was heißt das, meine Damen und Herren? Das bedeutet nichts anderes als die glatte Negierung, ja die Sabotage eines sehr wesentlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Programms, zu dem sich beide Regierungsparteien in der feierlichsten Form, die es überhaupt geben kann, nämlich in der Regierungserklärung, dem Volke gegenüber verpflichtet haben. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir wissen schon, daß sich in diesen Punkten die Auffassungen der beiden Parteien diametral gegenüberstehen. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die ÖVP in der Aufteilung des großen Staatsbesitzes auf möglichst viele persönliche Eigentümer einen der Grundzüge ihrer modernen Sozialpolitik erblickt. Genau so ist es bekannt, daß die Sozialistische Partei in der möglichst weitgehenden Verstaatlichung und der alleinigen Kontrolle dieser Betriebe durch den Staat, dem dazu noch alle Erträge zuzufießen sollen, das allein seligmachende Rezept zu besitzen glaubt. Soweit sind also die Fronten geklärt. Aber in diesem Fall hat sich die SPÖ mit ihrer Zustimmung zur Regierungserklärung bindend für die ÖVP-Lösung entschieden.

Ich muß dazu noch sagen, daß die ÖVP-Lösung nicht allein für meine Partei verpflichtend ist, sie hat vielmehr Aufnahme in das Regierungsprogramm gefunden, und die Verwirklichung dieses Punktes muß für die Sozialisten genau so ein erstrebenswertes Ziel sein wie für die Österreichische Volkspartei.

Das sozialistische Verhalten jedoch schafft Unbehagen in der Koalition, diskreditiert die Parteipolitik in der Öffentlichkeit. Es wäre viel besser, man würde auch hier mit offenem Visier kämpfen und von vornherein sagen, welche Einwände man da und dort hat, um dann, wenn ein Kompromiß gefunden ist, zu den gemeinsam beschlossenen Maßnahmen zu stehen. Politische Winkelzüge sind aber auch im Volke unpopulär. Sie erschweren unsere Arbeit und gefährden das Ansehen der Parteien. (*Abg. Lackner: Nie daran vergessen!*)

In den letzten Monaten haben wir allerdings auch über andere Vorkommnisse innerhalb der Koalition zu klagen. Die SPÖ zeigt insbesondere nach der Wahl des Bundespräsidenten wenig Neigung zu einer weiteren gedeihlichen Zusammenarbeit zu den bisherigen Bedingungen. Sie war offenbar der Ansicht, der knappe Stimmenvorsprung ihres Kandidaten Dr. Schärf käme einem echten sozialistischen Stimmengewinn gleich und würde somit das politische Bild zugunsten der Sozialistischen Partei verschieben. Diesem Irrglauben ist es offensichtlich zuzuschreiben, daß die Koalitionsmaschinerie im Sommer sichtbar ins Stocken geriet. Viele wichtige Dinge, die man ursprünglich noch in der vergangenen Parlamentssession erledigen wollte, mußten auf den Herbst verschoben werden und stehen teilweise jetzt in Beratung, zum Beispiel das Selbständigen-Pensionsgesetz.

Die Österreichische Volkspartei sieht in der Sicherung des Lebensabends der selbständig Erwerbstätigen in der gewerblichen und agrarischen Wirtschaft eine unumgänglich notwendige Maßnahme. Wir sind dafür (*Abg. Rosenberger: Seit wann denn?*) — seit immer! — seit vielen Jahren immer wieder eingetreten (*Abg. Lackner: Protokolle nachlesen!*), und wäre die Handelskammer nicht gewesen, die seinerzeit im eigenen Wirkungsbereich ein Ersatzwerk für das kommende Gesetz schuf, so würde man wahrscheinlich heute noch lange nicht so weit sein! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Lackner: Lesen Sie in den Protokollen nach! Reichlich vergrößert ist der Prinke!*) Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei stehen ohne Rücksicht auf ihre berufliche Zugehörigkeit auf dem Standpunkt, daß den alten Gewerbetreibenden und Bauern genau das gleiche Recht auf finanzielle Sicherung ihres Lebensabends gebührt wie etwa den Arbeitern und Angestellten nach dem ASVG. und sonstigen sozialpolitischen Einrichtungen oder den öffentlichen Beamten nach den verschiedenen Pensionsregelungen. Der Initiative des Herrn Bundeskanzlers ist es zu danken, daß noch vor der Wahl des Bundespräsidenten alle daran beteiligten Kreise an einen Tisch gebracht werden konnten, und der Herr Kanzler hat auch dafür gesorgt, daß die Beratungen in der Folgezeit nicht mehr zum Stillstand gekommen sind.

In der gewerblichen Wirtschaft sind von 300.000 Betrieben 56,8 Prozent ohne Angestellte und Arbeiter; dort wird also nur mit den Familienangehörigen gearbeitet. 27,7 Prozent von den 300.000 gewerblichen Betrieben beschäftigen 1 bis 3 Arbeiter, 12,1 Prozent 4 bis 19 Arbeiter und nur 3,4 Prozent beschäftigen mehr als 20 Arbeiter.

Meine Damen und Herren! Sie können daraus ersehen, wie durch das Fortschreiten der Industrialisierung und auch im Zuge der Automation die gewerbliche Wirtschaft zurückgedrängt wird und wie es das dem einzelnen Gewerbetreibenden erschwert, sein Leben zu fristen. Die Gewerbetreibenden haben also ein Recht, wie die Arbeiter und Angestellten als Teil unseres arbeitenden Volkes ebenfalls ihren Lebensabend gesichert zu erhalten. (*Abg. Hillegeist: Das haben wir nie bestritten! — Abg. Kysela: Warum habt ihr es verhindert, daß sie eine Pension erhalten? — Abg. Hillegeist: Ihr wolltet keine Sozialversicherung für die Selbständigen! — Gegenrufe bei der ÖVP.*) Ich nehme an, daß es daher darin keine Differenzen geben wird und daß wir sehr bald zur Verabschiedung der Selbständigenpension kommen werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Hillegeist: Jetzt auf einmal?*)

Schließlich wollen wir aber auch hoffen, daß das nächste große Gesetzeswerk, nämlich das Landwirtschaftsgesetz, gleichfalls eine möglichst alle Teile zufriedenstellende Erledigung findet. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Niemand in diesem Hause kann das Recht der Bauernschaft auf gesicherten Absatz ihrer Produkte zu einigermaßen sicheren Preisen bestreiten. Vergessen wir nicht, daß die Landarbeit auch im Zeitalter der Technisierung eine schwere und harte Arbeit ist und daß oft ein einziges Unwetter in einer Stunde das Ergebnis monatelangen Schaffens zunichte machen kann. Die Landwirtschaft ist wie kein anderer Erwerbszweig von Einflüssen abhängig, die außerhalb der Kontrolle der Menschen stehen. Industrie, Handel und Gewerbe können immer leichter irgendwelche Auswege aus Schwierigkeiten suchen und finden, der Bauer aber ist von der Gnade des Himmels abhängig, ob seine Arbeit ihm den ersehnten Erfolg bringt oder nicht. Er ist daher auch eines besonderen Schutzes durch den Gesetzgeber bedürftig und würdig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre ein schwerer Fehler in unserer Volkswirtschaft, wenn wir unsere Bauernschaft schutzlos dem schärfsten Konkurrenzkampf mit ausländischen Erzeugnissen, die unter günstigeren Voraussetzungen erzeugt werden, im Rahmen des gemeinsamen Europamarktes überlassen würden. Sie von der SPÖ würden gegen die wahren Interessen der Bauernschaft handeln, wenn Sie eine Bereinigung des Zolltarifs an den agrarischen Positionen scheitern ließen. Der Zolltarif ist nicht nur wichtig für die agrarische Produktion, sondern für alle industriellen und gewerblichen Erzeugnisse; er ist wichtig, damit wir konkurrenzfähig bleiben, er ist wichtig,

damit wir unsere Betriebe stabil erhalten können, und er ist wichtig, damit wir Hunderttausenden von Arbeitern ihre Arbeitsplätze sichern können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genau so unvernünftig wären aber auch alle anderen Kreise, die aus von ihrer Warte gesehen verständlichen Gründen das Wirksamwerden eines Landwirtschaftsgesetzes verzögerten, weil vielleicht Gruppeninteressen für sie wichtiger sind als das Wohl und Wehe eines Berufsstandes, der noch heute fast die Hälfte der Bevölkerung direkt oder indirekt umfaßt. In der ganzen Welt genießt der Bauernstand besonderen Schutz; er kann auch in Österreich auf ihn nicht verzichten.

Wir würden uns freuen, wenn es in absehbarer Zeit gelingen würde, diese nur skizzenhaft angedeuteten, aber immerhin schwerwiegenden Probleme im Geiste der Zusammenarbeit zu bereinigen. Hierzu gehört auch die Bereitschaft zu einer Reform der Körperschaftsteuer. Die Reform der Körperschaftsteuer ist deshalb wichtig, weil wir den Betrieben auch die Möglichkeit der Hereinnahme von ausländischem Kapital sichern wollen, damit so die Kapazität dieser Betriebe eine entsprechende Ausweitung erfahren kann. Ebenso ist es aber auch notwendig, daß wir uns in nächster Zeit zusammensetzen und uns über das Gesetz über die Bewertungsfreiheit unterhalten. Auch dieses Gesetz ist im Zeitalter der Automation notwendig, damit in den Betrieben Vorsorge für entsprechende Investitionen getroffen werden kann.

Für uns erfreulicher ist, daß sich in der sozialistischen Politik eine gewisse Bereitschaft zur Lösung kulturpolitischer Fragen erkennen läßt. *(Abg. Dr. Neugebauer: Zu Ihrem Leidwesen!)* Für uns waren die kulturpolitischen Belange, Herr Abgeordneter Neugebauer, repräsentiert durch die zusammenhängenden Komplexe: Konkordat, Ehe, Schule, niemals ein Parteipolitikum. *(Zwischenrufe und Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wir haben uns schon immer an das Bibelwort gehalten: Man möge dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Auf unser Beispiel angewandt, bedeutet dies ein Bekenntnis zur Unverletzbarkeit von Staatsverträgen, zum Recht der Brautleute, zu entscheiden, ob sie nun den Bund fürs Leben vor einem Priester oder einem Beamten des Standesamtes schließen wollen, und schließlich ein Bekenntnis zum Recht der Eltern, die selbst entscheiden sollen, ob ihre Kinder in eine staatliche oder in eine private Schule gehen sollen. Das Problem: Konkordat, Ehe und Schule wäre in kürzester Zeit zu bereinigen, wenn sich die SPÖ bereitfinden würde, es aus der parteipolitischen Sphäre

herauszulösen und nur sachlich zu behandeln. *(Abg. Truppe: Dann löst euch los von eurer Parteipolitik!)* Wie gesagt, Ansätze zu einer solchen Entwicklung glauben wir auf sozialistischer Seite erkennen zu können. Hoffen wir, daß es nicht bei Ansätzen und daß es nicht bei feierlichen Erklärungen über die neuentdeckte sozialistische Toleranz religiösen Fragen gegenüber bleibt *(Abg. Dr. Neugebauer: Die ist schon sehr alt!)*, sondern daß sehr bald befreiende Taten einen Schlußpunkt unter ein Problem setzen, auf dessen Bereinigung wir seit zwölf Jahren warten. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neugebauer: Wir auch!)*

Das ist eine dauernde Forderung der Österreichischen Volkspartei gewesen. Ich habe die Ehre, heute das sechstmal als Generalredner meiner Partei zum Budget hier das Wort zu nehmen, und jedesmal — Sie können meine Reden nachlesen — habe ich auf diese Dinge hingewiesen und an Sie appelliert, sich endlich einmal mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, um diese Angelegenheiten zu bereinigen. Wir freuen uns, daß Sie nach zwölfjährigem Drängen endlich zur gleichen Auffassung wie wir gekommen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bei uns spricht kein Ressentiment, Sie finden mit Ihren Ideen offene Türen. *(Abg. Dr. Neugebauer: Aber Sie sind uns zu konservativ!)* Wir sind nur über eines froh, daß wir endlich — wie ich schon sagte — auch bei Ihnen Verhandlungsbereitschaft finden. *(Abg. Dr. Neugebauer: Hoffentlich sind Sie uns nicht wieder zu konservativ!)* Wir hoffen auf die Taten.

Das Budget 1958 darf ohne Überheblichkeit als eine ziffernmäßige Bestätigung für die gegenwärtige wirtschaftliche Hochkonjunktur und als eine Basis für die Erhaltung und weitere Erstarkung des zweifellos hohen Lebensstandards gewertet werden. Gott sei Dank war es im ablaufenden Jahr nicht anders. Der Aufschwung der Industrieproduktion hält 1957 unverändert an und greift allmählich von den Investitionsgütern auch auf die Konsumgüter über, wobei zweifellos der ständig steigende Fremdenverkehr im Sommer und Winter in starkem Maße mithilft. Das soll aber nicht heißen, daß etwa nur die Fremden unsere Mehrproduktion an Konsumgütern aufkaufen. Auch der inländische Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende macht in steigendem Maße davon Gebrauch. Unter den Begriff „steigender Lebensstandard“ fällt ja praktisch alles, was sich der Österreicher an Konsumgütern kaufen kann und auch tatsächlich erwirbt. Da ist eine Warenliste vom Kleinauto beginnend bis zum Kühlschrank.

Eine klug ausgleichende Stabilisierungspolitik zwischen Löhnen und Preisen hat auch hier gute Früchte gezeitigt. Die Löhne blieben praktisch unverändert, und auch Preissteigerungen konnten verhindert werden, und so war es möglich, den Index der Lebenshaltungskosten um 0,2 Prozent zu senken. Die Arbeiter-Nettolöhne sind sogar gegenüber 1956 durch verschiedene Verbesserungen um 3,5 Prozent gestiegen.

Die sich sofort ergebenden erfreulichen Folgen waren in einer merklichen Konsumerrhöhung festzustellen. Um 5 Prozent wurden im Sommer 1957 mehr Nahrungsmittel und um 7 Prozent mehr Textilien gekauft. Auch da ist eine allgemeine Umschichtung des Verbrauches der Bevölkerung auf dauerhafte Konsumgüter zu beobachten, denn es wurden auch wesentlich mehr Möbel, mehr Elektrogeräte und mehr Fahrzeuge angeschafft.

Daß es Preissteigerungen, die durch verschiedene Umstände ausgelöst, auch witterungsmäßig bedingt waren, gegeben hat, kann aber noch immer kein Anlaß sein, unsere Wirtschaft preistreibender Tendenzen zu bezichtigen. Auch die österreichische Wirtschaft lehnt alle Übergriffe, die sich auf diesem Gebiet eventuell da und dort zeigen, die sich zum Beispiel bei der Knappheit an Gemüse und Obst teilweise gezeigt haben, oder wie sie im Hotel- und Gastgewerbe bei einzelnen zu verzeichnen waren, entschieden ab. Sie lehnt es aber auch ab, daß solche Einzelerscheinungen zu Pauschalangriffen auf die österreichische Wirtschaft verwendet werden. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

Aber auch auf dem Arbeit und Wertschaffenden Sektor der öffentlichen Investitionen ist dankenswerterweise sehr viel geschehen. Erwähnen wir nur aus der Fülle der Leistungen, daß zum Beispiel für die Erhaltung und den Ausbau der Bundesstraßen über 529 Millionen Schilling im Jahre 1957 ausgegeben worden sind. Im gleichen Jahr sind für Straßenbauzwecke rund 900 Millionen Schilling verbaut worden, mit denen 92 Kilometer Bundesstraßen voll ausgebaut und 88 Kilometer staubfrei gemacht worden sind, 43 Kilometer wurden so weit hergestellt, daß sie den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechen. 29 Kilometer Bundesstraßen sind gegen Frostaufbrüche immun gemacht worden, 36 Kilometer wurden mit neuem Belag versehen, und schließlich erhielten 109 Kilometer Bundesstraßen eine Nachbehandlung ihrer Oberfläche. Auf insgesamt 340 Baustellen ist also 1957 an der Sanierung unseres Straßennetzes gearbeitet worden.

Ich erwähne dies deshalb besonders, weil die allmähliche Schaffung eines erstklassigen Bundesstraßennetzes für unseren Fremdenverkehr geradezu lebensnotwendig ist. Wir stehen mit an der Spitze der europäischen Fremdenverkehrsländer und müssen daher alles tun, um den Aufenthalt unserer ausländischen Gäste auf unserem Territorium so reizvoll wie möglich zu gestalten. Es ist gar keine Frage, daß im Zeitalter der fast totalen Motorisierung der Bau erstklassiger Straßen mit an der Spitze aller staatlichen Förderungsmaßnahmen zu stehen hat.

Nicht minder wichtig ist der Auf- und Ausbau unserer Wasserkräfte und die jetzt so zügige Forcierung großer Energiebauten. Wir dürfen mit Recht hoffen, daß Österreich in absehbarer Zeit in die erste Reihe der energieexportierenden Länder Mitteleuropas aufrücken wird. Die Verwendung von ERP-Geldern und die vom Finanzminister Dr. Kamitz eingeleitete Anleihepolitik zur Finanzierung der großen Bauvorhaben im Süden und Westen des Bundesgebietes ist daher jede Unterstützung wert.

Man könnte stundenlang über die Erfolge berichten, die die staatliche Verwaltung in allen Bereichen unseres öffentlichen Lebens aufzuweisen hat. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, der Beamtenschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden ohne Rücksicht auf ihre Dienststellung den Dank meiner Partei für ihre achtunggebietenden Leistungen zum Ausdruck zu bringen und sie zu bitten, mit dem gleichen Eifer auch in Zukunft am Aufbau und Neubau unseres modernen Staatswesens mitzuarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So erfreulich dieses Bild auch ist, so gibt es doch auf einem Gebiet noch einen echten Notstand, den wir ehestens beseitigen sollten. Ich meine damit das Wohnungsproblem. Der Bund, die Länder und die Gemeinden haben auch hier zweifellos aner kennenswerte Arbeit geleistet. Allein der Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds beim Handelsministerium hat mehr als 6 Milliarden Schilling für die Wiedererrichtung von 114.646 Wohnungen ausgegeben. Dazu kommen noch die Leistungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die Leistungen aus der Landeswohnbauförderung. Trotzdem sind aber noch zum Beispiel beim Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds Wiederaufbauprojekte im Gesamtwert von rund 5 Milliarden Schilling zur Darlehensgenehmigung eingereicht. Dies betrifft jedoch nur die Wiederherstellung kriegszerstörten oder bombenbeschädigten Wohnraumes. Inzwischen sind aber noch viele echte Notstände unberücksichtigt, und weiter ist auch noch das Problem zu lösen, wie man durch eine Sanierung die Althäuser

erhält und die gestiegenen Wohnungsansprüche durch Modernisierungen befriedigen könne. Wir könnten uns eine baldige Klärung dieser Probleme in einem alles umfassenden Wohnungsgesetz vorstellen.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich die Sozialistische Partei in Bälde bereit fände, an eine Besprechung dieser Frage ohne jedes Ressentiment heranzugehen. Die Wohnung darf ein Sozialgut nur für wirklich sozial Bedürftige sein. Wir werden auch nicht darum herumkommen, in der Wohnung für alle jene eine Ware zu sehen, die auf Grund ihrer Einkommensverhältnisse zur Errichtung von Wohnhäusern oder Eigenheimen finanziell beitragen können. Eine gewisse Annäherung der Standpunkte beider Parteien ergibt sich aus der jüngsten Erklärung des neuen Wiener Stadtrates für Finanzen, die nach unserer Meinung auch als Basis für eine Lösung der Wohnbaufrage auf gesamtösterreichischer Ebene dienen könnte.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren wohl bemüht, alle gerechtfertigten Ansprüche zu honorieren, die von den verschiedensten Gruppen an den Staat herangetragen worden sind. Die ständige Ausweitung des Budgetrahmens im Laufe der letzten Jahre ist ja fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der Staat Jahr für Jahr an neue Berufs- und Bevölkerungsgruppen zusätzliche finanzielle Aufwendungen gewährte. Wir verhehlen nicht, daß es unter diesen Umständen schwierig war, das Gleichgewicht im Staatshaushalt so vorbildlich zu halten und daß es nur diesem Umstand zuzuschreiben ist, daß die Wirtschaftskraft und damit die Steuerleistungen ständig zugenommen haben, denn alle diese schon befriedigten Ansprüche konnten nur honoriert werden, weil das ganze österreichische Volk mehr produziert hat und damit die Leistungen an den Staatshaushalt steigen konnten.

Als so ziemlich die letzten Gruppen, die noch Forderungen an den Bund zu stellen haben, gelten die Bombengeschädigten, die Besatzungsgeschädigten und die Spätheimkehrer. An alle drei Gruppen sind seitens der Parteien Zusagen gemacht worden. Ich zweifle nicht daran, daß sich ein Weg finden wird, diese Zugeständnisse auch einzulösen. Ich glaube aber auch, daß hier ein offenes Wort am Platze ist. Die Leistungen des Staates können sich nur in einem vertretbaren Ausmaß erstrecken. Es wäre unrealistisch, wenn die Betroffenen nun erwarten würden, der Staat könnte Milliardenbeträge als eine Art von Wiedergutmachung von Schäden auswerfen, die der österreichische Staat oder seine Bevölkerung niemals angerichtet haben. Wir glauben viel-

mehr, daß bei einer schließlichen Lösung auch dieser Probleme die echte Bedürftigkeit eine Rolle am Anfang spielen sollte. Es wäre doch widersinnig, Wiedergutmachung an jene Verlustträger und sonstige Geschädigte zu leisten, die dank der Wirtschaftskonjunktur über viel größere Vermögenswerte verfügen, als sie zum Zeitpunkt des Eintrittes des Schadensfalles besaßen. (*Abg. Probst: Sehr viel Wasser im Wein!*) Lassen wir uns daher von dem so oft mißhandelten gesunden Menschenverstand leiten, und gehen wir an diese Probleme mit aufgeschlossenem sozialen Verständnis heran, und wir werden sicher auch hier das Richtige treffen und eine Lösung finden, die wir vor unserem ganzen Volke verantworten können.

Wie Sie sehen, gibt es innerhalb der Koalitionsregierung eine Reihe von Berührungspunkten und einhelligen Auffassungen, die sicherlich bei beiderseitigem guten Willen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Diese sachlich erfolgreiche Zusammenarbeit wird allerdings hin und wieder durch sehr unliebsame Extratouren unseres Partners gestört. So etwa hat es, ausgelöst durch die Affäre Gräf & Stift, eine wenig befriedigende Diskussion (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) über die Entscheidung des Herrn Bundespräsidenten in diesem Falle gegeben. Sie waren böse, weil die Entscheidung des Staatsoberhauptes über einen Akt, der bewußt dem Gericht entzogen war, kritisiert wurde, ohne daß das Recht zu einer solchen Entscheidung irgendwie bestritten wurde. Unser Standpunkt zu Gräf & Stift ist bekannt. Ich brauche ihn hier nicht weiter zu erörtern. Ich will aber trotzdem feststellen, daß die Sozialisten im Irrtum sind, wenn sie etwa glauben — alle Achtung vor dem Herrn Bundespräsidenten und seinem Amt —, jede Handlung des Herrn Bundespräsidenten wäre von vornherein sakrosankt und dürfe von der Öffentlichkeit keiner Kritik unterzogen werden. (*Widerspruch bei den Sozialisten.*) Ich will auch den Herrn Bundespräsidenten nicht kritisieren, sondern ich will nur sachlich feststellen, daß es zu einer Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Haltung des Bundespräsidenten niemals gekommen wäre, wenn Sie ihn nicht in diese Situation hineinmanövriert hätten! (*Beifall bei der ÖVP.*) Außerdem ist noch zu sagen ... (*Abg. Horn: Reden wir von der NEWAG in Niederösterreich! — Abg. Dr. Hofeneder: In Krems habt ihr aber ver-Appelt!*) Was hat der Herr Bundespräsident mit der NEWAG zu tun? Da könnten wir auch vom Erd-satelliten sprechen im Zusammenhang mit dieser Sache! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Außerdem möchte ich noch sagen, daß es in der Republik Österreich den Begriff der Maje-

stätsbeleidigung Gott sei Dank nicht gibt. Es wird sich daher die Öffentlichkeit auch in Zukunft das Recht vorbehalten, unzweckmäßige Handlungen des Herrn Bundespräsidenten ganz offen zu kritisieren, wie es in anderen Ländern geschieht, und das Staatsoberhaupt auch auf anders geartete Vorstellungen von gewissen Dingen aufmerksam zu machen. (*Abg. Probst: Grubhofer will ein Staatsschutzgesetz! — Ruf bei der SPÖ: Aber auch der Kanzler ist keine Majestät!*) Sie können doch wahrlich nicht behaupten, daß der Herr Kanzler in Ihrer Kritik besonders geschont wird! Da darf ich nur wieder — ich weiß, es wird mir wieder übel genommen werden — auf die gestrige Notiz in der „Arbeiter-Zeitung“: „Wortbruch der ÖVP, des Bundeskanzlers“ usw. hinweisen. Sie schonen den Herrn Bundeskanzler wahrlich nicht in der Kritik; der Herr Bundespräsident ist auch aus der Politik hervorgegangen, er wird also auch nichts daran finden, wenn ein Wort der Kritik an seine Handlungen gesetzt wird.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik hat Österreich im letzten Jahr große Erfolge zu verzeichnen. Die Stimme unseres kleinen Landes im Konzert der großen Völker bei den Vereinten Nationen ist in den letzten Monaten merklich kräftiger geworden. Die Erklärungen des Herrn Außenministers und der österreichischen Delegation bei der UNO-Generalversammlung in New York zu den Ungarn-Ereignissen hat uns die ungeteilte Zustimmung der ganzen freien Welt gebracht.

Wir konnten und können mit einem echten moralischen Recht für die Freiheit aller Völker dieser Erde eintreten, weil wir als neutrales Land niemandem gegenüber durch Bündnisse verpflichtet sind oder als Bestandteil militärisch-politischer Machtblöcke gebundene Marschrouten einzuhalten haben. Unsere Haltung in außenpolitischen Fragen ist somit eindeutig nur von unserem Gewissen diktiert, das uns vorbehaltloses Eintreten für alle Grundsätze der echten Freiheit vorschreibt. Auch hier wie in so vielen Sparten unserer Politik hat sich die zielbewußte Führung durch Kanzler Raab hundertprozentig bestätigt. Das Bekenntnis zur militärischen Neutralität, die allerdings keinen Zweifel darüber läßt, daß wir auf Seite der freien Völker gegen die Unterdrückung stehen, hat uns die Erlangung der vollen Freiheit durch den Staatsvertrag gebracht. Der Beschluß der Internationalen Atombehörde, Wien zur Hauptstadt der Welt für die friedliche Verwendung der Atomkraft zu erwählen, ist eine sichtbare Anerkennung unseres friedlichen Wollens. Wir werden in Zukunft genau so wie in der Vergangenheit eifersüchtig über die

Erhaltung dieser Freiheit und unserer Neutralität zu wachen haben. Wir begrüßen es daher, daß im vorliegenden Staatshaushaltsplan für den Ausbau unseres Bundesheeres eine größere Summe als im Vorjahr ausgeworfen wurde.

Die Aufstellung einer bewaffneten Streitmacht zum Schutze unserer Grenzen und als Beschützer unserer friedlichen Arbeit entspringt keinem militärischen Geist. Alle Welt weiß, daß Österreich keinen Angriffskrieg führen will, ja dazu auch gar nicht in der Lage wäre. Trotzdem muß man uns das Recht zugestehen, entsprechende Sicherheitsvorkehrungen gegen mögliche Ereignisse zu treffen, wie sie ja tatsächlich vor Jahresfrist in unserem ungarischen Nachbarlande eingetreten sind. Diese Aufgabe hat das Bundesheer zu lösen. Die erste Bewährungsprobe im Falle Ungarn hat das damals kaum geschaffene Heer auch glänzend bestanden. Wir sind überzeugt, daß Ausbildung und Ausrüstung in den seither vergangenen zwölf Monaten so weit fortgeschritten sind, daß die junge österreichische Wehrmacht allen unvorhergesehenen Ereignissen erfolgreich begegnen kann.

Unsere Außenpolitik ist von friedlichen Grundsätzen diktiert. Wir wollen auch weiterhin versuchen, gewisse Gegensätze mit anderen Staaten im wahren Geiste der europäischen Zusammenarbeit aus der Welt zu schaffen, und denken da besonders an die Schwierigkeiten, die wegen Südtirol mit unserem italienischen Nachbarn eingetreten sind. Italien wie Österreich bekennen sich zur europäischen Zusammenarbeit. Italien wie Österreich sehen als letztes Ziel ihrer außenpolitischen Bestrebungen den möglichst engen Zusammenschluß möglichst vieler Völker unseres gemeinsamen Kontinents an. Diese Übereinstimmung im Grundsätzlichen sollte uns doch die Lösung der Südtiroler Frage leicht machen.

Der Südtiroler Teil ist völkisch und landschaftlich vom übrigen Tirol einfach nicht zu trennen. Wer heute von Innsbruck nach Bozen oder Meran fährt und nur die Ureinwohner des Tiroler Landes sieht oder nur die Landschaft betrachtet, durch die er fährt, wird den Eindruck eines geschlossenen, ganzen Siedlungsgebietes haben und wird die Staatsgrenze am Brenner tatsächlich als etwas Willkürliches empfinden. Die wahre und echte Grenze zwischen dem Tiroler Land und dem südlichen Italien beginnt doch nicht am Brenner, und so gesehen setzt sich Italien fortgesetzt ins Unrecht, wenn es versucht, im Zuge einer Unterwanderungspolitik das Tiroler Kernland auf seinem Staatsgebiet zu italienisieren. Man spricht damit das Todesurteil über ein braves, arbeitsames Bauernvolk

und belastet sich in den Augen aller rechtlich denkenden Europäer mit einer moralischen Hypothek, die in gar keinem Verhältnis zu dem scheinbaren Gewinn steht und die dazu noch eine recht problematische Mitgift für den Eintritt in den freien europäischen Staatenbund der Zukunft bedeutet. Wir würden es daher ehrlich begrüßen, wenn sich die italienische Regierung bereit fände, von diesen hier skizzenhaft vorgetragenen Grundsätzen Gebrauch zu machen, und wenn man endlich zu einer gründlichen Durchführung des Gruber—de Gasperi-Abkommens käme.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, Ihnen im Namen der Österreichischen Volkspartei einen kurzen Überblick über die zur Debatte stehenden Probleme und über die Ansichten meiner Partei dazu zu geben. Der Bundesvoranschlag für 1958 findet in seinen Grundzügen die Zustimmung meiner Partei, und ich möchte namens der Österreichischen Volkspartei dem Herrn Finanzminister den Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß er uns auch für das kommende Jahr ein Budget der Vollbeschäftigung und der Stabilität vorgelegt hat.

In den kommenden Wochen werden wir Abgeordnete noch im Finanzausschuß abseits vom grellen Licht der Öffentlichkeit Gelegenheit haben, die einzelnen Positionen durchzuberaten und zu diskutieren. Wir werden wiederum wie in früheren Jahren an unserem nun Gott sei Dank wieder genesenen Bundeskanzler eine treue Stütze haben. Wir freuen uns von ganzem Herzen, daß der Herr Kanzler von seiner Krankheit genesen ist und nach einer sehr kurzen Zeit der Rekonvaleszenz nun wieder mit vollen Kräften die Zügel der Regierungspolitik in die Hand genommen hat. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* Wir wünschen dem Herrn Bundeskanzler alles Gute und bitten den Allmächtigen, er möge ihn uns noch viele Jahre in voller Schaffenskraft erhalten.

Ich darf heute schon hoffen, daß die nun folgenden Aussprachen im Finanzausschuß fruchtbar sein werden, weil wir von der Österreichischen Volkspartei unentwegt daran glauben, daß alle Volksvertreter sich als wahre Sachwalter der Volksinteressen fühlen und auch danach handeln. Ich möchte mit der Erklärung schließen, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei bei der kommenden Arbeit an diesem Budgetentwurf ehrlich bestrebt sein werden, den Interessen ihrer Wähler zu dienen und am Wirksamwerden aller Maßnahmen mitzuhelfen, die von ihr als Programm dem österreichischen Volk unterbreitet worden sind. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Koplenig vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Koplenig:** Meine Damen und Herren! Mit dem Bericht, den der Finanzminister gestern über das Bundesfinanzgesetz erstattet hat, ist die Debatte über die gesamte Politik der Regierung eröffnet. Diese Politik kann nicht allein von der Entwicklung in Österreich betrachtet werden, sondern *(Abg. Dengler: Von der Sputnik-Perspektive! — lebhafte Heiterkeit)* sie muß auch die Ereignisse und Veränderungen berücksichtigen, die sich in der Welt vollzogen haben und weiter vollziehen.

Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, wie richtig es war, daß Österreich den Weg der immerwährenden Neutralität beschritten hat. Diese Politik der Neutralität hat sich bewährt und hat schon bisher dem Lande große Vorteile gebracht. Sie hat das internationale Ansehen Österreichs bedeutend erhöht, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Internationale Atombehörde Wien zu ihrem Sitz gewählt hat. Ost und West sind sich darüber einig, daß Österreich der günstigste Boden für internationale Besprechungen, der günstigste Boden für eine internationale Zusammenarbeit ist. Jeder Österreicher kann das nur begrüßen, und das bestärkt uns in der Überzeugung, daß an der Stärkung und Vertiefung unserer Neutralität unbeirrbar weitergearbeitet werden muß. Auf diesem Gebiete gibt es noch sehr viel zu tun.

Im Laufe der letzten Zeit sind wichtige, ja grundlegende Veränderungen in der Welt vor sich gegangen, an denen keine Regierung, keine Partei und kein Parlament vorbeigehen kann. Diese Ereignisse greifen so tief in das Weltgeschehen ein, daß auch wir in Österreich aus ihnen Konsequenzen ziehen müssen.

Wer könnte bestreiten, daß der 4. Oktober dieses Jahres, der Tag, an dem ein Werk von Menschenhand zum erstenmal die Grenzen sprengte *(Heiterkeit)*, die die Natur um die Erde gezogen hat, ein historisches Datum, ein Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Der Start des künstlichen Mondes, der nun bald einen Monat um die Erde kreist, ist eine gewaltige Leistung der Wissenschaft und der Technik und erschließt der Menschheit neue Perspektiven. *(Abg. Dengler: Sputnik-Perspektiven!)* Diese kühne Tat der Forscher, Erfinder, Ingenieure und Arbeiter der Sowjetunion hat aber auch viele falsche Vorstellungen und Auffassungen über den Haufen geworfen, die in den letzten Jahren auf die Politik in der Welt und auch in Österreich verhängnisvollen Einfluß hatten.

Die Staatsmänner der kapitalistischen Länder, allen voran Amerikas, sind bei ihrer aggressiven Politik des Kalten Krieges, bei der Ablehnung aller Vorschläge zur Entspannung und Normalisierung der internationalen Lage ausgegangen von der Unterschätzung der Leistungsfähigkeit und politischen Festigkeit der Sowjetunion und der Überschätzung der Kraft der kapitalistischen Staaten. Diese sogenannte Politik der Stärke, die am deutlichsten Ausdruck in den Drohungen mit Atomwaffen gefunden hat, hat jetzt einen schweren Schlag erlitten. (*Abg. Dengler: Durch Schukow! — Abg. Polcar: Was hat das mit dem Budget zu tun?*) Der Glaube an die amerikanische Allmacht ist im Bewußtsein breiter Massen erschüttert, und es tritt immer offener zutage, daß die Spekulation auf die technische und militärische Überlegenheit der Amerikaner, die ja das Kernstück der sogenannten Politik der Stärke bildet, eine Fehlspekulation ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wie sehr das auch mit dem Budget und mit der österreichischen Politik zu tun hat, das werden Sie im Verlaufe meiner weiteren Ausführungen noch erfahren.

Selbst wenn man die amerikanische Presse und verschiedene Erklärungen amerikanischer Politiker in den letzten Wochen verfolgt, so spiegelt sich darin die tiefe Beunruhigung darüber wider, daß die Völker immer mehr das Vertrauen zur amerikanischen Politik verlieren. (*Abg. Dengler: An den Sputnik glauben sie auch noch nicht so stark!*)

Die Vorgänge im Nahen Osten zeigen, wie sehr das Prestige Amerikas zurückgegangen ist. Die amerikanischen Staatsmänner haben einen eigenen Plan für die Durchdringung dieser Länder ausgedacht, die Eisenhower-Doktrin. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus sollte die nationale Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung im Nahen Osten erstickt, sollten diese Länder in das amerikanische Pakt-system eingegliedert und in eine Frontstellung gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder gebracht werden. (*Abg. Dr. Koref: Zur Sache!*) Aber was ist dabei herausgekommen? Weder in Ägypten noch in Syrien ist das gelungen. (*Abg. Doktor Koref: Der Sputnik spukt in seinem Kopf!*) Der mächtige Widerstand gegen die Eisenhower-Doktrin in der arabischen Welt ist ein deutlicher Beweis dafür, daß man heute die Völker, die um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, auch mit Versprechungen einer Dollar- und Waffenhilfe nicht von ihrem Weg abbringen kann. (*Abg. Polcar: Siehe Ungarn!*) Die Aggressionsversuche der Imperialisten gegen Syrien haben

nur zur Folge, daß sich die arabischen Völker noch enger zusammenschließen, um ihre nationale Unabhängigkeit zu verteidigen.

Eine Bestätigung dafür, daß die amerikanische Außenpolitik immer tiefer in die Sackgasse gerät und immer mehr auf den Widerstand der Völker stößt (*Abg. Lola Solar: Wir sind im österreichischen Parlament!*), gibt übrigens auch der bekannte amerikanische Journalist und Fachmann für Fragen der Weltpolitik, Walter Lippmann, der vor kurzem folgendes geschrieben hat:

„Die Außenpolitik von Eisenhower—Dulles ist in den wesentlichen Fragen auf eine Überschätzung der Macht Amerikas und auf ein Bestreiten der Tatsachen des Lebens gestützt. Die gemeinsame Charakteristik der Politik Amerikas in China, Deutschland und im Nahen Osten“ — so fährt der amerikanische Fachmann fort — „besteht in der Annahme, daß die Macht und der Einfluß Amerikas so groß sind, daß Rußland und China sich ergeben müssen. Aber da diese beiden Staaten überhaupt nicht den Wunsch äußern, sich zu ergeben, sondern zeigen, daß sich ihre Stärke entfaltet, hat Amerika überhaupt keine wirksame Politik. Das Ergebnis von all dem“ — schreibt Walter Lippmann weiter — „ist, daß ein Ereignis von der Wichtigkeit des Starts des Sputnik“ (*ironische Heiterkeit*) „beweist, daß Amerika durchaus nicht allmächtig ist und sein Ansehen und sein Einfluß in den Grundlagen erschüttert sind.“

Soweit der amerikanische Fachmann. Das ist heute nicht mehr eine vereinzelte Meinung. Zahlreiche einflußreiche Journalisten und Politiker nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen kapitalistischen Ländern haben sich im gleichen Sinne ausgesprochen.

Wie wenig die amerikanische Politik den Tatsachen Rechnung trägt, sehen wir auch in unserer nächsten Nachbarschaft. (*Abg. Altenburger: Zur Sache! Wir sind in Österreich!*) Ich komme schon zur Sache! Die Amerikaner spekulieren darauf, die jugoslawische Volksrepublik in einen Gegensatz zu anderen sozialistischen Staaten, insbesondere zur Sowjetunion, zu bringen. Heute ist es jedem klar, daß diese Pläne ebenso zusammengebrochen sind (*Abg. Strasser: Daß der Tito einen Hexenschuß hat! — Heiterkeit*) wie die weitgesteckten Ziele, die sich die internationale Reaktion im vorigen Oktober in Ungarn gesetzt hat. (*Abg. Altenburger: Wie die Freiheit in Ungarn!*)

Es ist nun einmal eine unabänderliche Tatsache (*Abg. Altenburger: Reden Sie vom Kádár!*), daß über 900 Millionen Menschen mit dem Kapitalismus gebrochen haben und daß die Befreiungsbewegung der kolonialen

Völker immer mehr an Stärke zunimmt. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das ist die Wirklichkeit! Und wenn man die Welt nicht in eine neue Katastrophe stürzen will *(Abg. Altenburger: In Ungarn!)*, dann gibt es keine andere Politik als die Politik der Koexistenz, des friedlichen Nebeneinanderbestehens verschiedener sozialer Systeme *(Abg. Herke: Siehe Ungarn!)*, eine Politik, der auch die österreichische Außenpolitik dienen müßte. *(Abg. Krippner: Eine Schande ist das!)*

Außenminister Figl hat in einer Rede zum Tag der Vereinten Nationen seine Zufriedenheit mit dem ersten Auftreten Österreichs in der UNO zum Ausdruck gebracht. *(Abg. Altenburger: Reden Sie über Ungarn!)* Er hat gesagt, Österreich habe bewiesen, daß Neutralität nicht Scheu vor Verantwortung bedeutet, sondern im Gegenteil sehr viel Mut erfordert, große Verantwortung aufbürdet und eine besondere Aktivität im Dienste des Friedens und der Völkerverständigung ermöglicht. Das ist sehr schön gesagt und allgemein richtig. Betrachtet man aber die konkrete Stellungnahme der österreichischen Delegation in der UNO zu den wichtigsten Fragen des Friedens und der Völkerverständigung, so erkennt man, daß diese Möglichkeiten nicht ausgenützt werden.

In seiner Rede sagte Außenminister Figl, Österreich habe seine Stimme in der UNO stets nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben. Aber er hat nicht gesagt — und auch in der österreichischen Presse wird man es vergeblich suchen —, wie Österreich eigentlich in den konkreten Fragen der Abrüstung, der Aufnahme Chinas in die UNO und anderer wichtiger Probleme des Weltfriedens gestimmt hat. *(Zwischenrufe.)* Vergeblich wird man das in der österreichischen Presse und in den Erklärungen des österreichischen Außenministers suchen. Aus der gut informierten „Neuen Zürcher Zeitung“ kann man allerdings erfahren, daß die österreichische Delegation in der UNO gegen den Antrag gestimmt hat, die Aufnahme der chinesischen Volksrepublik auf die Tagesordnung der Vollversammlung der UNO zu stellen.

Wir verstehen wohl, daß Amerika, das im Fernen Osten seine imperialistischen Machtinteressen vertritt, ein Interesse daran hat, den Beitritt Chinas zur UNO zu verhindern und die lächerliche Fiktion aufrechtzuerhalten, daß der Inselemigrant Tschiangkai-schek der Repräsentant Chinas sei. Aber welches Interesse hat Österreich daran, die chinesische Volksrepublik zu brüskieren und in dieser Frage nicht österreichische Interessen, sondern die Interessen der amerikanischen

Imperialisten zu vertreten? Es ist weder den wirtschaftlichen noch den politischen Interessen Österreichs gedient, wenn Österreich eine solche Stellung einnimmt, wie sie die österreichische Delegation eingenommen hat. Wir glauben, daß man nicht die Interessen Österreichs vertritt, wenn seine Vertreter und Delegierten dazu beitragen, daß man China seine Rechte verweigert und damit das Prinzip der Universalität verletzt. Es muß wohl für jeden politisch denkenden Menschen klar sein, welch großes Gewicht das 600 Millionen-Volk Chinas im Fernen Osten und in der gesamten Weltpolitik hat, und daß man sich nicht auf die Dauer über den Willen dieses Landes hinwegsetzen kann. Der Friede ist unteilbar, und wem die Sache des Friedens wirklich am Herzen liegt, der muß sich dafür einsetzen, daß diesem großen Land der Platz eingeräumt wird, der ihm gebührt. *(Abg. Altenburger: Dafür ist Ihre Partei umsomehr teilbar! — Heiterkeit.)*

Einige der Herren Abgeordneten scheinen der Meinung zu sein, daß alle diese Fragen nicht zur eigentlichen Budgetberatung gehören. Ich möchte sagen, daß sie sich in einem schweren Irrtum befinden. Der Herr Finanzminister hat zum Beispiel gestern in seinem Exposé über verschiedene internationale Probleme gesprochen. Er hat über die Integration Europas, über den Europäischen Markt, über die Freihandelszone gesprochen, allerdings hat er alle diese Dinge nur von einer Seite aus behandelt, und zwar von der wirtschaftlichen Seite. Aber diese Fragen haben auch eine politische Seite, die für Österreich nicht unwichtig ist. Der Herr Finanzminister hat zum Beispiel über die Konjunkturschwankungen und über inflationistische Gefahren in den einzelnen kapitalistischen Ländern gesprochen. *(Ruf bei der ÖVP: Bei euch gibt es das nicht!)* Aber wer könnte bestreiten, daß diese Dinge auch mit der internationalen Politik, mit der Frage der Rüstungspolitik zusammenhängen? Und wer könnte bestreiten, daß alle diese Dinge selbstverständlich auch für Österreich wichtig sind?

Eine der Hauptquellen der wachsenden Beunruhigung und der Spannung in der Welt ist das Wettrüsten der Großmächte, und es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben der UNO und aller ihrer Mitglieder, die Einschränkung der Rüstungen zu erreichen und die Völker von der Angst vor den Gefahren eines Atomkrieges zu befreien.

Gerade Österreich, das am Schnittpunkt zweier Weltsysteme liegt, das den Staatsvertrag und seine volle Souveränität in einer Situation der Atempause im Kalten Krieg erhalten hat, gerade Österreich hat alles Interesse daran, daß der Geist der Verständi-

gung und der internationalen Zusammenarbeit über alle aggressiven Pläne den Sieg davonträgt. Die Aufgabe Österreichs wäre es daher, überall seine Stimme für eine internationale Entspannung und Abrüstung zu erheben, und der Nationalrat hat das Recht und die Pflicht, vom Außenminister Rede und Antwort zu verlangen, wie die österreichische Delegation in dieser Frage konkret Stellung genommen hat.

Die österreichische Bevölkerung hat es außerordentlich begrüßt, als der Herr Bundespräsident Dr. Schärff einige Tage vor seiner Wahl erklärte, er werde sich, wenn er zum Bundespräsidenten gewählt werden sollte, an die Staatsoberhäupter der Welt mit dem Appell wenden, ihre moralische Kraft und Autorität dem Kampf gegen die menschenvernichtenden Atomwaffen zu widmen. Der Herr Bundespräsident fügte damals hinzu, daß wir Österreicher auch dann gefährdet sind, wenn in unserer Nachbarschaft Atomwaffen verwendet werden, und daß daher alles getan werden müßte, damit die Verwendung von Atomwaffen unterbleibt.

Der Bundespräsident kann nach der Verfassung eine solche Initiative nur in Übereinstimmung mit der Regierung ergreifen. Seit dieser Erklärung des Herrn Bundespräsidenten sind Monate vergangen. In dieser Zeit ist die Gefahr nicht geringer, sondern größer geworden. Eine Reihe internationaler Tagungen hat sich mit der Frage der Massenvernichtungswaffen beschäftigt. Eine Regierung, und zwar die japanische, hat sich wiederholt an die Regierungen der Atomgroßmächte mit dem Vorschlag der Einstellung der Versuche mit Atomwaffen gewendet. Österreich hatte die Möglichkeit, sich dieser Initiative anzuschließen oder eine eigene Initiative zu ergreifen. Nichts davon ist geschehen.

Diese Tatenlosigkeit der Regierung in einer Frage, die entscheidend ist für das Schicksal der Völker und auch für das Schicksal des österreichischen Volkes, ist im höchsten Maße beunruhigend, umsomehr, da bekanntlich bei der Bundespräsidentenwahl der Kandidat der ÖVP und der FPÖ gegenüber den Kameradschaftsverbänden erklärt hat, er werde im Falle seiner Wahl dafür eintreten, daß die Beschränkung im Staatsvertrag, die Österreich den Besitz von Atomwaffen verbietet, aufgehoben werde. Das soll wohl heißen, daß es in unserem Lande Kräfte gibt, die nicht nur vom Verbot der Atomwaffen nichts wissen wollen, sondern die sogar die Ausrüstung des Bundesheeres mit Atomwaffen anstreben. Ist das vielleicht die Ursache dafür, daß die Regierung in einer so lebenswichtigen Frage schweigt? Ich möchte an die Bundesregierung die Frage richten, was sie zu tun gedenkt, um das Ver-

sprechen des Herrn Bundespräsidenten Doktor Schärff zu verwirklichen. (*Abg. Walla: Was hat das mit dem Budget zu tun?*)

Meine Damen und Herren! Eine Frage von besonders großer Wichtigkeit für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in Österreich sind die Beziehungen zu Deutschland. Es ist ein offenes Geheimnis, daß heute in Westdeutschland wieder jene Kreise bestimmen, die Österreichs Unabhängigkeit seinerzeit untergraben haben, und daß gerade diese Kreise Appetit haben, sich wieder der Reichtümer Österreichs zu bemächtigen, wie sie es schon vor 1938 und nach 1938 getan haben. Die österreichische Unabhängigkeit ist in der Vergangenheit vom deutschen Imperialismus, vom deutschen Rüstungskapital vernichtet worden, und dieselben Kräfte sitzen heute in Westdeutschland wieder im Sattel. Unter diesen Umständen muß es Aufgabe der Regierung sein, eine besonders überlegte, vorsichtige, österreichische Politik gegenüber Deutschland zu betreiben. (*Abg. Altenburger: Und gegenüber Ungarn?*)

Ausgangspunkt einer solchen Politik muß die Anerkennung der Tatsache sein, die heute niemand bestreiten kann, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Dieser Umstand ist aber von der Regierung bei den Verhandlungen über das Deutsche Eigentum und über andere Ansprüche Westdeutschlands an Österreich außer acht gelassen worden. Dadurch hat sich Österreich in eine ungünstige Verhandlungsposition gebracht und schwere materielle Opfer bringen müssen, die durch nichts gerechtfertigt sind.

Wir Kommunisten sind entschiedene Gegner des deutschen Imperialismus und seines Bonner Regimes. Wir sind aber auch entschlossene Anhänger der Neutralitätspolitik unseres Landes, und deshalb sind wir für gleiche normale Beziehungen sowohl zur Bundesrepublik Deutschland wie zur Deutschen Demokratischen Republik und glauben, daß es im Interesse Österreichs liegt, die Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik zu normalisieren.

Die einseitige Bindung Österreichs an Westdeutschland hat aber auch eine andere Seite. Das sind die Pläne zur Einverleibung des neutralen Österreichs in die verschiedenen kleineuropäischen Organisationen, wie zum Beispiel in den Straßburger Europarat, in die Freihandelszone und so weiter. Alle diese kleineuropäischen Kombinationen vertiefen die Spaltung Europas, denn sie richten sich gegen jenen Teil Europas, der nicht mehr in der Front des Kapitalismus steht, und verfolgen das Ziel, die Positionen des deutschen Großkapitals und des deutschen Militarismus zu

verstärken. Aber Österreich hat alles Interesse daran, für eine Verständigung zwischen Ost und West zu arbeiten, weil gerade dadurch seine Positionen als unabhängiger neutraler Staat entscheidend verbessert und gesichert werden können.

Wir teilen nicht die Begeisterung gewisser Kreise für die Freihandelszone und glauben, daß darüber im Parlament, in den Arbeitskammern und in den Gewerkschaften noch eingehend gesprochen werden muß. Die Länder der NATO bilden den Kern der Freihandelszone. Durch den Gemeinsamen Markt sind sie dort enger zusammengeschlossen und bilden die bestimmende Rolle. Der Gemeinsame Markt ist zugegebenermaßen eine wirtschaftlich-strategische Ergänzung der Kriegsorganisation der NATO. Bei den engen Verbindungen zwischen Gemeinsamen Markt und Freihandelszone muß sich jeder Mensch fragen: Was hat ein neutrales Österreich, ein neutrales Land in einer Gemeinschaft zu suchen, deren Kern der militärisch-strategische Gemeinsame Markt der NATO-Organisation ist?

Der Anschluß an die Freihandelszone birgt aber für Österreich neben den politischen auch ernste wirtschaftliche Gefahren in sich. Selbst der Finanzminister mußte zugeben, daß die Freihandelszone auch Rückwirkungen auf die österreichische Wirtschaftspolitik haben wird. Konkret wies er darauf hin, daß die Leistungsfähigkeit der österreichischen Forstwirtschaft in der Freihandelszone gefährdet ist. Aber das gilt ja nicht nur für die Forstwirtschaft; denn es ist ein offenes Geheimnis, daß auf vielen Gebieten der Wirtschaft österreichische Betriebe der überlegenen westdeutschen Konkurrenz innerhalb der Freihandelszone nur schwer standhalten könnten. Und wenn wir heute die Rede des Abgeordneten Prinke gehört haben, dann ist daraus sehr klar hervorgegangen, daß zwischen Freihandelszone und Zollgesetz für die landwirtschaftlichen Produkte ein enger Zusammenhang besteht. Aber was bedeutet das? Wir alle wissen und die Erfahrung zeigt, daß Zölle für die landwirtschaftlichen Produkte noch immer auf Kosten der werktätigen städtischen Bevölkerung, der werktätigen Bevölkerung überhaupt gegangen sind. Deshalb ist das Mißtrauen, das die österreichische Arbeiterschaft gegen die Freihandelszone hat, ein absolut berechtigtes Mißtrauen.

Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat in seinem Bericht ein sehr optimistisches Bild der Lage in Österreich gegeben. Aber wir glauben, daß die arbeitende Bevölkerung weder wirtschaftlich noch politisch Ursache hat, diese Selbstzufriedenheit der Regierung zu teilen. Schon seit längerer Zeit ist

eine hartnäckige, hinterlistige Kampagne gegen die wichtigste Arbeiterorganisation, gegen die Gewerkschaften im Gange. Hinter dieser Kampagne steht die Österreichische Volkspartei. Unter dem Vorwand, ein paar Leute, die die Gewerkschaft untergraben wollen, zu schützen, wurde das Kind der Heimwehrzeit, das Antiterrorgesetz, wieder hervorgeholt, und es wird ein offener Kampf zur Belebung des Unternehmerterrors und zur Ermutigung der gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen betrieben.

Wir können den Lärm um den sogenannten Fall Gräf & Stift, der ein für allemal erledigt ist, nur so verstehen, daß hier die Unternehmer und ihre Partei Vorbereitungen treffen, um im gegebenen Zeitpunkt, wenn sie sich stärker fühlen, mit ganzer Kraft loszuschlagen. Heute gelingt es ihnen, da und dort auf einer Gutsverwaltung ein paar Landarbeiter oder Landarbeiterinnen zu terrorisieren. Aber es muß klar gesagt werden, daß die Arbeiterschaft von allem Anfang an dem Versuch Widerstand leisten muß, die Gewerkschaft zu schwächen oder zu zerschlagen.

Eine andere beunruhigende politische Erscheinung ist die zunehmende Aktivität reaktionär-klerikaler Elemente. Diese reaktionär-klerikalen Kreise bedienen sich aller möglichen Mittel, um ihren Einfluß in Schule, Rundfunk, Filmwesen, in der Presse und im Bundesheer zu verstärken und den Geist der Unduldsamkeit und des Hasses in unserer Jugend großzuziehen. Die klerikale Reaktion benützt solche Gestalten wie den berühmten Pater Leppich, der durch seine schamlosen Straßenpredigten einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen zu hetzen sucht.

Die österreichische Arbeiterschaft ist außerordentlich beunruhigt über die Art und Weise, wie mit den Betrieben und Unternehmungen gewirtschaftet wird, die dem Staat auf Grund des Staatsvertrages zugefallen sind. Es ist außerordentlich bedenklich, daß gegenwärtig, wo schon so viele Betriebe aus dem Deutschen Eigentum in private Hände übergeben wurden, über den Verkauf von weiteren 70 Betrieben verhandelt wird, wie Staatssekretär Dr. Wihalm kürzlich mitteilte. Beim Übergang dieser Betriebe in private Hände wird immer wieder versucht, Arbeiter und Angestellte zu entlassen und Errungenschaften der Arbeiterschaft abzubauen. Es ist eine Tatsache, daß der Arbeiterstand in den meisten in private Hände übergegangenen Betrieben im Laufe des letzten Jahres trotz Hochkonjunktur zurückgegangen ist. Die feierliche Zusage der Regierung an die Arbeiter dieser Betriebe ist also nicht eingehalten worden.

Es wird jetzt viel davon gesprochen — das tun vor allem die von der ÖVP mit der Verwaltung dieser Betriebe betrauten Personen —, daß es notwendig sei, weitere Betriebe zu veräußern, um Betriebskapital für die übrigen zu finden. Seitdem im vorigen Jahr die verstaatlichten Betriebe dem Bundeskanzler unterstellt wurden, wird immer wieder ein neuer Vorwand zur Einschränkung der Verstaatlichung und zur Veräußerung verstaatlichter Betriebe gefunden. Das ist eine Tendenz, in der die Arbeiterschaft mit vollem Recht eine Gefährdung der Verstaatlichung überhaupt sieht.

Was im allgemeinen für die verstaatlichten und für die durch den Staatsvertrag an Österreich übergegangenen Betriebe gilt, das gilt insbesondere für die Erdölbetriebe. Nach wie vor sind die Betriebe der Österreichischen Mineralölverwaltung die Melkkuh für alle möglichen Zwecke. Nach wie vor werden ihnen die für die Aufschließungsarbeiten und Modernisierung notwendigen Mittel entzogen, und was die Vertreter meiner Fraktion im vorigen Jahr zu dieser Frage, insbesondere zu den unberechtigten Forderungen des westlichen Erdölkapitals, gesagt haben, hat sich in der abgelaufenen Zeit voll und ganz bestätigt.

Die Presse des amerikanischen Kapitals in Österreich fordert immer unverhüllt, daß die Stellung der verstaatlichten Mineralölverwaltung in der österreichischen Wirtschaft gebrochen werden soll und daß die ÖMV ausländischen Erdölgesellschaften das Feld räumt. Die ausländischen Erdölgesellschaften machen sich in Österreich immer mehr breit. Ihre Tankstellen schießen wie Pilze aus der Erde. Dabei ist ein großer Teil des Erdöls, das dort verkauft wird, österreichischer Herkunft, denn die Österreichische Mineralölverwaltung ist verpflichtet, den beiden privaten Raffinerien das Erdöl zu den niedrigsten Preisen der Welt zu liefern, wodurch diese Raffinerien die Möglichkeit haben, aus dem österreichischen Erdöl Extraprofite zu ziehen. Es wird im Laufe der Budgetdebatte noch Gelegenheit sein, sich eingehend mit dem die gesamte Arbeiterklasse bewegenden Problem des Schutzes österreichischer Reichtümer gegen den Zugriff ausländischer Kapitalisten zu beschäftigen. Das, was hier geschieht, ist durchaus kein Zeichen einer demokratischen und fortschrittlichen Entwicklung und trägt durchaus nicht zur Existenzsicherung der arbeitenden Bevölkerung bei.

Im engsten Zusammenhang mit der Frage des Budgets steht das Problem der Löhne und der Preise. Im abgelaufenen Jahr sind die Preise für eine Reihe unentbehrlicher Bedarfs-

artikel beträchtlich gestiegen, während die Löhne zurückgeblieben sind. Wir hatten nicht nur den Erdäpfelskandal, den Gemüse- und Obstskandal, sondern auch die Preise für andere Bedarfsartikel sind empfindlich gestiegen. Alle diese Preiserhöhungen brachten eine wesentliche Belastung des Haushalts der arbeitenden Bevölkerung. Diese Preissteigerungen sind durchaus nicht zufälliger Natur. Wir haben ja oft genug aus dem Mund offizieller Wirtschaftspolitiker beider Regierungsparteien gehört, daß das österreichische Volk zu gut lebe, daß es in Österreich notwendig sei, einen Teil der Kaufkraft abzuschöpfen. Die bewährte Methode ist die Senkung des Verbrauches der Arbeiterfamilien durch Steigerung der Preise.

Die amtliche „Wiener Zeitung“ berichtete vor nicht langer Zeit, daß der Jahresverbrauch an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung in Wien im vergangenen Jahr von 45 auf 42,5 Kilo zurückgegangen ist. Man braucht sich nur die Fleischpreise anzuschauen, um zu verstehen, daß die Wiener nicht freiwillig weniger Fleisch verbrauchen.

Es bestätigt sich also jetzt, daß die Paritätische Kommission, die unter dem Vorwand geschaffen wurde, dem Auftrieb der Preise Einhalt zu gebieten, auf dem Preissektor nichts erreicht hat, auch wenn der Herr Finanzminister das Gegenteil behauptet. Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß der Hauptzweck dieser Kommission darin besteht, den berechtigten Kampf für eine Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung zu bremsen und womöglich einen Lohnstopp durchzuführen.

Nicht zufällig wurde die Paritätische Kommission in dem Moment gebildet, als die österreichische Arbeiterschaft immer lauter ihre berechtigte Forderung nach einem entsprechenden Anteil an den Früchten der Konjunktur anmeldete. Die Arbeiterschaft hat in den letzten Jahren außerordentlich große Leistungen vollbracht. Ihr ist es zu verdanken, daß die Produktion gewaltig gestiegen ist, daß sich die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft außerordentlich vergrößert hat. Aus dieser gewaltigen Leistung der österreichischen Arbeiterschaft haben die Kapitalisten ungeheure Profite gezogen, während der Anteil der Arbeiter außerordentlich gering geblieben ist. Hunderttausende Arbeiter — und zwar nicht nur die Landarbeiter — beziehen weiterhin wahre Schandlöhne. Es ist daher das gute Recht der Arbeiterschaft, daß sie jeden Versuch, ihr über den Weg der Paritätischen Kommission einen Lohnstopp aufzuzwingen, zurückweist und auf ihrer Forderung nach Erhöhung ihres Lebensstandards beharrt.

Es ist nicht möglich, heute schon auf alle Einzelheiten des Budgets einzugehen, das der Finanzminister gestern dem Parlament vorgelegt hat und das die Abgeordneten erst gestern bekommen haben. Aber es gibt eine Reihe von wichtigen Fragen und Wünschen der arbeitenden Bevölkerung, von denen sie erwartet, daß sie in diesem Budget Berücksichtigung finden.

In der Steuerfrage muß die unerträgliche Belastung des Arbeiterlohnes und des Gehaltes der Angestellten endlich ein Ende finden. Steuersenkungen für Einkommen von 120.000 bis 300.000 S im Jahr haben für die Massen der Arbeiter und Angestellten keinerlei Auswirkung. Zugleich mit der notwendigen Trennung der Lohnsteuer von der Einkommensteuer und einer damit verbundenen allgemeinen Senkung der Besteuerung der Löhne und Gehälter ist es notwendig, die Ungerechtigkeit zu beseitigen, die erst vor zwei Jahren eingeführt wurde, als man das Weihnachts- und Urlaubsgeld, die Überstundenentlohnung sowie sonstige Zulagen für die Steuer voll erfaßte.

Die drückendste Last für den Arbeiterhaushalt sind die indirekten Steuern, vor allem die Umsatzsteuer, die der Arbeiter beim Einkauf von jedem Stück Brot, jedem Liter Milch und jedem Kilo Mehl bezahlen muß. Die Befreiung der Grundnahrungsmittel von der Umsatzsteuer würde sich in jedem Arbeiterhaushalt fühlbar auswirken.

Auf dem Gebiet der sozialen Verwaltung müssen Mittel für wichtige, dringende Maßnahmen bereitgestellt werden. Es ist zu begrüßen, daß man in der vorgesehenen 3. Novelle zum ASVG, der von uns immer wieder vorgebrachten Kritik wenigstens teilweise Rechnung trägt. Wir sehen in der Bestimmung, nach der ein Arbeiter mit der Erreichung des 60. Lebensjahres bei einjähriger Arbeitslosigkeit in den Genuß der Rente kommen kann, einen ersten Schritt zur Herabsetzung des Rentenalters. Aber unverständlich ist, warum diese bescheidene Verbesserung der Rentenbestimmung nur für die Männer, nicht aber für die Frauen gelten soll. Immer wieder wird festgestellt, daß es gerade sehr viele Frauen sind, die um die Rente kommen, weil sie lange vor dem 60. Lebensjahr keine Arbeit mehr finden können. Wenn man also Bestimmungen vorschlägt, die für die Männer die Erlangung der Rente vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters ermöglichen, so muß das gleiche für die Frauen geschehen und die neue Bestimmung für Frauen mit dem vollendeten 55. Lebensjahr zur Anwendung kommen.

Im vorliegenden Budget ist eine Erhöhung des Aufwandes für das Bundesheer um 500 Millionen Schilling vorgesehen. Weiters ist Vorsorge getroffen, um die Ansprüche der ausländischen Erdölgesellschaften auf Grund des Wiener Memorandums zu befriedigen, obwohl das Wiener Memorandum keinerlei gesetzliche Kraft hat und niemals im Nationalrat beraten wurde. Hingegen fehlt jede Bestimmung über die Entschädigung der Bombenopfer, die bis heute noch keinen Groschen vom Staat bekommen haben. Es fehlt auch jede Bestimmung über die Wiedergutmachung an den Opfern des Faschismus, zu der sich der Nationalrat in einem einstimmigen Beschluß feierlich verpflichtet hat.

Die Abgeordneten der Regierungsparteien haben die Möglichkeit und die Pflicht, diese und andere Mängel des Budgets zu beseitigen.

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Olah. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Olah: Hohes Haus! Das vorliegende Budget für das Jahr 1958 zeigt als wesentlichstes Merkmal eine beträchtliche Ausweitung sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite. Der Herr Finanzminister hat sich damit der optimistischen Auffassung der Sozialisten über eine mögliche weitere wirtschaftliche Expansion angeschlossen. Wir haben diese unsere optimistische Auffassung schon beim vorjährigen Budget zum Ausdruck gebracht, sind damals allerdings damit noch allein geblieben.

In diesem neuen Budget wurde eine im Vorjahr erstmals angewendete Methode beibehalten, nämlich die Dotierung eines Eventualbudgets. Wir Sozialisten betrachten dies nicht nur als eine Formalität, sondern wir sehen darin eine tatsächliche Durchsetzung des Prinzips der Budgethoheit der Volksvertretung und damit ihrer Souveränität bei der Entscheidung über die Verwendung der Staatseinnahmen. Dies ist wenigstens eine kleine Korrektur gegenüber den Vollmachten jedes Finanzministers, auf Grund des Gesetzes Budgetansätze nach eigenem Gutdünken zu verringern oder auf Kosten anderer zu erhöhen. Es mag bemerkenswert erscheinen, daß sich seit Einführung des Eventualbudgets die Differenz in den Summen zwischen dem Vorschlag und dem Ertrag bedeutend vermindert hat. Wir sind damit zu etwas gekommen, was eine Voraussetzung für einen ordentlichen Staatshaushalt ist, nämlich zur Budgetwahrheit.

Österreich steht mit dieser Entwicklung nicht nur des Budgets, sondern darüber hinaus der gesamten wirtschaftspolitischen Tendenz auf einem neuen Höhepunkt der Konjunktur.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer politischen Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Staat, sie ist aber auch bedingt durch einen entscheidenden Beitrag der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretung, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Das Wirtschaften — das ist gesagt worden und das unterstreichen wir — kann nicht Zweck an sich sein, und die Freude an hohen Zahlen des Budgets darf der Volksvertretung nicht die Sicht dafür nehmen, daß auch außerhalb des Budgets alle Maßnahmen der Sicherung der Konjunktur und der Vollbeschäftigung dienen müssen. Der Begriff der Stabilität darf kein leeres Schlagwort sein, das man zum Zwecke politischer Propaganda hervorholt. Eine echte Stabilität bedingt auch eine wirkliche Sicherung der Kaufkraft für das Einkommen der österreichischen Bürger. *(Beifall bei der SPÖ.)* Diese Kaufkraftsicherung ist die dringendste und wichtigste Forderung, die wir insbesondere im Interesse der großen Zahl kleiner und mittlerer Einkommensträger in unserem Lande stellen müssen.

Der Herr Bundesminister hat in seiner gestrigen Einleitungsrede die Paritätische Kommission und ihre nutzbringende Tätigkeit erwähnt. Es ist sicher keine Übertreibung, wenn wir heute sagen, daß ohne diese Einrichtung nicht nur unsere Gesamtwirtschaft, sondern auch der Herr Finanzminister sich einer bedeutend schwierigeren Situation gegenübersehen würde. Wir bekennen uns zur gemeinsamen Verantwortung, das heißt aber, daß wir uns nicht damit begnügen können, für eine vorsichtige, im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung gelegene Lohnpolitik belobt zu werden, sondern daß wir auch verlangen können und verlangen müssen, daß man auf der Preisseite zumindest die gleiche vorsichtige Politik einhält. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man hat uns in den letzten Wochen vorgeworfen, daß wir über den Weg der Paritätischen Kommission eine Nebenregierung errichten oder gar die Rechte des Parlaments beeinträchtigen wollen, und immer wieder hört man mit einem gewissen Spott den Vorwurf, wir Sozialisten und insbesondere die Gewerkschaften würden eigentlich nach einer Art Ständestaat streben. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, daß wir der österreichischen Bevölkerung unsere Anhänglichkeit zur parlamentarischen Demokratie nachweisen. *(Zustimmung bei den Sozialisten.)* Was auf dem Gebiete einer Preiskontrolle erforderlich ist, soll und kann nur durch Akte der Gesetzgebung geregelt werden. Dies wird aber ebenso erforderlich sein wie eine Sicherung der Ein-

fuhrmöglichkeiten für Versorgungsgüter vor der Sabotage irgendwelcher egoistischer Kreise, um eine wirkliche Ausbeutung der Konsumenten auf dem Preissektor zu verhindern. Das ist ebenso notwendig zur Erhaltung der Stabilität wie ein ausgeglichenes Budget auf der Einnahmen- und Ausgabenseite.

Wenn selbst die „Österreichische Neue Tageszeitung“, das Organ des Österreichischen Wirtschaftsbundes, feststellen mußte: „Als eine der Ursachen für die Preissteigerungen wird die unzureichende Freigabe von Importen bezeichnet“ — so zu lesen in diesem Blatt am 24. Juli dieses Jahres, in welchem sich das Landesgremium des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten gleichzeitig gegen die überhöhten Preise für Gemüse wendet und in dem diese Seite die Konsumenten auffordert, einige Tage nicht einzukaufen, um eine Rückbildung der Preise zu erzwingen —, dann kann wohl die Berechtigung der Forderung nach einer Änderung der Praxis der Importbewilligung auf dem Versorgungssektor kaum mehr geleugnet werden.

Noch ein Wort zur Paritätischen Kommission. Sie findet Reserviertheit und manchmal spürbare innerliche Ablehnung nicht nur bei den Anhängern des Herrn Kollegen Koplenig, sondern auch bei der Handelskammer und bei der Landwirtschaftskammer, und diese merkwürdige Übereinstimmung in der Ablehnung einer solchen Einrichtung sollte doch denen, die in wirtschaftlichen Fragen vernünftig denken und vernünftig denken wollen, wirklich zu denken geben.

Wir möchten nicht verhehlen, daß wir zur Sicherung der Kaufkraft und zur wirklichen Erhaltung der Stabilität, der Vollbeschäftigung, der Konjunktur und der Sicherung der Konsumenten eine gründliche Überholung des Kartellgesetzes für eine unabdingbare Notwendigkeit halten.

Es erfüllt uns sicher alle mit Genugtuung, daß in diesem Budget jene Beträge untergebracht werden konnten, welche die letzte Etappe für die Erhöhung der Arbeiter-Altrenten mit 1. Jänner des kommenden Jahres gewährleisten. Das ist eine bescheidene Anerkennung für viele alte Arbeiter, die zeit ihres Lebens ihre Arbeitskraft für unser Land gegeben haben. Wir begrüßen es ebenso, daß mit Beginn des neuen Jahres eine wesentliche Verbesserung in der Versorgung der Kriegsoffer und deren Hinterbliebenen eintreten soll.

Mehr wert als Reden über den dringenden Bedarf an mehr Wohnungen und die Hervorhebung vergangener Leistungen ist die Erfüllung unserer Forderung, die wir seit Jahren erhoben haben, nach Höherdotierung

der beiden Wohnaufonds, des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, aus Bundesmitteln. Diese höhere Dotierung im neuen Budget, im Jahre 1958, bedeutet praktisch die Ermöglichung des Baues von mehr Wohnungen. Das ist es, worauf es ankommt.

Auch die erstmalige Einsetzung eines Betrages von 200 Millionen Schilling in das Budget für Energiebauten ist die endliche praktische Anerkennung der Wichtigkeit der weiteren Erschließung der Wasserkräfte für die österreichische Wirtschaft, für die Weiterführung der wirtschaftlich dringend erforderlichen Elektrifizierung. (*Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.*)

Wir möchten bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß wir berechnigte Wünsche, die noch keine oder noch keine volle Erfüllung gefunden haben, unterstützen werden, bis ihre Verwirklichung durchgesetzt ist. Wir meinen hier vor allem die Gruppen der durch die Ereignisse des Krieges und der Nachkriegszeit geschädigten Staatsbürger, der Bombengeschädigten, der Besatzungsgeschädigten. Bei den Versprechungen und Zusagen waren wir zwar nicht die ersten (*Abg. Dr. Gredler: Aber die zweiten! — Heiterkeit*), da haben uns Prominentere den Rang abgelaufen. Aber wir werden jetzt wenigstens für die Verwirklichung eintreten. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Machunze: Aber Kamitz muß das Geld dafür hergeben!*) Nein, die Steuerzahler, Herr Kollege! (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*) Aber auch die Erfüllung der noch immer ausstehenden gerechten Forderungen der Opfer der politischen Verfolgung ist eine Verpflichtung für die Volksvertretung.

Bei der Erfüllung dieser berechtigten Wünsche für Gruppen geschädigter Staatsbürger wird die soziale Lage der Betroffenen natürlich vor allem maßgebend sein müssen. Den Bedürftigsten muß am schnellsten geholfen werden. Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit ganz offen aussprechen, daß der österreichische Staat leider nicht alle Schäden und nicht voll abgelten wird können, wenn wir uns auch dazu bekennen, daß die Gesamtheit der Bundesbürger nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dazu beitragen soll. Diese Schäden sind nicht aus einem Verschulden des österreichischen Staates entstanden, Österreich und seine Bürger haben keinen Anlaß, Schuldbekenntnisse abzulegen, aber das Recht auf Entschädigung wird und soll anerkannt werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion in den vergangenen Wochen und Monaten steht die Steuerpolitik und eine Reform der Einkommen- und Lohnsteuer. Die Steuerpolitik

ist sehr wohl ein Instrument der Wirtschaftspolitik. Die Regierungserklärung vom Jahre 1956 verspricht eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen im Wege einer weiteren Steuerherabsetzung. Dazu stehen wir. Worüber wir aber nicht ganz übereinstimmen mit den Frauen und Herren von der Österreichischen Volkspartei und mit ihrem Finanzminister, das ist die Frage: Was ist in Österreich ein mittleres Einkommen? Selbst bei weitherziger Auslegung dieses Begriffes und bei Anerkennung der Tatsache, daß höher bezahlte Leistung und Fähigkeit anerkannt und berücksichtigt werden soll, muß doch darauf verwiesen werden, daß nicht nur die Durchschnittseinkommen, sondern auch ein wirklich mittleres Einkommen weit von jenen Ziffern entfernt ist, die sich die Österreichische Volkspartei als Ziel gesetzt hat. Leicht erklärlich — sie vertritt immerhin doch ein paar andere Leute als wir, zumindest was die Höhe des Einkommens anbelangt. (*Abg. Dengler: Ganz so arm seid ihr auch nicht! — Heiterkeit. — Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wir wissen schon, daß bei der Erstellung der neuen Steuertabelle nicht nur das Einkommen des durchschnittlich bezahlten Arbeiters berücksichtigt werden soll, sondern daß auch hochqualifizierte Leistungen der Angestellten, der Beamten des öffentlichen Dienstes, der kleinen Selbständigen, der Angehörigen der freien Berufe, der Wissenschaftler, Ärzte, Künstler, also der Menschen, deren Leistung in unserem Lande ebenso erwünscht ist wie die der Arbeiter in Gewerbe und Industrie, anerkannt und berücksichtigt werden sollen. Aber das laute Klagelied in Österreich, das sagt, daß die Steuerlasten bei den hohen Einkommen zu groß sind, stimmt nicht ganz, denn in den berühmten Musterländern, auf die man verweist, in der westdeutschen Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten von Amerika, sind gerade die hohen Einkommen viel stärker besteuert als bei uns, aber dafür die kleinen Einkommen desto weniger.

Wenn man also die Steuern in ihrer bisherigen Struktur als unsozial bezeichnet, so haben wir sicher auch manches in Österreich, was wir nicht gerade als sozial empfinden. Wir möchten hier unserer Meinung offen Ausdruck geben, daß uns die ständige Verschiebung des Steuerertrages von den direkten auf den indirekten Steuersektor nicht gerade sehr sympathisch ist. Wenn man die Steuern ihrer Wirkung nach in soziale und unsoziale Abgaben einteilen will, dann meinen wir, daß die indirekten Steuern, die den Konsumenten unabhängig von seinem Einkommen gleichmäßig treffen, wohl die unsozialsten sind. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Bei der Gelegenheit des Beginns der Beratungen über das Budget sollen wir uns daran erinnern, daß es eine Pflicht der Regierung und der Volksvertretung ist, für die wirtschaftliche Entwicklung jener Gebiete unserer Republik Sorge zu tragen, die auf Grund der Verhältnisse besonders im ersten Jahrzehnt nach dem zweiten Weltkrieg oder auf Grund ihrer besonderen Struktur einer solchen zusätzlichen Hilfe dringend bedürfen. Wir haben in Österreich noch echte wirtschaftliche Notstandsgebiete, die Förderung und Unterstützung durch den Staat notwendig haben, und es gibt darüber hinaus wirtschaftliche Sorgen für eine nicht unbedeutende Anzahl von Betrieben, die Investitionen, eine technische Umstellung für eine Sicherung der Produktion und der Arbeitsplätze der dort Beschäftigten dringend notwendig haben. Wir alle haben es diesen Arbeitern und Angestellten, die dort beschäftigt waren und noch sind, und der Bevölkerung dieser Gebiete versprochen, daß wir nach der Wiedererlangung unserer vollen Souveränität dafür sorgen werden, daß ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Volksvertretung und Regierung sind verpflichtet, Versprechungen einzulösen.

Es ist kein Zweifel, daß die Beschaffung der für Investitionen erforderlichen Summen keine einfache Sache ist. Kapitalbedarf ist bei vielen Betrieben auch anderer Art, nicht nur in diesen Betrieben, gegeben. Wir meinen, daß sich hier auch ein Weg wird finden lassen, der die wirtschaftlichen Interessen dieser Arbeiter und Angestellten und der einzelnen Gebiete unserer Republik berücksichtigt, der aber auch berücksichtigen wird, daß der Einfluß Österreichs auf diese Betriebe auch in der Zukunft gesichert wird.

So einfach, wie man es manches Mal in der Propaganda, in Zeitungsartikeln und auch in Reden darstellt, wird die Frage nicht zu lösen sein. Es mag schon sein, daß man einmalig von dem einen oder anderen gutgehenden Unternehmen, das augenblicklich Gewinne abwirft, ein paar Aktien verkaufen kann. Das hat aber selbst bei solchen Betrieben seine Grenzen. Wer wird aber Aktien kaufen von Betrieben, die nicht nur keinen Gewinn abwerfen, sondern große Beträge für Investitionen benötigen?

Wir sind durchaus der Meinung, ohne daß wir immer wieder darüber reden, daß bei unserer Wirtschaftspolitik die Kaufkraftsicherung, die Verbesserung der Einkommen vor allem der Familienerhalter durch eine Entlastung über den Weg einer Steuersenkung besonders bei den kleinen Einkommen leider in keinem nennenswerten Ausmaß mehr möglich ist. Wir haben in Österreich zur Unter-

stützung der Familienerhalter den Weg der Gewährung von Kinder- und Familienbeihilfen beschritten, und so soll dieser Weg auch bei der Gelegenheit der Reform der Einkommen- und Lohnsteuer weitergegangen werden. Wir sind gerne bereit, bei den Kinderbeihilfen so viel als möglich dazuzugeben, aber wir meinen: möglichst gleichmäßig für alle Kinder. Eine weitere Differenzierung ist nicht zu rechtfertigen, die bestehende Differenzierung soll auf keinen Fall vergrößert werden.

Meine geehrten Frauen und Herren! Wir sind für eine echte Familienpolitik, wir meinen aber, daß der Weg der Kinder- und Familienbeihilfen, der staatlichen Subventionierung nicht der Weg einer echten Familienpolitik sein kann. Die Verbesserung der Realeinkommen für alle Menschen in diesem Staate soll es ihnen gestatten, unabhängig von staatlichen Subsidien die Zahl ihrer Familienmitglieder selbst bestimmen und erhalten zu können (*Beifall bei den Sozialisten*), unabhängig davon, ob sie eine Erhöhung der Kinderbeihilfe bekommen oder nicht. Das ist ja nur eine zusätzliche Hilfe; von den Kinderbeihilfen kann ein Kind weder ernährt noch erhalten oder aufgezogen werden.

Wir begrüßen die Verbesserung der Familien- und Kinderbeihilfe nicht nur, wir haben sie auch verlangt, und wir freuen uns darüber, daß sie Wirklichkeit wird. (*Abg. Grete Rehor: Wenn das „wir“ die beiden Parteien sind, dann stimmt es!*)

Es ist hier in diesem Hause gerade bei der Beratung des Budgets gesagt worden: Wenn irgendwo ein Engpaß auftritt, dann wird gleich nach dem Staat gerufen. Die Sozialisten rufen gleich: Der Finanzminister soll helfen, der Staat soll helfen, die Gemeinschaft soll helfen! Ja, Hohes Haus, ich glaube, das tun wir doch immer bei Elementarereignissen. Ob das nun eine Lawinenkatastrophe, eine Hochwasserkatastrophe oder ob das eine Epidemie ist, das eine wie das andere ist eine Elementarkatastrophe. Wenn sich nun in irgendeinem Teil Österreichs irgendein Stand, welcher es auch immer sei, in einer Notlage befunden hat, hat auch die Arbeiter- und Angestelltenschaft nie gezögert, zu helfen und Geld herzugeben! (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich sage: mit Recht, und wir werden es wieder tun. Aber dann können wir verlangen, daß man andere Elementarereignisse, die einmal vielleicht die sozialen Einrichtungen der Arbeitnehmer treffen, auch nicht abtut mit ein paar Worten und meint, man könne darüber billig hinweggehen. Wir müssen uns schon ernsthaft überlegen: Wenn irgendwo eine Einrichtung auch der Arbeiter und Angestellten in Not gerät, dann müssen wir gemeinsam mithelfen.

Ich möchte ein Wort zur Frage des Kollegen Prinke sagen — weil wir von der Kapitalbeschaffung, von den Aktien reden —: Was ist mit den 40 Prozent Stammaktien der beiden verstaatlichten Banken geschehen? Warum liegen sie in Tresoren, warum sind sie nicht an die Interessenten abgegeben worden? Es ist nach wie vor unsere Auffassung, daß mit solchen Aktien, mit solchen Anteilscheinen an verstaatlichten Unternehmungen und Banken keine Spekulation getrieben werden soll. Ich mache Ihnen einen einfachen Vorschlag, meine Frauen und Herren! Beschließen wir hier ein Gesetz, das alle verpflichtet, diese ausgegebenen Stammaktien zum Ausgabewert wieder an die verstaatlichten Banken zurückzuverkaufen. Von uns bekommen Sie sie bis auf die letzte Aktie zurück! Wir wollen keinen Gewinn, denn es ist ein unverdienter Gewinn, der damit auf Kosten des Staates und dieser Banken nicht der Gesamtheit der Bürger, sondern einigen wenigen gegeben worden ist. Und das halten wir für ungerecht, das halten wir für eine ungerechte Verteilung des Ertrages der Staatswirtschaft. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Was die Arbeiterbank anlangt, brauchen Sie sich wegen Volksaktien keine Sorgen zu machen. Sie gehört allen Arbeitern und Angestellten im Gewerkschaftsbund. *(Abg. Dengler: Das hört man überall!)*

Mir kommt beim Gedanken an diese Propaganda für den Aktienkauf durch kleine Leute immer eine längst vergangene Episode aus einer revolutionären Geschichtsepoche in den Sinn. Damals haben die französischen Königs-kinder ihre königliche Mutter gefragt, warum das hungernde Volk unbedingt Brot haben will, es könnte doch auch Kuchen essen. So kommt es mir vor, wenn man Menschen, die kaum das Lebensnotwendigste haben, den Rat gibt: Ihr wollt, daß es euch besser geht — kauft doch Aktien, dann geht es euch so gut wie den Reichen! *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Eine Aufteilung des Volkseinkommens erstreben wir auf einem anderen als auf diesem Weg.

Wir sind nicht eigentumsfeindlich. *(Abg. Mitterer: Arbeiterbank!)* — Vielleicht fällt Ihnen auch etwas anderes ein, denken Sie ein bißchen nach! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Aber wir wünschen, daß das Realeinkommen der kleinen Leute schrittweise so verbessert wird, daß sie sich das kaufen können, was sie brauchen. *(Abg. Dengler: Auch Volksaktien!)* Und wenn sie sich dann Aktien kaufen können ohne Schmälierung ihres Lebensstandards, sollen sie es tun *(Abg. Dengler: Das haben sie ja getan!)*, niemand soll es verwehrt und verboten werden. Wir meinen nur, daß

gegenwärtig, bei dem gegenwärtigen Stand der Realeinkommen, für die Hunderttausende arbeitender Menschen in Österreich die Aufforderung zum Kauf von Aktien eine Verhöhnung darstellt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dengler: Lassen wir es darauf ankommen!)*

Der Staat hat durch seine aktive Mitwirkung im Wirtschaftsablauf die Rolle eines Regulators übernommen. Der Staatsapparat soll kein Diktator sein, das wollen wir nicht, aber die Vermeidung von Krisen ist ebenso wichtig wie die Vermeidung der Auswirkungen einer überhitzten Konjunktur. Es sollte daher nicht sein, daß man diesen Staat in seiner lebenswichtigen Rolle als einen Feind darstellt, als den Feind in seiner Allmacht gegenüber dem Einzelindividuum. Dies sollte auch die stärkste Regierungspartei nicht tun, weil es nicht zur Staatsgesinnung erzieht.

In der Wirtschaft soll der freie Wettbewerb der Leistung nicht nur Theorie sein, sondern auch Wirklichkeit werden. Wir erkennen an, daß ein Existenzschutz für alle Gruppen der Bevölkerung gut und erstrebenswert ist. Mit der Arbeit an der in absehbarer Zeit zu erwartenden Altersversicherung für die Selbständigen wird ein neuer wesentlicher Baustein zu diesem Gebäude des Sozialstaates gelegt werden. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß es ein geschichtlich bedeutsames Ereignis ist, daß die Nachkommen jener sozialen Schichten, zum Teil noch dieselben Menschen, die sich einstmals gegen die sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten heftigst gewehrt haben, nun selber ein bedeutsames Stück dieses unseres Kampfes um Sozialgesetze für sich werden in Anspruch nehmen können. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wenn nichts anderes, so zeigt dies die unwälzende Wandlung, die in der Auffassung und im sozialen Gefüge, in der gesellschaftlichen Auffassung unserer Bevölkerung in unserem Staate vor sich gegangen ist. Die sozialistische Arbeiterschaft erfüllt damit, daß sie ihrem schärfsten wirtschaftlichen Feind von einst, dem Widerpart von heute zur Teilnahme an den sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung verhilft, eine geschichtliche Mission. Daß dies unter der Federführung eines Sozialministers, der ein Gewerkschafter ist, erfolgt, erfüllt uns mit Freude, und das zeigt, daß die Freund-Feind-Grenze von einst auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in wesentlichen Punkten überwunden ist. *(Abg. Dengler: Daher weg mit dem Klassenkampf!)* Wir gratulieren der Handelskammer zu dem Entschluß, uns auf diesem Weg zu folgen: von der Gnadenrente weg zu einer echten Altersversicherung, unabhängig von allem. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daß in diesem Gesetz auch eine gesetzliche Regelung für die selbständigen Landwirte erfolgen wird, daß auch sie einen Zuschuß in ihrem Alter, wenn sie nicht mehr arbeiten können, erhalten, ist nur selbstverständlich und gerecht. Keine Schichte unseres Volkes, kein Berufsstand soll ausgenommen sein von dem, worauf jeder Mensch Anspruch hat: von der Sicherung seines Lebensunterhaltes.

Die Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Befriedung in der Zweiten Republik — das ist die Überzeugung der Mehrheit des österreichischen Volkes — ist durch das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl gestärkt und gestützt worden. Wir wissen schon, daß sich die parlamentarischen Machtverhältnisse nicht geändert haben; wir haben das auch gar nicht behauptet. Die seit der letzten Nationalratswahl stattgefundenen Teilwahlen wurden von uns nicht als politische Barometerwahlen proklamiert, aber wenn man sie als solche betrachten will, erheben wir dagegen keinen Einwand. Wir sind mit ihrem Ausgang zufrieden. Sie bestätigen uns, daß die Wähler unseres Landes die Arbeit der Sozialistischen Partei anerkennen und billigen und die Legende ablehnen, daß einer Partei allein oder gar einem Parteiobmann der wirtschaftliche Aufstieg Österreichs zu danken sei. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Sozialisten sind in diesem Haus eine Minderheit; aber jede Partei, die in diesem Haus sitzt, ist eine Minderheit, und das sollte sie nicht vergessen. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)* Daher sind Forderungen auch der stärksten Partei nicht von vornweg Staatsnotwendigkeiten, und wir haben nicht die Absicht, sie ohne allergründlichste Prüfung zu behandeln.

Weil wir gerade von Wahlen reden, also von Entscheidungen des Volkes, möchten wir bei dieser Gelegenheit insbesondere den Herren und Frauen der Österreichischen Volkspartei sagen: Haben Sie nicht eine solche Scheu vor Volkswahlen, vor Volksabstimmungen, und beschließen Sie ruhig mit uns die Gesetze über Volksabstimmung und Volksbegehren! Jede Partei tritt vor ihre Wähler immer mit einem gewissen Zagen und Bangen: Wie fällt die Entscheidung des Volkes aus? Aber das ist die Korrektur in der Demokratie, daß wir uns immer wieder der Entscheidung des Volkes und dem Urteil des Volkes stellen müssen, und ich glaube, das ist nur gut so.

Vor ein paar Jahren, meine Frauen und Herren, hätte die Gesetzgebung, wenn es nach Ihrem Willen gegangen wäre, überhaupt nur mehr im Wege der Volksabstimmung

erfolgen sollen. Ich erinnere an ein paar sehr markante Beispiele. Fallen wir also nicht von einem Extrem ins andere, alles auf den einen und nichts auf den anderen Weg zu verweisen. Gehen wir einen vernünftigen Mittelweg auch hier. Der Parlamentarismus ist die echte Sicherung der Demokratie, aber die Zwischenentscheidungen des Volkes bei wesentlichen Fragen sind auch notwendig und nur nützlich. Kommen wir also auch in dieser Frage zu einer vernünftigen Lösung.

Das Ergebnis der Koalition, also der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, kann sich nicht nur manchmal in der schnelleren oder langsameren Bewältigung der dringenden Fragen auswirken und sich darauf beschränken. Auch in einer Regierungskoalition verschiedener Parteien ist ein schöpferisches Regierungsprogramm, das zukunftsweisend ist, das den Menschen über den Alltag hinaus Hoffnung gibt, wünschenswert und möglich. Die Sicherung unserer Demokratie und unseres wirtschaftlichen Aufstieges wird nicht bloß durch Propaganda erreicht, weder durch konservatives Beharren auf Bestehendem noch in einem Erschöpfen in primitivem Antikommunismus. Wir müssen den Menschen neue Wege weisen zum Neubau einer sozial gerechteren Gesellschaft. *(Abg. Dengler: Richtig!)* Der wirkliche Inhalt und das Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, wozu das Budget ein entscheidendes Instrument sein kann, kann ja nur der Neubau einer sozial gerechteren Gesellschaft sein.

Eine Politik der Konjunktursicherung und der Vollbeschäftigung verlangt in mancher Situation manches Opfer; aber es müssen Opfer von allen Seiten sein. Das bedeutet also eine Politik des Ausgleichs auch auf der wirtschaftlichen Ebene, Vermeidung von Extremen und Experimenten auf der einen wie auf der anderen Seite. Das fordert aber von jedem Teil den Mut zur Verantwortung gegenüber den eigenen Anhängern.

Freilich setzt dies alles als wesentlich voraus, daß jede Interessengruppe unserer Staatsbürger das Gefühl hat, daß sie ihren gerechten Anteil am Ertrag bekommt. Nur dann, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, wird man auch von allen Staatsbürgern die innere Bejahung und Unterstützung eines wirtschaftspolitischen Kurses erwarten können.

In diesem Sinne, Hohes Haus, gehen die Sozialisten in die Beratung des Budgets 1958 ein. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Gredler zum Wort.

Abgeordneter Dr. Gredler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Budget 1958 ist ein Budget der Verabsolutierung des Staates, eines der Veramtung und der Veraktung. Die Staatshypertrophie unserer Tage hat damit einen neuen Höhepunkt erhalten.

Nach uns gestern vorgelegten Unterlagen deckt der Bundesvoranschlag fast ein Drittel des Bruttonationalproduktes, nach anderen Unterlagen macht das, was in und über die öffentlichen Kassen gleitet, nahezu 40 Prozent davon aus. Es ist mir nicht möglich, hier die Richtigkeit oder Unrichtigkeit beziehungsweise die Differenzierung der statistischen Errechnungen — noch dazu mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Zahlen uns erst gestern vorgelegt wurden — zu überprüfen. An welche statistischen Zahlen man sich aber auch immer hält, das Budget ist gegenüber dem des Vorjahres neuerlich um Milliarden hinaufgeschneit.

Nichts mag charakteristischer sein für ein Regime der Verwaltungs- und Gesetzesinflation als die von dem Herrn Finanzminister gestern mit sichtlichem Zögern vorgebrachte Mitteilung, die Zahl der Bundesbeamten habe sich neuerlich, und zwar wesentlich über 300.000 erhöht. Die Folge des ungehemmten Anwachsens von öffentlichen Aufgaben und Funktionären ist der Verlust des Bewußtseins, daß der Staat eine Einrichtung ist, die grundsätzlich nur subsidiär sein, das heißt nur notfalls eingreifen soll.

Während sich der Herr Bundesminister für Finanzen in zahlreichen seiner Ansprachen — so etwa auch vor neun Monaten in Bad Godesberg vor dem Bonner Institut „Finanzen und Steuern“ — für eine Finanzpolitik des Antikollektivismus ausgesprochen hat, wobei er sehr richtig zwischen Wohlstandsstaat und Wohlfahrtsstaat unterschieden hat, sieht sein nunmehr zur Welt gekommenes neues Budgetkind anders aus. Während im Wohlstandsstaat jeder einzelne in der Lage sein wird, durch seine Leistung sich und seine Familie zu erhalten und für sein Alter vorzusorgen, möchte der Wohlfahrtsstaat möglichst jedermann von einer öffentlichen Stelle her quasi ein Taschengeld zuteilen. Während die eine Hand schafft, gibt die andere Hand aus. Fast alle Mittel fließen durch den Staatskörper von der verdienenden zur ausgebenden Hand, wobei dieser Strom erheblichen Energieverbrauch verursacht. Die Staatsallmacht und -allgewalt führt zur Entpersönlichung, zu einer ständigen Unsicherheit, die den einzelnen zwingt, sein Heil nur in der Kollektivprothese, dem Staat, zu sehen. So wird der Bürger einerseits zum Zwangssparer, andererseits zum Staatspensionär. In der Einengung

seiner Privatsphäre durch den Staat und — worüber noch zu sprechen sein wird — durch Parteibuch und Proporzgeist wird die Selbstverantwortlichkeit des Bürgers, ein Wesensmerkmal der freien Gesellschaft, immer mehr ausgeschaltet. Jede menschliche Beziehung, jedes soziale Problem wird aus dem Bereich der privaten Initiative herausgelöst und in seelenlose Normen gezwungen. Jede Verabsolutierung des Staates aber führt in eine Sackgasse der Enttäuschungen, der materiellen wie auch der moralischen Desillusionierungen.

Herr Abgeordneter Olah hat vorhin gemeint, ein solches Bekenntnis gegen die Verabsolutierung des Staates würde die Einstellung zum Staat mindern. Nein! Ich glaube vielmehr, jede Verabsolutierung des Staates mindert wirkliches Staatsgefühl. Das Ergebnis kann nur eine Ära sein, von der Albert Camus so schön sagte: „Das Unglück ruft in unserer Zeit wohl tausend Advokaten auf den Plan, aber niemals einen Bruder.“ Diesen Wohlfahrtsstaat, besser gesagt diesen Pseudo-Wohlfahrtsstaat der papierernen Akte und der großartigen Ämter charakterisierte kürzlich in einer Zeitung ein Bild: Ein modernes Riesengebäude, davor ein Versehrter in zerschissenen Gewändern. Und die Überschrift war etwa: Der Rentner vor dem Gebäude der Rentenversicherung.

Je mehr alte Leute Pensions- und Rentempfänger sind, vom Gemeinwesen abhängig — man hat ihnen doch in den letzten Jahrzehnten ihre Spargroschen immer wieder durch Inflationsprozesse und Absteuerung weggenommen —, desto größer wird der zusätzlich nötige Sozialaufwand und desto größer der Teil des Volkseinkommens, der durch den Staat neu verteilt wird; umso kleiner aber werden diejenigen Mittel, die den produktiv tätigen Personen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse unmittelbar übrigbleiben. Mag sein, daß dies ein Ziel einer sozialistischen Wirtschaftspolitik ist; es ist zweifellos nicht das erklärte Ziel des Herrn Finanzministers! Es ist aber — und auch dieses Budget spricht dafür — doch wohl das praktische Ergebnis der Regierungskoalition beziehungsweise eines solchen Staatsvoranschlages.

Eine vielleicht unpopuläre, aber ehrliche Politik müßte den Staatsbürger dazu erziehen und ihn daran erinnern, ihm freilich auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten dazu geben — und gerade in den letzten Jahrzehnten der Inflations-, Kriegs- und Nachkriegszeit, der Zeit der Währungsumstellung, Lohn- und Preispakete hat es daran gefehlt —, in einem freiheitlichen Staatswesen also müßte es möglich sein, daß der Bürger primär einmal

selbst für seine Sicherheit verantwortlich ist. Man muß dem Staatsbürger den Arbeitsplatz sichern und ihm die Möglichkeiten schaffen, so viel Geld zu verdienen und zu ersparen, daß er ausreichende Mittel für Alter und Krankheit zurücklegen kann. Wir wissen — es sei nochmals gesagt —, daß dies in Österreich in der Vergangenheit kaum möglich war und daß ihm der mühsam ersparte Groschen weggesteuert oder durch eine Inflation oder einen Währungsumtauschprozeß wertlos gemacht wurde. Daher sind wir für breiteste Schichten der Bevölkerung auf das Ergebnis einer Solidarität angewiesen, zu der wir uns selbstverständlich bekennen, die aber doch in einem wirklich gesunden System erst dort geübt werden muß, wo eben ein solcher Notfall gegeben erscheint.

In Österreich gibt aus diesen Gründen jeder produktiv Tätige einen hohen Prozentsatz seines Einkommens für abgeleitete Einkommenszahlungen weg. Österreich steht in der Statistik über die Neuverteilung des Volkseinkommens durch die öffentliche Hand ungünstig, das heißt etwa vor der Schweiz, Skandinavien, England, Frankreich und den Niederlanden, um nur einige Staaten zu nennen. Der Bund, die Länder und die Gemeinden nehmen an 17 verschiedene direkte Steuern dem Staatsbürger ab, Fondsbeiträge, Sozialversicherungsbeiträge kommen dazu; indirekte Steuern, Abgaben und Beiträge gibt es auch noch eine ganze Reihe für Bund, Länder und Gemeinden. Das Wirtschaftsinstitut schreibt, daß die öffentliche Hand auf 60 verschiedene Arten in unsere Taschen hineingreift.

Lassen wir auch hier einen Vergleich mit anderen Staaten sprechen, wie dies so in anderen Reden heute und gestern üblich war: In den Vereinigten Staaten wird das Volkseinkommen nur mit 25 Prozent belastet. Frankreich bedarf trotz der algerischen Krise und schwerwiegender anderer Probleme, die wir täglich den Zeitungen entnehmen können, nicht mehr als 35 Prozent; England und die deutsche Bundesrepublik, sicher keine typischen Länder eines niederen Steuerstandards, begnügen sich mit weniger als der Haushalt der österreichischen öffentlichen Körperschaften. Ein solches Vorgehen ließe sich dann, wenn alle Ausgaben wirklich vertretbar wären, vielleicht rechtfertigen, wenn die Verwaltung in Österreich sparsam, die Gesetze knapp, verständlich und auf das Wesentliche beschränkt wären und wenn jenem fünften Stand, jenen breiten Gruppen der durch Kriegs- und Nachkriegszeit hart getroffenen Menschen, endlich Gerechtigkeit werden würde.

Dazu kommt noch ein weiterer Nachteil der Koalition: Nicht nur Redner heute, auch der Herr Bundeskanzler selbst mußte einräumen, daß die Koalition seit Monaten nicht imstande ist, wesentliche Fragen, die sehr häufig auch die Wirtschaftspolitik betreffen, zu lösen. Ich möchte die Liste der zur Debatte stehenden dringlichen Probleme nicht nochmals anführen; vielleicht sei allein an den Ausbau der Erdölindustrie, an die Sanierung vieler USIA-Betriebe, an eine Organernennung in der verstaatlichten Wirtschaft und ähnliches erinnert.

Es ist nicht das erstemal, daß sich die Koalition in einer Krise der Stagnation befindet. Schon zur Zeit der Besatzungsmächte lagen die beiden Regierungsparteien gewissermaßen gegeneinander auf der Lauer. Seit damals ist unsere Befürchtung noch öfter wahr geworden: Man verhandelt einfach so lange und vertagt so lange, bis nicht mehr die Politiker, sondern die Notwendigkeiten der Wirtschaft oder das Abflauen von Gesetzen ein weiteres Handeln diktieren. Dann schließt man meist zwischen zwei völlig entgegengesetzten Ansichten ein verzerrtes Kompromiß. Oder man entscheidet gewissermaßen über Nacht, nach dem Proporz, im Kompensationsverkehr eine Reihe von Problemen jeweils im Sinne des einen oder jeweils im Sinne des anderen Partners, meist aber verwaschen, uneinheitlich und disharmonisch. Auf die Idee jedoch, das dazu gewählte Parlament, die einzige demokratische Repräsentanz der österreichischen Bevölkerung, anzurufen und die Entscheidung jener Körperschaft zu überlassen, die von der Verfassung dazu bestellt ist, ist die Koalition bis heute anscheinend nicht gekommen. Zu oft wurde darauf verwiesen, daß dieses Hohe Haus damit zu einer Scheininstitution herabgesunken ist. Die Krisenzeiten der Koalition zeigen dies noch eindeutiger als jene Tage, in denen der schwarzrote Baum seine seltenen Blüten und Früchte trägt. Dann ist wenigstens das formale Recht der Bestätigung der Vereinbarung zwischen den beiden Regierungsparteien diesem Hause vorbehalten.

Wenn der Herr Abgeordnete Olah meint, daß die Sozialisten ihre Anhänglichkeit zur parlamentarischen Demokratie unter Beweis gestellt haben — ich bitte, hier, glaube ich, genügen nicht allein Pittermannsche Lippenenunziationen, sondern stellen Sie sie wirklich unter Beweis! Gehen Sie wirklich — Sie haben ja mit über acht Abgeordneten wahrlich das Antragsrecht — mit den dringenden Problemen ins Parlament! Sehen wir, daß sich hier im Parlament eine Mehrheit bildet, wo sie sich ja bilden soll, eben in einer gesunden, direkten Aussprache. Oder halten Sie es

etwa für richtig, wenn wir jetzt über die Selbständigenpension so verhandeln, daß ein Dreierausschuß irgendwo anonym, uns unbekannt, der Öffentlichkeit unbekannt, von den Zeitungen ungesehen — gelegentlich steht zwar etwas in den Tagesblättern, aus dem man halbwegs Grundzüge entnimmt — verhandelt, daß dann das Ergebnis dieser Verhandlungen hier, sicherlich unter Zeitdruck, den Ausschüssen vorgelegt wird, daß diese Ausschüsse wieder unter Zeitdruck verhandeln? Denn man wird ja sagen: Jetzt verhandeln wir das Budget, und dann ist Dezember — rasch! rasch!, sonst kommen wir in die Weihnachtsfeiertage hinein und am 1. 1. soll ja das Gesetz geboren sein! Halten Sie es also für richtig, daß wir dann hier eine Blitzarbeit leisten und das verfassungsmäßig damit zu befassende Parlament die Frage der Selbständigenversorgung — eine enorm wichtige Frage, das geben Sie mir alle zu, und eine in ihrer Differenzierung: Landwirtschaft, freie Berufe, Handel und Gewerbe, enorm komplizierte Frage — so löst, daß monate- oder jahrelang irgendwelche verfassungsmäßig nicht vorgesehene Gruppen, Körperschaften und Kleinausschüsse sich darüber aussprechen — das dazu berufene Parlament das Gesetz dann in einer Art Raschverdauung hinaus schleudert?

In Zwischen- und gerade in Krisenzeiten zwingt das machtpolitische Ringen und der Versuch eines Kräfteausgleiches auf außerparlamentarischer Ebene die beiden Koalitionsparteien dazu, einander argwöhnisch in Verwaltung und Wirtschaft zu kontrollieren und zahlreiche Stellen, vor allem im Staat und in der breiten Sphäre der verstaatlichten Industrie, aber weit darüber hinaus und weit über nur führende Posten hinaus doppelt zu besetzen. Sosehr die österreichische Bevölkerung — das wissen Sie alle — den Proporz ablehnt, er trennt doch bis ins Groteske hinein heute nicht nur die Spitzen der Behörden oder Unternehmungen, oder, wenn Sie wollen, er trennt sie nicht, er eint sie, und schließt Andersgesinnte überhaupt aus. Der Proporz läßt heute Heimgärtner, Siedler, Sportler, Hausfrauen, Rundfunkhörer, Bienenväter, ich weiß nicht, was alles, in zwei getrennte Lager sich aufspalten. In jedem Verein, in jedem Plessklub, Veteranenverband, überall versucht sich der Proporz einzuschleichen. Posten, Aufträge, ja Orden und Ehrenzeichen, alles wird danach vergeben und verliehen. Vor den Wahlen hören wir immer wieder, verkündet gerade von namhaften, leider hier momentan nicht sichtbaren Sprechern Ihrer Partei, Bekenntnisse, hehre Bekenntnisse gegen den Proporz. Nach den Wahlen hört man nichts mehr davon. Vor den nächsten Wahlen

wird der Durchschlag der Rede abermals verwendet — nach den nächsten Wahlen hört man wieder nichts davon.

Die Millionen und Milliarden, die solcherart — allerdings ungesehen in den nackten Ziffern des Budgets — verausgabt werden, sind der Grund, warum auf der anderen Seite zahlreichen Bevölkerungskreisen, die in der Zeit einer angeblichen Hochkonjunktur wohl Anspruch hätten, ihre minimalen Forderungen befriedigt zu sehen, nicht geholfen wird.

Als Savonarola 1497 in Florenz die Werke des Properz verbrannt hat, weil sie erotisch, ketzerisch und verderblich für die Sitten wären, da wußte er noch nichts von den Werken des Proporz. (*Heiterkeit.*) Mag sein, daß diese nicht erotisch sind, vernichtet würden sie auch gehören.

Mit keinem Wort erwähnte der Herr Finanzminister gestern in seiner ausführlichen Budgetrede und in seiner sicherlich interessanten Darstellung zum Beispiel die Volksdeutschen, deren Einbau in Österreich immer noch nachhinkt, oder — was vielleicht besonders verwunderlich ist — die Auslandsösterreicher. Ist es nicht tragisch, wenn wir aus dem Kreise dieser Menschen hören müssen, eine ehemalige Auslandsösterreicherin wäre in Salzburg aus Not buchstäblich verhungert, obwohl sie laut Staatsvertrag Anspruch auf sehr große in der Tschechoslowakei zurückgehaltene Werte gehabt hätte? Worte von Vertretern beider Regierungsparteien hat man hier genug gehört; die Tat aber, die wenigstens in einer Vorfinanzierung nachgewiesener Ansprüche zumindest Bedürftiger bestehen könnte, blieb aus, selbst dieser kleine Wunsch wurde nicht erfüllt. Ich habe vor zwei Jahren bereits einen solchen in einem Ausschuß dem Herrn Bundesminister für Finanzen vergeblich vorgetragen.

Mit keinem Wort erwähnte ferner der Herr Finanzminister die Probleme der Besatzungs-, Rückstellungs- und Bombengeschädigten. Es wurde heute schon gesagt — es sei wiederholt —: 1956 war das mit einer der maßgeblichen Wahlschlager der Österreichischen Volkspartei. Jetzt trifft die Sozialistische Partei anscheinend Anstalten, über ihre Mietervereinigung diesen Fragenkomplex irgendwie so zu behandeln — auch die heutige Rede läßt darauf schließen —, daß sie ihn bei den nächsten Wahlen ausnützen kann. Wer immer diesen Fragenkomplex bei Wahlen ausnützt, wir Freiheitlichen und mit uns zahlreiche überparteiliche Vereinigungen haben nur gefordert, daß das, was vor Wahlentscheidungen immer wieder in Aussicht gestellt wird, nachher, übrigens viele, viele Jahre nach Eintritt des Schadens, auch gewähr-

leistet wird. Aber es ist nicht die kleinste Entschädigung gegeben worden, außer einigen wenigen Vorfinanzierungen.

Jetzt in Tirol vor den Landtagswahlen erhielt, damit ein Dankbrief kommt, der Verband der Bombengeschädigten für einige Leute, wie ich glaube, 100.000 S. Ja steht das im Einklang mit den Milliarden Schäden, die hier eingetreten sind?

Der Herr Abgeordnete Prinke hat selbstverständlich recht: man muß Leistungen vom Staat verlangen, die vertretbar sind. Aber wer sagt denn, daß wir nicht schließlich 13 Jahre und länger nach Eintritt des Schadens damit beginnen müßten, diese Schäden im Wege einer Gesamtleistung, im Wege der Hilfe der Steuerzahler, wie dies vorhin von dem sozialistischen Generalredner richtig gesagt wurde, irgendwie abzugängen? Auch so, daß es vielleicht nicht in einem einzigen Jahr geschieht! Aber ich darf immerhin feststellen: 13 Jahre und länger nach Eintritt des Schadens ist noch nicht der erste Schritt geschehen. Nicht einmal der Entwurf eines Bombenschädengesetzes wurde dem Hause vorgelegt. Während in anderen Ländern schon längst das Kriegsfolgenschlußgesetz beraten wird, ist bei uns, wie gesagt, noch nicht einmal das Anfangsgesetz dazu geschaffen. Die Jeremiade mit dem Besatzungsschädengesetz — Sie kennen sie! Ich weiß nicht, ob es der neunte oder der elfte Entwurf ist, der momentan sanft in einem Unterausschuß ruht. Optimisten dürfen vielleicht hoffen, daß er im nächsten Jahr ausgegraben, behandelt und endlich zum Gesetz erhoben wird, wohl möglich ein besserer als der jetzt vorliegende.

Daß die Renten für die Wehrdienstbeschädigten die niedersten im freien Europa sind, ebenso wie die Leistungen für Kriegerwitwen und -waisen, daß die Berücksichtigung der Spätheimkehrer nach einer in anderen Staaten selbstverständlichen Finanzhilfe noch immer keine Erfüllung gefunden hat, das mag bei der Einstellung beider Regierungsparteien den Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht gegenüber irgendwie erklärlich sein.

Ich fürchte auch, daß die im Budget vorgesehenen Verbesserungen für die Rentner noch immer nicht genügen werden, um einen besonders bedauerlichen Umstand zu ändern, nämlich den, daß der größte Teil der Rentner heute Leistungen unter dem Existenzminimum erhält; denn der Rentner kann sich etwa von den 13 Milliarden Gold- und Devisenreserven bestimmt nichts herunterbeißen. Beispiele aus dem Ausland, aus Italien, Frankreich, England und Westdeutschland, zeigen immer wieder auf, daß andere Staaten die Kriegsfolgen im Wege einer Gemeinschaftsleistung

wenigstens teilweise überwunden haben. In Österreich aber fehlt — es sei zum dritten Male erwähnt — 13 Jahre nach dem Kriegsende noch immer ein solcher Lastenausgleich.

Mit keinem Wort erwähnte schließlich der Finanzminister die Frage eines endgültigen politischen Schlußstriches. Bedenken wir doch, wie unbefriedigend etwa, um hier nur eines herauszugreifen, die Wunden geschlossen wurden, die die Verbotsgesetze 1945 und 1946 hinterlassen haben! Ich möchte hier als Beispiel nur das Wirtschaftssäuberungsgesetz anführen — es ergibt sich daraus schon, daß zu einer inneren Befriedung noch viel zu tun ist.

Es klaffen auch auf dem Gebiet zahlreicher, zum Beispiel dienstrechtlicher Ansprüche gegen das Deutsche Reich ausgesprochene Lücken. Der deutsch-österreichische Vermögensvertrag, der noch nicht ratifiziert ist, hat diese Fragen ungeregelt gelassen. Wie einsilbig das Bundesministerium für Finanzen bezüglich solcher Ansprüche gegen das Deutsche Reich sich ausläßt, soll Ihnen an Hand eines jüngst geschriebenen Briefes kurz vor Augen geführt werden. Hier heißt es:

„Durch den am 15. Juni 1957 unterzeichneten Vermögensvertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, der allerdings noch nicht in Kraft getreten ist, sind derartige Ansprüche gegen das ehemalige Deutsche Reich nicht geregelt worden. Solche Forderungen können daher auf Grund dieses Vertrages gegen die Bundesrepublik Deutschland nicht geltend gemacht werden.“ Punkt! „Auch die Republik Österreich hat nach der bestehenden Rechtslage für solche Forderungen keine Zahlungen zu leisten.“ Punkt!

Wenn man diese stereotypen Sätze liest, erinnert man sich an Nietzsches Wort: „Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer.“

Hier eindringend in Probleme der Wirtschaftspolitik möchte ich noch einmal unterstreichen, daß wir Freiheitlichen uns für eine freie soziale Marktwirtschaft einsetzen. Die Restbestände der Zwangswirtschaft, die Subventionitis sehen wir für ein Unglück an. Wir übersehen freilich nicht, daß sich auch Brücken zu einer geänderten Auffassung eines modernen Sozialismus finden. Man wird auch in Kreisen der Freiheitlichen etwa einem Carlo Schmidt zustimmen können, einem der besten Köpfe der deutschen Sozialisten und wohl auch der politischen Gegenwart Europas, wenn er sagt: Planung bedeutet vor allem, jungen Menschen zu raten, nicht falsche Berufe auszuwählen. Oder wenn heute Abgeordneter Olah gesagt hat, er trete für einen freien Wettbewerb ein, oder wenn der württembergische Wirtschaftsminister Hermann Veit, ebenfalls ein Sozialist, meint, eine Investitionsplanung

sehe er nicht in einer Genehmigungspflicht, sondern als eine Art vorausschauende Erwägung, in welchem Umfang des Sozialproduktes Investitionen durchzuführen seien und wie man Engpässe verhindern könne. All dies auch im Hinblick auf die Notwendigkeiten einer kommenden europäischen Gemeinschaft, zu der sich ja dieses Haus mit erdrückender Mehrheit bekennt.

Bei der Erörterung wirtschaftspolitischer Fragen muß man wohl, und die Budgetdebatte ist dazu der geeignetste Anlaß, nochmals auf das Problem der Steuerüberlastung zu sprechen kommen. Es haben heute zwei, ja eigentlich alle Vorredner schon darauf hingewiesen. Ich habe bereits in seinerzeitigen Reden betont, daß die Zeit der gesteuerten Inflation, der sogenannten Preis-Lohn-Abkommen, der großen Haushaltsdefizite, der Überbewertung der Währung während der Devisenbewirtschaftung und mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen von uns als eine Ära der falschen Wirtschaftspolitik gekennzeichnet wurde. Die vor rund vier Jahren eingesetzte wirtschaftspolitische Auffassung der sozialen Marktwirtschaft wurde stets von unserer Partei für gut geheißen, wurde in vielen Ländern Europas in Anwendung gebracht und von uns bereits Jahre vorher gefordert. Es muß jedoch nochmals unterstrichen werden, daß meine Fraktion und vorher schon die damalige Vertretung der Mitte im österreichischen Parlament Bedenken gegen eine allzu große Aufblähung des Staatshaushaltes geäußert haben. Eine vernünftige Verwaltungsreform wird und wurde gefordert und im Zuge der Einsparungen die Dringlichkeit einer Steuerreform immer wieder unterstrichen.

Wir appellieren an beide Regierungsparteien — und ich erinnere daran, was gestern der Herr Bundesminister für Finanzen und heute die ersten Redner beider Parteien gesagt haben — unter Hinweis auf den großen Steuerdruck in Österreich, nunmehr wenigstens die vor den letzten Wahlen ja ausdrücklich versprochene annähernde Gleichziehung mit dem Auslande einzuleiten. Ich muß Ihnen hier doch — ich kann es Ihnen nicht ersparen — nochmals eine Statistik entgegenhalten, weil heute Zweifel daran geübt wurden, ob tatsächlich der Steuerdruck in Österreich besonders groß sei.

Verheiratete ohne Kinder zahlen Einkommen- bzw. Lohnsteuer ungerechnet in Schilling — ich beschränke mich auf eine Gruppe, um es zu vereinfachen — bei einem Jahreseinkommen von 25.000 S in Österreich etwa 2600 S, in Schweden nur 2000 S, in Westdeutschland knapp über 1000 S, in der Schweiz 600 S, in England und Amerika sind sie frei. Bei

einem Jahreseinkommen von 75.000 S zahlt man in Österreich 19.000 S, in Schweden 14.000 S, in Westdeutschland das gleiche, in der Schweiz 9000 S, in England 11.000 S und in den Vereinigten Staaten 6000 S. Bei einem Jahreseinkommen von 125.000 S — und darauf will ich mich beschränken — zahlt man in Österreich rund 39.000 S, in Schweden und Westdeutschland etwa 30.000 S, in England und in der Schweiz 19.000 beziehungsweise 28.000 S und in den Vereinigten Staaten 15.000 S.

Um den Anschluß an die genannten Länder nur in den unteren und mittleren Kategorien zu finden, müßten Sie — und bedenken Sie, daß auch der Rechnungshof darauf hingewiesen hat, daß Österreich hinsichtlich der Lohngestaltung neben Irland zu den Ländern mit den niedrigsten Löhnen gehört — die Einkommen- und Lohnsteuer um 20 beziehungsweise 40 Prozent senken. Die beiden früheren Reformen des Herrn Finanzministers haben eine solche Gleichziehung noch keinesfalls erzielt. Die Zeit der Währungsstabilisierung, die übrigens auch zahlreiche strukturelle Verzerrungen stabilisiert hat — Sie wissen, daß es den Gemeinden wirtschaftlich schlecht geht, Sie wissen, daß wir vor einer Strompreiserhöhung stehen, die wirtschaftliche Situation zeigt neben dem gesamteuropäischen Licht auch manche ernste Schattenseiten — war mit Krediteinschränkungen verbunden. Diese Krediteinschränkungen zeigen wiederum das interessante Phänomen, daß die Erreichung eines Großkredites nicht selten leichter möglich ist als die eines Kredites für kleinere und mittlere Betriebe. Es wäre also unser Wunsch, daß neben der Minderung des Steuerdruckes — welchen Wunsch wir schon oft vorgebracht haben — sich auch die Kreditvergebung für Klein- und Mittelbetriebe verbessert.

In diesem Zusammenhang sei also nochmals auf die Notwendigkeit einer guten und in der Öffentlichkeit sich vollziehenden und in der Öffentlichkeit debattierten Regelung der Selbständigenversicherung hingewiesen.

Über den Bereich der Sozialpolitik wird unser Hauptredner im einschlägigen Kapitel noch Gelegenheit haben, ausführlich in der Spezialdebatte zu sprechen. Ich möchte mich darauf beschränken, zu sagen, daß unsere freiheitliche Auffassung von Vorurteilen und Dogmen frei und daher wirklich fortschrittlich ist. Sosehr wir die Notwendigkeit einer quantitativen Sozialpolitik einsehen, wie etwa die Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung des Lohnes, erkennen wir auch deren Grenzen.

In diesem Zusammenhang vielleicht, da es auch in die Wirtschaftspolitik hineinreicht: Sie wissen, in der Verstaatlichung sehen wir

keinen Ausweg. Wir sind vielmehr der Meinung — um dieses Thema fortzuführen —, daß der Weg der Ausgabe von Volksaktien weiter beschritten werden müßte, und wir bedauern, daß die Volksaktie, ein rein wirtschaftliches Phänomen, zu einem Wahlschlager gemacht wurde. In ihrer ersten Gestaltung gab es eine Teilung in verschiedene Typen, nämlich Vorzugsaktien einerseits, die den Vorzug haben, daß sie kein Stimmrecht gewähren, und Stammaktien andererseits, die den wirklichen Vorzug haben, die, die sie bekommen haben, mit Stimmrecht auszustatten. Aber sie wurden ja nur über Parteiinstitutionen an Parteiinstitutionen und an Parteigünstlinge der beiden Koalitionsparteien ausgegeben. Diese beiden Typen scheinen uns nicht geeignet. Es ist heute über dieses Thema schon einiges gesprochen worden. Wesentlich ist, daß das erste Experiment, das mit einer Volksaktie gestartet wurde — verzeihen Sie den Wiener Ausdruck — eine „verhatschte“ Volksaktie war. Denn es ist völlig ausgeschlossen, daß Sie die Aktien in zwei Typen teilen, dem Volk die Aktie ohne Stimmrecht geben und unter den Parteiprotegés oder den Parteiinstitutionen im Schlüssel von 60 zu 40 — ich weiß nicht, woher dieser neue Proporzschlüssel kam, der Proporzkapitalschlüssel anscheinend — plötzlich die Stammaktien teilen und rein politisch vergeben. Ich glaube, daß dem Herrn Bundesminister für Finanzen, als er das erstmal diesen Plan gelesen hat, die Gänsehaut gekommen ist wie jedem Wirtschaftler. (*Abg. Prinke: Uns auch!*) Ihnen auch! Mir ist es ja klar, was Sie damit wollten. Sie wollten mit den 40 Prozent die Zustimmung des anderen Teiles erkaufen. Das ist mir klar. Aber wie weit ist das entfernt von einer wirtschaftlichen Überlegung!

Meine sehr Verehrten! Wenn im Parlament der eine Teil der Meinung ist, die Volksaktie ist ein Experiment, das man nicht durchführen soll, und der andere Teil meint, die Volksaktie ist ein Experiment, das man durchführen soll, dann gehen wir in eine Debatte, gehen wir in eine offene Abstimmung. Stimmen wir, die wir für den sogenannten Volkskapitalismus sind, gegen diejenigen, die für den Staatskapitalismus sind. (*Abg. Dr. Hofeneder: Sie haben es ja leichter!*) Aber sprechen wir nicht um den Brei herum und reden wir nicht von Volksaktien, wenn das, was das erstmal hier herausgekommen ist, vielleicht zwar ein gutes politisches Geschäft war, aber durch die Zerteilung in zwei Typen zweifellos etwas, was der wirtschaftlichen Realität ins Gesicht geschlagen hat. Und das haben Sie mir ja mehr oder weniger zugeben müssen.

Zurück zur Sozialpolitik. Ich sagte schon, nicht nur quantitative, sondern auch quali-

tative Sozialpolitik ist notwendig. Die Persönlichkeitsentfaltung, die Gemeinschaftsbildung innerhalb des Betriebes, die geistige Mitarbeit des Arbeiters, kurz, das Problem der menschlichen Beziehungen wie auch das einer echten Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit, einer echten Werksgemeinschaft in Leistung und Erfolg, das wurde von uns Freiheitlichen immer wieder betont. Vielleicht noch etwas: Wir freuen uns, daß vor allem in den westlichen Bundesländern durch eine neue Siedlungsform auch für die Bodenverbundenheit der Arbeiter und damit für deren engstes Interesse an der Heimat- und Kulturgemeinschaft gesorgt wurde.

Zu diesem Komplex sei erwähnt, daß wir jede Art von Betriebsterror — nicht nur den bei Gräf & Stift — schärfstens zurückweisen. Wir sind der Ansicht, daß nicht etwa aus der Debatte über diesen oder einen anderen Fall der Schluß gezogen werden darf, man müsse das Antiterrorgesetz zu Fall bringen. Wir sind vielmehr der Auffassung: Wo immer es sich um den Schutz der Gesinnung des einzelnen handelt, muß er in jedem Fall geschützt werden. Wo immer Gesinnungsbeugung und Terror eintritt, muß er in jedem Bereich verfolgt werden. Diese freiheitliche Auffassung ist nicht auf einen Fall beschränkt, nicht auf die Gewerkschaften, nicht auf einen Berufsstand. Nein, wir wollen ein großes umfassendes Antiterrorgesetz, das jeden, der unbefugt den anderen nach dem Parteibuch fragt, der versucht, seine Gesinnung herauszuschnüffeln, unter Strafe setzt.

Zu dem Standort Heimat, Staat, Volk und Nation wurde von uns oft genug gesprochen. Bei der leidvollen Geschichte Österreichs in seinem Hin und Her zwischen dem Kaiserreich, der Republik Deutsch-Österreich, der Ersten Republik, die ein Seipel mit Recht als zweiten deutschen Staat bezeichnete, dem Ständestaat, der Ostmark, der Donau-Alpen-Gaue und dem Österreich von 1945, das niemals deutsch gewesen sein wollte, auch nicht in seiner ruhmreichen, ein Jahrtausend langen Geschichte, letztlich als Vormacht des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, weisen wir Freiheitlichen den Ausweg: Unser Bemühen, das auf historischen Voraussetzungen beruhende Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft mit unserem glühenden Bekenntnis zur österreichischen Heimat und zu unserem Staat und mit unserem Ruf nach einer Zusammenarbeit im freien Europa als eins zu betrachten. Von diesem Gesichtspunkt her erklärte sich auch unsere Solidarität mit den Südtirolern.

Wir weisen in diesem Zusammenhang die bei Wahlkämpfen leider immer wieder lautwerdende und sehr unfaire Unterstellung

zurück, daß wir damit schlechtere Österreicher wären, die sich zu einem Vaterland außerhalb der Grenzen bekennen würden. Wir Freiheitlichen glauben daran, daß wir uns in unserem Einstehen und unserem Bekenntnis für Österreich von niemandem übertreffen lassen.

Es wurde, um es kurz zu erwähnen, auch heute von den Problemen der Volksabstimmung und des Volksbegehrens gesprochen. Wir haben gehört, daß es ein glühender Wunsch der Sozialistischen Partei ist, diese Gesetze nunmehr verabschiedet zu sehen. Ich darf demgegenüber feststellen, daß die Freiheitliche Partei diese Gesetze seit vielen Jahren urgiert hat und daß letzten Endes der erstzuständige Mann doch der österreichische Innenminister wäre! Verzeihen Sie mir: Direkt fanatische Gefühle des Herrn Bundesministers für Inneres, diese Gesetze in den letzten Jahren dem Parlament zuzuführen, habe ich nicht bemerkt. Ich freue mich, daß nunmehr ein Gesinnungswandel in den Reihen seiner Gesinnungsgenossen eingetreten ist.

Meine sehr Verehrten! Zum Schlusse komend folgendes: Die Stabilität der Mitte hat sich bei diesen letzten Wahlen eindeutig erwiesen. Wir haben in Villach dazugewonnen, in Klagenfurt zugegebenermaßen einen Rückgang erlitten, uns aber dennoch als Faktor behauptet. Wir haben, wie Sie wissen, in Salzburg als einzige Partei gegenüber den Nationalratswahlen 1956 trotz der großen Wahlenthaltung Stimmen gewonnen, und wir haben in Tirol gegenüber Mai 1956 mehr als ein Drittel an Stimmen neu beziehungsweise zurückerobert. Die Versuche, von einem Zweiparteienstaat zu faseln oder durch Druck die Dritte Kraft auszuschalten, können wohl endgültig als gescheitert bezeichnet werden. Wir geben uns keinen Illusionen über die Schwierigkeiten hin, bei einem praktisch nicht vorhandenen, ausgeschalteten Parlament gegen eine erdrückende Mehrheit Politik zu machen. Wir wissen, daß es für uns keine politischen, keine finanziellen Stützungen, keine Proporz- und keine Parteibuchprotektion gibt. Wir werden aber dennoch weiter ringen für einen Haushalt der Gerechtigkeit, für eine Verwaltungsreform, für eine Berücksichtigung der deklarierten Bevölkerungskreise und gegen eine Staatshypertrophie wie in diesem Budget, zu dem wir nein sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hartmann zum Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hartmann**: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Wenn uns ein Baumeister seinen Kostenvoranschlag vorlegt, sollten wir uns nicht damit begnügen,

nur die vorgelegten Pläne und Rechnungen zu studieren. Wir werden vielmehr gut daran tun, uns nach dem Erfolg seiner bisherigen Arbeit zu erkundigen, ehe wir ihm neue, verantwortungsvolle Aufgaben übertragen. Das ist unsere Pflicht, auch im Interesse der Mitmenschen, deren Vertretung uns anvertraut ist.

Pläne und Programme mögen oft sehr heftig umstritten sein; gerecht beurteilen kann man aber nur ein abgeschlossenes Werk und seine Bewährung. So gesehen glaube ich, daß sich Finanzminister Professor Doktor Kamitz in den vergangenen Jahren ein wohlbegründetes Anrecht auf das Vertrauen der Volksvertretung, ja des größten Teiles des österreichischen Volkes erworben hat. Mögen einzelne seiner Maßnahmen auch hin und wieder heftig bekämpft worden sein, der Gesamterfolg hat ihm augenscheinlich recht gegeben. Seine politischen Gegner sollten wohl oder übel genug Großzügigkeit aufbringen, dies auch anzuerkennen. *(Abg. Doktor Hofeneder: Sehr richtig!)*

Verehrte Damen und Herren! Im Bundesvoranschlag 1958 sind bei einer Reihe von Positionen höhere Ausgabemittel vorgesehen, was sehr erfreulich ist, und — Sie werden staunen, daß ich das gleich zu Beginn meiner Rede erwähne — es sollen auch höhere Ausgaben für die Wildbachverbauung bereitgestellt werden. Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhange einen Vergleich mit einem Wildbach ziehe. Die Tatsache, daß größere Mittel für die Wildbachverbauung bereitgestellt werden sollen, ist ein Beweis dafür, daß man allgemein anerkennt: Vorbeugen ist besser als Heilen! Aber auch im Hinblick auf die Sicherung der Währung wurde in den letzten Jahren, allen voran vom Finanzminister selbst, ein Wildbach, nämlich eine auch nach dem zweiten Weltkrieg ziemlich drohend vor uns gestandene Inflation, gezähmt. Nur gebändigt, das heißt stabilisiert, ist aber der Fluß des Geldes imstande, in unserer Volkswirtschaft ein Kraftwerk zu speisen, das Österreich und seinem Volke in hohem Maße Arbeit und Brot sichert. *(Abg. Holzfeind: Das ist historisch nicht richtig!)*

Der Geldfluß unserer Volkswirtschaft muß im wohlfundierten Bett des Bundeshaushaltes eingefangen sein, damit er sich befruchtend auswirke, und das ist in den letzten Jahren gelungen.

Zur Speisung der notwendigen großen Kraftquellen unserer Währung und Wirtschaft sind Inflation oder erhöhte Steuern nicht geeignet. Sie können — und jeder Österreicher kann dies aus bitterer eigener Erfahrung bestätigen — der Allgemeinheit nur Schaden und

der Bevölkerung praktisch nur Not und Arbeitslosigkeit bringen. Beides blieb aber in den letzten Jahren von uns abgewendet. Aber nicht deshalb, weil der Herr Finanzminister nur mit einem stürmischen Optimismus seit Jahren am Werke war, sondern weil er seine Arbeiten von einem Optimismus auf einer vernünftigen, realen Grundlage leiten läßt. Die Bevölkerung besitzt daher ein hohes Vertrauen in den Schilling, und die Spargroschen breiter Massen der Bevölkerung bestätigen und bestärken den Erfolg der Bemühungen des Finanzministers. Jeder Bericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung erbringt auch dafür einen neuen und unwiderlegbaren Beweis.

Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht mit Zahlen ermüden. Es ist Ihnen bekannt, daß seit dem Jahre 1952 — und das mag kein Zufall sein, es ist das Jahr, in dem Dr. Kamitz zum Finanzminister berufen wurde — der Spargedanke in Österreich wieder richtig lebendig geworden ist. Die Ziffern sind Ihnen geläufig. Selbst im August dieses Jahres — und der August zählt doch regelmäßig noch zu den Urlaubsmonaten — ist ein Anwachsen der Spareinlagen auszuweisen.

Ich glaube, es gibt keinen wirksameren Beweis für das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Währungspolitik. Und wir Österreicher haben diesen Beweis auch anlässlich der Ausgabe von Volksaktien bestätigt. Volksaktien sind von mehr als 80.000 Menschen in einem Betrag von 409 Millionen Schilling gezeichnet worden. Es standen aber nur Aktien im Werte von 225 Millionen zur Befriedigung von Zeichnungslustigen zur Verfügung. Ich glaube, auch damit hat das Volk einen großen Vertrauensbeweis erbracht. Die 80.000, die diese Aktien gezeichnet haben, waren nicht Kapitalisten großen oder größten Ausmaßes, etwa des Ausmaßes der GÖC — das ist ein großes Unternehmen —, sondern es waren zum überwiegend großen Teil wirklich mittlere und kleine Leute, die sich für diese vernünftige Sache sehr interessierten. Wenn der Herr Abgeordnete Gredler meinte, die Volksaktie sei „verhatscht“ worden, so sind wir gerne bereit, ihr diesen Patschen, diesen Pseudofekt, wegzunehmen. Aber ehe wir diesen sehr vernünftigen Gedanken gänzlich fallenlassen hätten müssen, ist eben diese jetzige Lösung, die uns bekannt ist und die sich im großen und ganzen auch bewährt hat, herausgekommen. Daß Schönheitsfehler in Zukunft beseitigt werden können, steht außer Zweifel; wir wollen uns jedenfalls darum bemühen.

Ein erfreuliches und unmißverständliches Zeichen für die Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft bietet auch die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Wir können uns nicht oft genug darüber freuen, daß die Zahl der Beschäftigten eine Rekordhöhe und die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden erfreulicherweise eine Rekordtiefe aufweist. Diese Entwicklung ist nun von Jahr zu Jahr aufsteigend wahrnehmbar.

Auch die österreichische Zahlungsbilanz war im ersten Halbjahr 1957 weitgehend ausgeglichen, obwohl in ihr — worauf wir nicht vergessen wollen — auch die Ablöselieferungen an die Sowjetunion inbegriffen sind.

Staat und Volk von Österreich ist es also gelungen, trotz einer zehnjährigen Besetzung das durch den Krieg zerstörte Werk von Generationen wieder fast vollkommen aufzubauen. Und das ist gelungen ohne Steuererhöhungen! Es ist möglich gewesen, ohne Steuererhöhungen nunmehr bereits ein Drittel der aus der Erfüllung des Staatsvertrages erwachsenden Ablöselieferungen zu begleichen. Gleichzeitig konnte ein ansehnliches Bundesheer aufgestellt und konnten dem gesamten Wirtschaftsleben neue Impulse zugeführt werden. Ich stelle fest, daß all dies ohne Steuererhöhungen möglich war, ja sogar trotz zweimaliger Steuersenkungen. Bitte geben Sie mir ein Beispiel von einem anderen Staat, der das gleiche zu vollbringen vermochte!

Bedeutend größere und mächtigere Staaten als Österreich, die zu den sogenannten Siegermächten des Krieges gehörten oder die von dem Völkermord des zweiten Weltkrieges gänzlich verschont geblieben sind, kämpfen gegenwärtig, teilweise mit äußerst geringem Erfolg, gegen eine überhandnehmende Inflation und gegen die daraus erwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Anderwärts werden Regierungen gestürzt und neue gebildet; gewaltige parlamentarische Auseinandersetzungen zeitigen dort wenig praktische Ergebnisse. Bei uns ist erfreulicherweise nichts dergleichen zu bemerken. Aber auch das scheint verschiedenen Leuten nicht recht zu sein. Es gibt Leute, denen zuwenig Wirbel ist, zuwenig offener Krach im österreichischen Parlament, im Nationalrat. In Frankreich beschuldigt man die Parlamentarier, daß sie in fruchtlosen Streitereien den Wohlstand der Nation verspielen, und bei uns geht es etlichen Querulanten und Kritikastern anscheinend viel zu reibungslos zu.

Wir wollen nicht darauf vergessen, daß wichtige Entscheidungen und Programme kaum je von einer großen Versammlung, sondern meist von einzelnen Persönlichkeiten gefaßt,

aufgestellt und in langer und mühsamer Kleinarbeit von einem entsprechenden Sachverständigenkreis untersucht, beraten und verarbeitet werden müssen, ehe sie schließlich für eine Vorlage im Hohen Hause, im Nationalrat, hier im Plenum, reif geworden sind. Ich sage das deshalb, weil der Herr Abgeordnete Gredler sich darüber beschwert, daß jetzt gewissermaßen hinter verschlossenen Türen die wichtige, große, gesetzliche Frage der Einführung einer Altersvorsorge für das Gewerbe und für die Bauern beraten wird.

Verehrte Frauen und Herren! Man könnte natürlich auch diese mühevollen und oft sehr unbedankte Kleinarbeit, die als vorbereitende Tätigkeit erfüllt werden muß, in die Nationalratssitzungen selbst verlegen. Aber mir scheint, daß dieses große öffentliche Forum sich nicht immer nur von Sachlichkeit leiten läßt. (*Abg. Dr. Pfeifer: In die Ausschüsse!*) Der beste Nährboden für eine Sachlichkeit schien mir das Verhalten mancher Gruppen und Abgeordneten in diesem Hause nicht zu sein.

Es ist daher die Frage, ob es besser wäre, diese oder jene Methode anzuwenden. Französische Methoden aber, verehrte Damen und Herren, wollen wir nicht als Importartikel für Österreich bezeichnen. (*Abg. Scheibeneinf: So ist es!*) Und außerdem haben die Österreicher für gefährliche Experimente Gott sei Dank kein Verständnis, und dies ist jetzt umso wichtiger, als wir an der Schwelle zu einem neuen, wirtschaftlich geeinten Europa mehr denn je der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und einer vernünftigen, sachlichen Zusammenarbeit bedürfen. Wir dürfen das bisher Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wenn wir als geachteter und gleichwertiger Partner in die Wirtschaftsgemeinschaft der freien Staaten Europas aufgenommen werden und uns dort behaupten wollen. Die Voraussetzungen dazu sind für uns durchaus nicht schlecht. Auch der Voranschlag für das Jahr 1958 gibt uns Anlaß zu berechtigten Hoffnungen dieser Art. Es ist doch nicht zuletzt der Staatshaushalt selbst, von dem immer wieder stabilisierende und befruchtende Kräfte ausgehen.

Es darf uns darum auch mit Genugtuung erfüllen, wenn der jüngste Bericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung feststellt — ich zitiere wörtlich —: „Auch das Budget wird der Binnenkonjunktur neuen Auftrieb geben.“ Daß der Vorstand des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung nicht nur aus Raab-Kamitz-Leuten besteht oder daß nur diese beiden Herren dort den Ton angeben, sondern daß dort Männer verschiedener wissenschaftlicher, fachlicher,

beruflicher Richtungen mitarbeiten und eine sehr erfolgreiche Arbeit erfüllen, möchte ich, um die Berichte des Instituts für Wirtschaftsforschung in das richtige Licht zu rücken, Ihnen in Erinnerung rufen.

Sowohl in ideeller Hinsicht — das durften wir bei der kürzlich abgeschlossenen Atomkonferenz erfahren — als auch in materiellen Belangen kann sich die Mitgift, die wir in die geplante Freihandelszone mitzubringen haben, durchaus sehen lassen. Der Abgeordnete Koplenig kann vollkommen beruhigt sein. Der Eintritt Österreichs in die künftige europäische Freihandelszone wird absolut nicht mit der geringsten Verletzung unserer Neutralität verbunden sein. Auch andere neutrale Staaten Europas, wie zum Beispiel die Schweiz oder Schweden — Schweden bekanntlich mit einer mehrheitlich sozialistischen Regierung —, werden der Freihandelszone beitreten. Sie werden selbstverständlich ebenfalls darauf achten, daß ihre Neutralität nicht verletzt wird; genau das gleiche wird Österreich tun.

Aber wenn ich mir schon erlaube, den Abgeordneten Koplenig zu zitieren, so möchte ich ihn gerne auch an folgendes erinnern: Es ist eine ganze Reihe von ehemaligen USIA-Betrieben, welche durch den Staatsvertrag Eigentum der Republik Österreich geworden sind, tatsächlich veräußert worden; das ist ja bekannt. Die Unterhändler auf der Seite des Verkäufers — der Eigentümer wird durch den Finanzminister und durch den Staatssekretär vertreten — sind sehr darauf bedacht, daß der Käufer die Zahl der Arbeitskräfte nicht vermindert, sondern erhöht. Ich möchte jetzt das Wort „fast“ sagen, weil ich es nicht so genau weiß: Fast in allen Fällen ist ein solcher neuer Käufer gefunden worden, der nicht das Interesse hat, den Betrieb stillzulegen und die Arbeiter auf die Straße zu werfen, sondern dem es bis jetzt schon gelungen ist, die Zahl der Arbeitskräfte zu vermehren. Es ist also vollkommen falsch, wenn Koplenig sagte, daß man durch diese Maßnahmen die Rechte der Arbeiterschaft mißachten würde. Mich wundert überhaupt nur eines in diesem Zusammenhang ganz besonders: daß die USIA-Betriebe bei dem Zustand, in dem sie uns hinterlassen wurden, nicht rasant in Konkurs gegangen sind. Davor hat sie die österreichische Wirtschaft und das zuständige Ministerium bewahrt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Abgeordnete Koplenig braucht auch keine Sorge zu haben, daß die österreichischen Erdölvorkommen an das ausländische Kapital verschleudert werden. (*Abg. Dr. Hofeneder: „Verschachert“!*) Ich bitte um Entschuldigung, ich kenne mich in dieser Phraseologie noch zu-

wenig genau aus, ich habe das noch zuwenig genau gelernt. Ich kann mich nur daran erinnern, daß der Abgeordnete Koplenig und seine Gott sei Dank sehr wenigen Genossen während der Besatzungszeit das Wort Erdöl nicht einmal in den Mund genommen haben. Damals sind sie nicht für Österreich, nicht dafür eingetreten, daß wir soundsoviel Erdöl, das wir dringend in unserer Volkswirtschaft brauchten, in Österreich verarbeiten und der österreichischen Volkswirtschaft zugute kommen lassen können. Aber jetzt ist das plötzlich interessant geworden. Freilich wird ihm die Propaganda damit nicht gelingen, weil der größte Teil des österreichischen Volkes genau durchschaut, was die Kommunistische Partei mit solchen Dingen will. (*Abg. Dr. Hofeneder: Er lebt auf dem künstlichen Mond!*)

Auch auf dem sehr empfindlichen Gebiet des Lohn- und Preisniveaus zählt Österreich in internationaler Sicht erfreulicherweise zu den Ländern mit den relativ geringsten Erhöhungen. Das mag bis zu einem gewissen Maße unleugbar auf das Wirken der Paritätischen Kommission, die heute schon wiederholt erwähnt wurde, zurückzuführen sein. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß diese Tätigkeit positiv gewesen ist, und sie wird auch in Zukunft fortgesetzt werden müssen. Ich glaube aber, daß die Österreichische Volkspartei wenig Verständnis dafür aufbringen wird, wenn diese Tätigkeit der Paritätischen Kommission, diese wünschenswerte und bisher erfolgreiche Tätigkeit der Paritätischen Kommission weiß Gott wie ausgeweitet und gesetzlich verankert wird. Das ist gar nicht notwendig. Wenn etwas ohne Gesetz funktioniert, dann muß man es ja nicht in ein quasi Prokrustesbett hineinzwängen, wo es sich vielleicht dann gar nicht sehr wohlfühlt. Manche Maßnahmen werden in Zukunft voraussichtlich auch überflüssig werden, wenn wir unsere Zoll- und Wirtschaftspolitik auf einen größeren europäischen Markt hin ausgerichtet haben. Damit allerdings rechtzeitig zu beginnen ist sehr vordringlich und wichtig.

Die österreichische Landwirtschaft ist mit manchen Dingen nicht zufrieden. Als Vertreter der Bauernschaft kann ich wirklich kein Verständnis dafür aufbringen, daß es bisher noch nicht gelungen ist, die sogenannten agrarischen Zölle einvernehmlich zu regeln. Noch immer ist eine Reihe von offenen Zollpositionen in Behandlung. Die Unterhändler sind sehr fleißig, es wird dauernd verhandelt; über eine einzige Zollposition, zum Beispiel über die für Eier, sind bereits 19 oder gar 20 Sitzungen abgehalten worden. Endlich ist es, glaube ich, in der 20. Sitzung möglich ge-

worden, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. (*Abg. Dengler: Die sind schon faul geworden!*) Ein boshafter Freund von mir hat gesagt: Die Eier sind ja schon stinkend geworden! In China ißt man Eier, die 25 und 30 Jahre alt sind. (*Abg. Doktor Neugebauer: Gut Ding braucht Weile!*) Ob auch im volksdemokratischen, oder ob man das nur im kaiserlichen China getan hat, weiß ich nicht.

In den agrarischen Zollpositionen sind auch eine ganze Reihe von nichtagrarischen Zollpositionen enthalten, nämlich zum Beispiel die Zölle der Lebensmittelindustrie. Es sind Industriezölle, sie gehören aber in das Kapitel der Agrarzölle und werden dort auch schön pflichtgemäß und korrekt in dieser Dreikammer-Kommission: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, verhandelt.

Es geht verdammt langsam weiter. Wir protestieren hiemit feierlich von dieser Stelle aus gegen die Anschuldigung, daß die Agrarier eine rücksichtslose Hochschutzzollpolitik betreiben. Dieses Schlagwort der Hochschutzzollpolitik wird nur mehr in der „Arbeiter-Zeitung“, die diesbezüglich unendlich konservativ ist, gebraucht. Aber dieses Schlagwort von der Hochschutzzollpolitik gehört endlich und endgültig zum alten Eisen. Es besitzt auch gar keine Glaubwürdigkeit mehr, denn als wir unlängst Gelegenheit hatten, mit einem prominenten Vertreter der Sozialistischen Partei die einzelnen Zollpositionen ziffernmäßig zu besprechen, ist er zur Meinung gekommen: „Ach so, ihr verlangt ja gar nicht mehr, als im jetzigen Zolllarif steht!“ Nein, wir sind in 99 Prozent der Zolllarifpositionen — vielleicht sind es 98 Prozent, so genau habe ich es nicht ausgerechnet — mit niedrigeren Zöllen einverstanden, als sie jetzt im autonomen Zolllarif vorhanden sind. Wir sind auch einverstanden — über eine ganze Reihe von Positionen haben wir uns bereits geeinigt —, daß ein ganz modernes Vier-Phasen-System bei gewissen Importen Platz greift, das dem Produzenten, dem Konsumenten und dem Gewerbetreibenden voll Rechnung trägt und an eine Zeittafel gebunden sein soll. Wenn Sie uns allerdings sagen würden, daß die heimische agrarische Produktion überhaupt keines Schutzes bedarf, dann würden wir das ganz und gar nicht verstehen können. Es wird leider Gottes mit dieser angeblichen Hochschutzzollpolitik der Agrarier eine ausgiebige politische Demagogie betrieben.

Das gleiche gilt für die falschen Vorstellungen von den sogenannten Subventionen. Diese Subventionen werden verschiedentlich auch recht gerne als Geschenke an die Land-

wirtschaft bezeichnet. Ja man geht sogar so weit, mit einer gewissen Schadenfreude auf den künftigen europäischen wirtschaftlichen Zusammenschluß hinzuweisen, der, wie man meint, mit der Subventionswirtschaft schon Schluß machen würde. Es mag sein, verehrte Damen und Herren, daß man damit Schluß machen wird. (*Abg. Dr. Neugebauer: In Europa wird es auch Subventionen geben!*) Wir sind nämlich die letzten, die diese Stützungs- oder Subventionspolitik besonders befürworten. Aber das Schlußmachen wird sicherlich in einer anderen Form vor sich gehen müssen, als sich das manche Leute vorstellen. Ich glaube, es wird in der künftigen europäischen Integration so weit kommen, daß man sich das, was man den Bauern im Lande nicht glauben will oder nicht glauben wollte, von europäischer Warte aus wird sagen lassen müssen, nämlich daß diese sogenannten Agrarpreisstützungen in Wahrheit Subventionen zur Verbilligung der Konsumentenpreise sind und ihre Beseitigung auch eine dementsprechende Auswirkung hätte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Oder, Hohes Haus, hätte jemand von Ihnen wirklich geglaubt, daß derartige Preisstützungen eine rein österreichische Erfindung darstellen und sonst nirgends anzutreffen sind? Das wäre ein Irrtum.

Auch die Agrarier in Österreich verhalten sich positiv zur Errichtung der Freihandelszone. Gewiß gibt es eine ganze Reihe von ungeklärten Fragen über das Schicksal dieses oder jenes agrarischen Produktionszweiges nach dessen Eingliederung in die Freihandelszone, doch dürfte schon heute folgendes feststehen: Die Sorgen der europäischen Bauern, die genau so wie in Österreich in der überwiegenden Zahl Mittel- und Kleinbetriebe bewirtschaften, sind einander sehr ähnlich. Und in vieler Hinsicht werden die gemeinsamen Anliegen wahrscheinlich stärker sein als die einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik entgegenstehenden Konkurrenzbestrebungen. Man sollte daher auf nationaler Ebene etwas vorsichtiger und weniger kurzichtig sein und die heimische Landwirtschaft nicht etwa um ein Linsengericht verkaufen wollen. Das wäre aus mancherlei Gründen nicht schlau, und darum hoffen die österreichischen Bauern mit Recht, daß auch ihnen ein zweckentsprechendes Landwirtschaftsgesetz nicht länger vorenthalten wird.

Leider sind in letzter Zeit gewisse Vorboten eines unerquicklichen Kompensationsgeschäftes wahrnehmbar geworden, mit dem man sich von einer bestimmten Seite dieses Gesetz gleichsam abkaufen lassen möchte. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, möchte ich Sie herzlich bitten: Überlegen Sie sich sehr gut,

diesem massiven und geballten Angriff auf die Bundesverfassung beizutreten und der jüngst in einer Denkschrift geforderten Schmälerei der Rechte der Länder die Mauer zu machen.

Das Landarbeitsrecht in Österreich ist immer noch viel moderner und fortschrittlicher als in vielen anderen Staaten, auch in solchen Staaten, die der künftigen „Freihandelszone“ angehören sollen. Von „Chaos“ und „Rechtsraub“, wie ich es in dieser Denkschrift lesen mußte und wie es der Arbeiterkammertag leider zu bezeichnen beliebte, kann fürwahr keine Rede sein. Solche Übertreibungen gehören in das Reich der Demagogie.

Desgleichen möchte ich dem Abgeordneten Koplenig doch sagen: Er nützt niemandem, am wenigsten den Landarbeitern selbst, wenn man, wie es heute hier geschehen ist, behauptet, die Landarbeiter seien noch immer auf Schandlöhne angewiesen. Das ist nicht richtig. Wir haben insbesondere an ständigen bäuerlichen Arbeitnehmern einen solchen Mangel, vor allem in den bergbäuerlichen Gebieten — aber dort kommt der Herr Abgeordnete Koplenig ja Gott sei Dank nicht hinauf, er hat dort gar nichts verloren, er soll herunter bleiben, da kann man viel bequemer gehen (*Abg. Seibinger: Wenn er hinaufkommt, macht es auch nichts!*) —, daß die Überzahlung der kollektivvertraglich festgesetzten Löhne praktisch an der Tagesordnung ist. Aber bitte, das habe ich jetzt nur vertraulich gesagt, das soll der Öffentlichkeit nicht preisgegeben werden. (*Heiterkeit.*)

Außerdem bekommt der Landarbeiter — und das ist ja sein ureigenstes Recht, und wir wollen die Rechte der Landarbeiter nicht schmälern — den wertvollsten und wichtigsten Teil seines Lohnes in der besten Goldwährung, nämlich in natura: Wohnung, Beheizung, Beleuchtung und Verpflegung. Die Verpflegung ist nicht schlecht, Herr Abgeordneter Koplenig. Wenn Sie das auch noch behauptet hätten, wäre ich Ihnen noch schärfer entgegengetreten. (*Abg. Strasser: Aber die Wohnung!*) Die wichtigsten Erfordernisse seiner Existenz sind also in der besten Goldwährung gesichert. Außerdem gibt es den Barlohn, der wirklich, aber bitte das als vertraulich zu betrachten, meist überzahlt ist.

Wir wollen auch hoffen — und das ist heute vielfach, insbesondere von unserem Hauptredner, Abgeordneten Prinke, zum Ausdruck gebracht worden —, daß wir die gesetzliche Altersvorsorge für die Bauern und Gewerbetreibenden fürwahr nicht in einem Expreßtempo, vor dem sich Abgeordneter Gredler fürchtet, sondern in einer vernünftigen, sachlichen Arbeit noch im heurigen Jahr hier beschließen. Verschieben wir das nicht auf das nächste

Jahr! Aus mehrfachen Gründen wäre dies sehr unzweckmäßig.

Ich habe bereits gesagt, daß es bei manchen sehr wesentlichen Gruppen von Arbeitern in der Landwirtschaft keine Arbeitslosigkeit gibt. Ich glaube daher, daß der Herr Bundesminister Proksch nicht gut beraten war, als er für die in Hausgemeinschaft mit dem Arbeitgeber befindlichen Arbeitskräfte ganz bedingungslos die Arbeitslosenversicherung eingeführt hat.

Verehrte Damen und Herren! Ich weiß schon ganz genau und ich desavouiere keinen einzigen meiner Parteifreunde, Herr Abgeordneter, daß das ein Wunsch des Arbeiter- und Angestelltenbundes und des Landarbeiterkammertages war, aber wir hätten denn doch mehr an die Vernunft des Herrn Sozialministers appelliert, weil die Verhältnisse nicht überall gleich sind. Wir haben kein Verständnis dafür, daß jetzt sogar auch die Brüder und Schwestern des Bauern arbeitslosenversicherungspflichtig geworden sind, also Menschen, die in ihrem ganzen Leben und bis zu ihrem Tode niemals arbeitslos sein können, weil sie, wie sie das immer bewiesen haben, beim Bruder in der Wirtschaft bleiben wollen. Wenn sie als Verwandte des Bruders kranken- und altersversichert sind, so sehen wir das vollkommen ein. Wenn sie aber nicht den vollen Lohn — insbesondere nicht den vollen Lohn in den bergbäuerlichen Gebieten — bekommen können und dennoch jetzt, nachdem der Arbeitslosenversicherungsbeitrag dazugekommen ist, für sie an Sozialversicherungsbeiträgen mehr geleistet werden muß, als sie überhaupt an Bargeld bekommen können, weil es die Wirtschaft nicht erträgt, so verstehen das die Bergbauern und alle jene Bauern nicht, die in der gleichen Situation sind.

Ich glaube, man hätte über diese wichtigen Fragen sprechen und verhandeln müssen. Wir werden versuchen, daß es geschieht, und zwar hier im Parlament, ohne daß wir die Rechte der Landarbeiter in irgendeiner Weise schmälern wollen. Die Landarbeiter selbst wundern sich öfters darüber — und zwar die in der Hausgemeinschaft lebenden —, daß sie jetzt plötzlich Arbeitslose sein oder werden beziehungsweise „stempeln“ gehen könnten. Das widerspricht der erfreulicherweise oft sehr positiven Einstellung der Landarbeiter zum Bauerntum. (Abg. Rosa Jochmann: *Da kennen Sie aber die Situation der Landarbeiter nicht! Das bedauere ich!*) Besser als Sie, gnädige Frau, weil ich dauernd in den Gemeinden und in den Betrieben und Ortschaften draußen bin! Hundertmal besser als Sie, gnädige Frau, gestatten Sie bitte, daß ich das behaupte. (Abg. Rosa Jochmann: *Nein!*)

Das kennen Sie nicht! Sie werden sich wundern!) Der dringende Kreditbedarf, den die Landwirtschaft hat, wird dadurch noch erhöht, wenn sie durch solche Maßnahmen gezwungen wird, die Mechanisierung noch weiter fortzutreiben. Ja sollten wir nicht bald zu einem besseren Gleichgewicht kommen? Manche Ihrer Parteifreunde, gnädige Frau, machen uns bei den Verhandlungen schon den Vorwurf, daß durch die Mechanisierung der Landwirtschaft in manchen Betriebsgruppen, in manchen Gegenden Landarbeiter, insbesondere Wanderarbeiter und Saisonarbeiter, überflüssig werden. Aber solche Maßnahmen des Herrn Sozialministers, die so bedingungslos eingeführt werden und wo man vorher gar nicht mit vernünftigen und sachlichen Anträgen ankommt, zwingen ja die Bauern, noch mehr Geld aufzuwenden und Kredite aufzunehmen, um Maschinen einzusetzen. Es könnte fürwahr durch vielleicht etwas überhitzte Mechanisierungsmaßnahmen die Arbeitslosigkeit auf dem Lande wirklich gefördert und erhöht werden.

Wenn ich also jetzt schon die Kreditfrage angeschnitten habe, so möchte ich die Finanzierung der sowohl für die Bauern als auch für die große Gruppe von Konsumenten notwendigen Vorratshaltung an Agrarerzeugnissen erwähnen. Diese Vorratshaltung führt zu einem ungeheuren Kreditbedarf, der jährlich größer wird. Die hiedurch auflaufenden Zinsen und Lagerungskosten schmälern das bäuerliche Einkommen zweifellos. Es ist auch die Umschlagshäufigkeit des Kapitals in der Landwirtschaft bedeutend geringer als in anderen Erwerbszweigen; das hängt eben damit zusammen. Ich glaube, daß man hier mit niedrig verzinslichen Krediten Abhilfe schaffen sollte, weil ja die Vorratshaltung nicht nur ein Anliegen der Bauernschaft selbst, sondern des gesamten österreichischen Volkes sein müßte. In anderen Ländern ist die Vorratshaltung sogar ein Bestandteil des Landesverteidigungsplanes.

Die bäuerliche Bevölkerung hat in den vergangenen Nachkriegsjahren unter teils schwierigsten Bedingungen gewaltige Produktionserfolge erzielt. Sie trug zur Sicherung der Ernährung und zur Aktivierung der Handelsbilanz maßgeblich bei. Sie erhebt aber auch den berechtigten Anspruch auf Teilnahme an all den Erleichterungen des täglichen Lebens, wie sie dem Städter durch öffentliche Einrichtungen in vielfacher Weise geboten werden. Die wirtschaftliche Lage der meist kleinen, finanzschwachen Landgemeinden erlaubt jedoch häufig nicht einmal eine entsprechende Instandhaltung einer Dorfstraße, von einem höheren „Luxus“ kann schon gar keine Rede

mehr sein. Darum hat die Bauernschaft den begrüßenswerten Vorschlag des Finanzministers auf Abänderung des Finanzausgleiches zugunsten der finanzschwachen kleineren Gemeinden sehr begrüßt und auf diesen Vorschlag große Hoffnungen gesetzt. Es kann von der Landbevölkerung nicht verstanden werden, mit welchem Recht der Herr Minister Dr. Kamitz an der Ausführung seines auch den kleinen Orten und ihren Bewohnern Gerechtigkeit und Gleichberechtigung bringenden Planes behindert wird.

Wollen Sie, verehrte Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Dorfbewohner etwa von den Fortschritten unseres technischen Zeitalters absperren? (*Abg. Rosa Jochmann: Das wollen ja Sie!*) Sie werden jetzt nein sagen. Dann verstehe ich aber bestimmt nicht die Anordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft —, Generalpostdirektion, über die Sonntagssperre der Postämter. (*Abg. Marianne Pollak: Fragen Sie den Arbeiter- und Angestelltenbund, der leider auch dafür war!*) — Ich glaube, er dürfte vorher nicht gefragt worden sein. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Hofeneder: Jetzt sprechen wir über die Verordnung!*) Ich möchte aber gerne folgendes dazu sagen: Man verwendet für die Vollautomatisierung des Telefonnetzes und zur Verbesserung des städtischen Postzustellungsdienstes mit Recht große Mittel, aber die Landbevölkerung hat ja bisher — das wissen die wenigsten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei (*Abg. Rosa Jochmann: Das wissen wir schon!*), das wissen Sie ja nicht, gnädige Frau, und jetzt bin ich neugierig, ob Sie mir widersprechen werden — zu einem großen Teil nur zweimal wöchentlich die Postzustellung (*Abg. Rosa Jochmann: Das weiß ich!*); ein drittes Mal war es nur dadurch möglich gewesen, daß sich der Bauer am Sonntag selbst die Post abgeholt hat. Diese Möglichkeit soll ihm jetzt genommen werden. Die Landbriefträger waren einverstanden damit, daß die schweren Sonntagszeitungen, die Wochenzeitungen und andere Post von den Postempfängern am Sonntag — das war meistens nach dem Kirchenbesuch — selbst abgeholt wurden, damit sie sich nicht am Montag mit den großen Paketen von meist sehr dicken Sonntagszeitungen zu Tode keuchen müssen. Die Landbriefträger sind dafür, daß die Postämter am Sonntag eine Stunde oder eineinhalb oder zwei Stunden offengehalten werden. Es gibt einen Postamtsleiter oder das Postfräulein, und es gibt Zustellorgane, die sich abwechseln können, so wie sie es bisher getan haben, sodaß die meisten von ihnen höchstens vielleicht nur einmal oder zweimal im Monat zu

einem ein-, eineinhalb- oder zweistündigen Sonntagsdienst zu gehen brauchen. (*Abg. Lackner: Das wissen Sie wieder nicht, Herr Abgeordneter Hartmann!* — *Abg. Rosa Jochmann: Das stimmt auch nicht!* — *Abg. Lackner: Gehen Sie einmal selbst zu den Postämtern und erkundigen Sie sich!*) Ich werde mich also von Ihnen gerne belehren lassen. Ich bin ja nicht so wie Sie, daß ich alles bestreite. Schauen Sie, jetzt möchte ich aber gerne die Ehre der Abgeordneten aller Richtungen retten. Hoffentlich werden Sie damit einverstanden sein. (*Heiterkeit.* — *Abg. Rosa Jochmann: Unsere brauchen Sie nicht zu retten!*)

Es ist in den letzten Tagen, zum Teil auch Wochen fast in allen Zeitungen zu lesen gewesen: Ja haben denn die Abgeordneten im Parlament geschlafen, als sie im Februar dieses Jahres das neue Postgesetz beschlossen haben, oder haben die Mitglieder des Hauptausschusses geschlafen, als im Mai oder Ende April, glaube ich, war es, die Postordnung als Verordnungsentwurf des Herrn Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft zur Beratung vorgelegt worden war? Ich bin der Meinung, die Abgeordneten haben nicht geschlafen, denn ob man jetzt den Sonntagsdienst aufrechterhalten will oder nicht — ich habe mich davon wenigstens überzeugen lassen, ich lasse mir ja etwas einreden, gnädige Frau! —, dazu ist eine Änderung des bestehenden Postgesetzes oder der Postordnung gar nicht erforderlich. Ich freue mich, selbst in einem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ das unlängst auch gelesen zu haben. Wir brauchen also gar keine gesetzliche Änderung der bestehenden Rechtslage vorzunehmen. Der Sonntagsdienst könnte ... (*Abg. Dr. Pfeifer: Der Postordnung!*) Nein, Herr Professor Pfeifer, Sie kennen doch die Gesetze wirklich genau — das sage ich aber jetzt ohne Spaß —, lesen Sie die Postordnung nach, und Sie werden darin keine Bestimmung finden, die das Offenhalten der Postämter an Sonntagen verbietet! (*Abg. Dengler: So weit hat er sie noch nicht gelesen!*) Bitte, sollte ich mich hier irren, werde ich es gerne zur Kenntnis nehmen.

Aber nun, verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt noch zum Schluß — es ist bedauerlicherweise verdammt spät geworden; ich bedauere Sie, weil Sie mir ja zuhören müssen — etwas über die Fleisch-, Obst- und Gemüsepreise sagen. Es wurde nämlich in jüngster Zeit sehr viel Vernebelungstaktik betrieben. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich lasse mich jetzt nicht ablenken, nein, ich bleibe bei den Gemüse-, Obst- und Fleischpreisen. Die kommen jetzt ganz bestimmt, ich kehre nicht zur Post zurück.

Es ist also hier sehr viel Vernebelungstaktik betrieben worden, das möchte ich noch einmal sagen, aber zum Glück erschien vor wenigen Tagen der von mir bereits vorhin erwähnte neueste Monatsbericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Ich habe bereits gesagt, daß diese Berichte keineswegs einseitig etwa zugunsten der Landwirtschaft ausgearbeitet sind. (*Abg. Olah: Der Finanzminister hat gesagt, daß alles falsch ist, was dort steht!*) Dieser neue Bericht bringt — bitte, wollen Sie sich das notieren, ich lege Wert darauf, daß Sie das nachlesen, sonst sagt mir wieder jemand, das sei nicht wahr, was ich sage — auf Seite 301 auch einen eingehenden Bericht über die Obst-, Gemüse- und Fleischpreise in Wien, und zwar im Frühjahr und Sommer 1957. Es wird hier festgestellt, daß die Preise der gängigsten Obst- und Gemüsesorten im Frühjahr dieses Jahres unter den Preisen des Vorjahres lagen. Diese Sorten waren auch in reichlichen Mengen vorhanden. Im Sommer waren trotz der Importe Preise und Angebot infolge der Witterung uneinheitlich. Das inländische Gemüse lag im Frühjahr preislich um 10 bis 50 Prozent unter dem Vorjahrsniveau. (*Abg. Hillegeist: Damals waren die Preise furchtbar hoch!*) Später haben allerdings die abnormalen Witterungsverhältnisse zu einer kurzfristigen Verknappung und Verteuerung geführt, wobei auch Importe keine wesentliche Veränderung der Preislage brachten. Im September hielten Preissteigerungen und Preisrückgänge einander wieder die Waage. Das Institut stellt im allgemeinen wörtlich dazu fest — was ich jetzt zitiere, steht auf Seite 302, links oben —: „Mit Hilfe des Auslandsangebotes können wohl grundsätzlich Gesamtangebot und Preise auf dem heimischen Markt beeinflusst werden, dies ist aber nur begrenzt möglich, da auch das Auslandsangebot saison- und witterungsbedingt ungleichmäßig anfällt und keineswegs stets billiger ist als die Inlandware.“

Das haben Sie anscheinend nicht gewußt. Weiter heißt es dann wörtlich: „Relativ viele Konsumenten sind gerade dann, wenn das Angebot noch gering ist, bereit, auch für schlechte Qualität hohe Preise zu zahlen, obwohl sie wissen, daß sie in einiger Zeit bessere Qualitäten zu bedeutend niedrigeren Preisen erhalten werden.“

Es hat mir schmerzlich wehgetan, Herr Kollege Olah, wie Sie in diesem Zusammenhang heute von einer Ausbeutung der Konsumenten gesprochen haben. Wenn Sie das sagen, dann müßten Sie zumindest gerechterweise hinzufügen, daß es auch Importe gibt, die an der von Ihnen gemeinten Ausbeutung der Konsumenten schuld sind. (*Abg. Polcar: Den „Konsum“ hat er auch damit gemeint!*) Denn

man muß noch hinzufügen, daß zu Zeiten schlechter Ernten auch andere Länder einen erhöhten Importbedarf haben und andere Länder vielfach bessere Preise zu bezahlen imstande sind als Österreich. (*Abg. Rosa Jochmann: Hätten Sie doch Ihre Frau gefragt! Die hätte Sie eines Besseren belehrt und etwas anderes gesagt!*) Liebe gnädige Frau, ich spreche mit ihr täglich darüber, Sie können beruhigt sein. Täglich! Und meine Frau weiß ganz genau — bedauerlicherweise zum Unterschied von vielen anderen Hausfrauen in Wien und Österreich —, wann das Gemüse am billigsten ist und wann das Obst am billigsten ist, sie kauft nichts, wenn die ausländischen Primeurs des Weges kommen, die meistens am teuersten sind. (*Abg. Rosa Jochmann: Die Arbeiter kaufen nicht die ausländischen Primeurs!*) Dann wird immer geschrieben: Das ist eine Ausbeutung der Konsumenten. Man möge doch warten, bis der inländische Spinat, der inländische Kohl, das inländische Kraut in solchen Mengen auf den Markt kommen, daß es am billigsten ist. Aber ich weiß ja ganz genau, daß es sich hier um eine außerordentlich schwierige Frage handelt. (*Abg. Rosa Jochmann: Fragen Sie die Hausfrauen! — Abg. Prinke: Gehen Sie zum Fleisshauer am Freitag abend und schauen Sie, was sich dort abspielt!*)

Es wirken sich also auch Importe bedauerlicherweise — ich sage das ja nicht aus Schadenfreude, sondern mit Bedauern — preisverteuernd und nicht nur preisverbilligend aus. Dies hat allerdings manchmal günstigere, manchmal ungünstigere Folgen für die Verbraucher beziehungsweise auch für die Produzenten.

Es ist auch völlig abwegig, den bäuerlichen Produzenten immer und immer wieder die Schuld an gewissen Preisschwankungen auf dem Schlachtviehmarkt zuschreiben zu wollen. Hier sind die Anlieferungen — mit Ausnahme von Kalbfleisch, das gebe ich zu — durchaus zufriedenstellend. Einfuhren werden im notwendigen Ausmaß laufend bewilligt. Allerdings ist es weder der inländischen noch der ausländischen Landwirtschaft bisher gelungen, Schweine ohne Kopf und Bauch zu züchten, die nur aus Karree und Schlögel bestehen. (*Heiterkeit.*) Darin liegt nämlich eine Hauptursache für viele Preisschwankungen auf dem Schlachtviehmarkt. (*Abg. Preußler: Der Strommer versucht es jetzt!*) Ja, er hat schon das „Stromlinienschwein“ herausgebracht. (*Heiterkeit.*) Ich freue mich, daß Sie so genau informiert sind. (*Erneute Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Bravo, sehr gut! Besuchen Sie das Stromlinienschwein öfter und belehren Sie bitte die „Arbeiter-Zeitung“ dann auch öfter, damit sie nicht so schreibt, wie es unlängst

wieder geschehen ist. Bitte, es war in einer Pressekonferenz, in der das Stromlinienschwein in der Versuchsanstalt der Landwirtschaftskammer in Schwechat gezeigt wurde. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat unlängst etwa so geschrieben: Also diese Bauern sind doch rückständig, sie gewöhnen es sich nicht ab, Fettschweine zu erzeugen. Sie sollten doch schon endlich wissen, daß der Konsument — schlanke Linie — magere Schweine bevorzugt. Seit Jahren wird das betrieben, endlich haben also auch, ich hoffe, die Herren der „Arbeiter-Zeitung“ das Stromlinienschwein entdeckt. *(Heiterkeit.)* Das ist das magere, das fettarme und fleischreiche Schwein; aber leider bringt es auch der Präsident Strommer nicht zustande, Schweine ohne Bauch und ohne Kopf zu züchten. *(Zwischenrufe bei den Sozialisten.)*

Das Institut für Wirtschaftsforschung — in diesem Institut wird eine sehr fruchtbare Arbeit geleistet — schreibt hiezu auf Seite 305 rechts oben — rechts oben, ich muß das ganz genau zitieren, damit mir das dann nicht als unwahr hingestellt wird — zu den Importen:

„Aber auch größere Anlieferungen von Schlachttieren würden die Preisspannen nur wenig mildern, da zwar das Angebot an begehrten Sorten erhöht werden könnte, andererseits jedoch der Absatz der wenig gefragten Ware noch weiter erschwert würde. Bei Kalbfleisch wäre auch dieser Ausweg nicht möglich, weil das Angebot an Kälbern sehr unelastisch ist und ausländische Ware ebenfalls nur in geringen Mengen und zu höheren Preisen erhältlich ist.“

Es kann sich in sechs, drei, vier oder fünf Monaten ändern, derzeit ist es eben so.

Wie wäre es also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich etwas weniger mit Vorwürfen an die Landwirtschaft und etwas mehr mit guten Ratschlägen an die Verbraucher wenden würde? Man darf eben nicht nur die höheren Preise für die hohen Fleischqualitäten, für das Schnitzfleisch sehen, sondern muß auch gerechterweise zugeben, daß die minderen Fleischqualitäten, zum Beispiel das Bauchfleisch, gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent im Preis zurückgegangen sind.

Hohes Haus! Wohlstanderscheinungen im Verbrauch und daraus resultierende Folgerungen kann man nicht der Landwirtschaft anlasten, ebensowenig wie Mißernten, unter denen sie selbst ja am meisten zu leiden hat. Sie sehen also, daß nicht nur der Konsument, sondern auch der landwirtschaftliche Produzent des Schutzes bedarf, den man ihm gerade im Hinblick auf die Planung eines großen gemeinsamen Marktes nicht vorenthalten soll.

Noch immer war — und wir haben es in der letzten Generation erlebt — zu Notzeiten die Ernährung aus dem heimischen Boden die sicherste. Man sollte darum die österreichischen Bauern nicht dazu zwingen, das Verständnis, das sie im eigenen Lande nicht finden können, etwa auf internationaler Ebene zu suchen. Die einige Zusammenarbeit bietet nach meiner Ansicht noch immer die beste Gewähr für eine günstige Weiterentwicklung der eigenen Wirtschaft und damit auch für unsere künftige Behauptung auf europäischer Basis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Strasser zum Wort.

Abgeordneter **Strasser**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden Redner der Oppositionsparteien haben, bevor sie uns mitgeteilt haben, daß sie, wie wir erwarteten, gegen das Budget stimmen werden, vorgebracht, was ihnen am nächsten liegt. Es war eigentlich, zumindest was den Redner der FPÖ betrifft, nichts Neues. Er hat sich mit den Fragen des Proporz und des Wohlfahrtsstaates befaßt. Ich verstehe, daß eine Partei, die im Wählerproporz schlecht abschneidet, Einwendungen gegen den Proporz selbst hat. Ich glaube, daß die FPÖ zweifellos gerne einem anderen Proporz zustimmen würde, nach dem jede Partei im Parlament und in der Regierung umgekehrt so stark vertreten wäre, als ihr die Wähler vertrauen. *(Heiterkeit.)* Ein solches Proporzsystem würde zweifellos auch die Zustimmung der anderen Oppositionspartei finden.

Aber der Abgeordnete Gredler hat sich vor allem vehement mit der Frage des Wohlfahrtsstaates auseinandergesetzt, und er hat ein Beispiel gebracht, das mir symptomatisch erscheint. Er berichtete uns von einem Zeitungsartikel, der durch ein Bild illustriert wurde, auf dem man einen alten, schlecht gekleideten Invaliden vor einem neuen, großen, modernen Bürohaus sieht. Und der Text dazu: Das Haus der Invaliden und der Invalide. Der Abgeordnete Gredler hat daraus einen Schluß gegen den Wohlfahrtsstaat gezogen, genau so wie Herr Professor Röpke, der Autor dieses Artikels, den ich zufällig gelesen habe. Der Abgeordnete Gredler bedenkt aber dabei nicht, daß dieser Invalide, der da mit dem Stock humpelt, bevor dieses Gebäude gebaut wurde, in Wien zwischen vielen verschiedenen Stellen hin- und herlaufen mußte, um seine Angelegenheiten regeln zu können. Heute hat er alles an einem Platz. Der Abgeordnete Gredler denkt nicht daran, daß dieser humpelnde Invalide, bevor dieses neue Bürogebäude gebaut wurde, in den verschiedenen Stellen — Kollege Dengler kennt die Plätze auch, wie ich sehe —, in den

verschiedenen alten Häusern, in denen kein Aufzug vorhanden war, über ausgetretene Treppen hinaufkraxeln mußte. Heute kann er in diesem neuen, modernen Bürogebäude mit dem Aufzug in den elften Stock fahren. Der Artikel des Herrn Professor Röpke ist ein Fanfarenstoß gegen das Prinzip: Alle für alle. Der Verfasser geht sogar so weit, festzustellen, daß die Atomrüstung in England notwendig wurde, weil der Wohlfahrtsstaat für die konventionelle Bewaffnung zu kostspielig geworden ist. Man kommt, wenn wir dieser Argumentation folgen würden, zum Schluß, daß in Wirklichkeit jetzt schon die soziale Wohlfahrt an der Atombombe schuld sei. Wir nehmen aber vom Abgeordneten Gredler zur Kenntnis, daß die FPÖ gegen die Rentner ist, daß sie für die Wohlfahrt des einzelnen, aber gegen die Wohlfahrt der Schwachen ist.

Hohes Haus! Was den Redner der zweiten Oppositionspartei betrifft, so glaube ich, wir haben dem Kollegen Koplenig etwas unrecht getan. Warum sollte er nicht vom Sputnik sprechen? Kollege Prinke hat hier den Allmächtigen angerufen. Warum soll der Kollege Koplenig nicht den Sputnik anrufen? (*Abg. Grete Rehor: Das war sehr geschmacklos!*) Kollegin Rehor! Ich habe hier verglichen, daß der Kollege Prinke das, was ihm als Allerhöchstes erscheint, angerufen hat; das war nicht herabsetzend. Und ich habe dann festgestellt, daß für den Kollegen Koplenig der Sputnik anscheinend das Allerhöchste ist, was sicherlich in Ihren Augen, und ich glaube auch in anderen, nicht für Prinke herabsetzend ist. (*Abg. Dr. Rödhammer: Das ist eine sophistische Logik! — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Ich verstehe, daß Kollege Koplenig die Frage des Sputnik hiehergebracht hat. Es ist etwas Neues, es ist der erste russische Satellit, der das Recht hat, „piep“ zu sagen (*lebhaftes Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten*), ganz im Gegensatz zur Kommunistischen Partei Österreichs.

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir, trotz allem, was uns in der Argumentation Koplenigs verzerrt erschien, doch darüber nachdenken sollten, wie es möglich war, daß ein Land wie die Sowjetunion, ein Land, das vom Krieg ausgeblutet ist, ein Land, das eine Sklavenwirtschaft hat, ein Land, in dem die Menschen arm, schlecht genährt, schlecht gekleidet sind, wie es möglich war, daß ein solches Land auf Gebieten der Technik und der Wissenschaft die Vereinigten Staaten überflügelte, jenes Land, das die höchste Produktivität der Welt besitzt und das uns oft in der Verschwendung zu leben scheint. Wie war es möglich, daß die Sowjetunion augenblicklich — selbst Chruschtschow spricht

davon, daß es ein augenblicklicher Vorsprung sei — einen Vorsprung gewann und eine Art Wunderwaffe des Nervenkrieges erzeugen konnte?

Mich erinnert das an eine Zeit, an die wir uns, glaube ich, noch gut erinnern können. Als im letzten Krieg das Deutsche Reich ausgeblutet war, die Menschen müde, schlaflos in den Kellern hausten, hungerten und schlecht gekleidet waren, da war dieses Deutsche Reich, das bereits vor dem Abgrund stand, durch eine nochmalige Zusammenballung aller seiner Kräfte imstande, eine Wunderwaffe zu schaffen, eine V 1, eine V 2, eine Waffe, die die Panik in das Lager des Gegners tragen und die eigene Panik beschwichtigen sollte. Man kann sagen: Der Sputnik von heute ist die V 1 des Kalten Krieges, in einer ganz ähnlichen Situation und zu ganz ähnlichen Zwecken geschaffen.

Aber der Kollege Koplenig hat natürlich auch die Frage der Neutralität und der strikten Einhaltung der Neutralität unseres Landes angeschnitten. Ich glaube, man braucht diese Argumente nicht zur Kenntnis zu nehmen. Wenn jemand an der Einhaltung der österreichischen Neutralität Kritik übt, der selbst zugesehen und applaudiert hat, wie vor einem Jahr ein Land, das sich auch neutral erklärt hat, nämlich Ungarn, niedergewalzt worden ist, dann steht ihm nicht zu, über unsere Neutralitätspolitik etwas zu sagen. Ist es nicht so, daß dieselben, wie soll ich sagen, dieselben Peppones, die in San Marino nach der UNO riefen — aber der große Peppone ist nicht einmal bereit, die Kosten für die UNO-Polizei zu bezahlen, wie wir vor kurzem hörten —, daß alle Peppones, die in San Marino nach der UNO riefen, geschwiegen oder applaudiert haben, als Ungarn dem Generalsekretär der UNO, dem Untersuchungsausschuß der UNO und jetzt dem Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Einreise verweigerte?

Wir haben uns nicht mit einer politischen Propaganda auseinanderzusetzen, von der wir vor kurzem ein groteskes Beispiel erlebten, als Parteisekretär Chruschtschow über den diplomatischen Dienst seines Landes an die Führer der Oppositionsparteien in den NATO-Ländern — es waren Sozialdemokraten — Briefe richtete und sie aufforderte, im syrischen Konflikt Rußland zu unterstützen. Ich frage mich, was wäre, wenn das Umgekehrte gewesen wäre, wenn die Parteichefs der NATO-Staaten an den Führer der russischen Oppositionspartei einen Brief geschrieben hätten. An wen wäre der wohl zu adressieren gewesen? Dieses groteske Spiel der sowjetischen Propaganda ist, glaube ich, nicht wert, daß wir uns weiterhin damit befassen.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte nun zum Budget selbst kommen. Wenn gestern der Applaus nach der ausgezeichneten Rede unseres Finanzministers auf unserer Seite etwas magerer ausgefallen ist als auf der anderen Seite (*Abg. Dengler: Dafür haben wir Verständnis gehabt!*) — lesen Sie in der Korrespondenz nach, Kollege Dengler, dort steht: lebhafter Applaus bei beiden Regierungsparteien, es ist schon richtiggestellt —, dann nicht aus Mißachtung für das rednerische Talent, mit dem uns der Finanzminister hier trockene Budgetfragen in einer wohlgeformten Rede vorgelegt hat. In diesem Budget und in der Rede des Herrn Finanzministers gibt es viel Gemeinsames, selbstverständlich, es ist ja die Regierungsvorlage, das Budget der Regierung. Aber — und das weiß der Herr Finanzminister selbst — es gab in dieser Rede auch einige Passagen, einmal hat er, glaube ich, sogar selbst unterstrichen, daß es seine persönliche Auffassung sei, einige Stellen, in denen nicht volle Übereinstimmung bestehen kann, und es gab manchmal Stellen, bei denen vielleicht nur scheinbar eine Übereinstimmung besteht. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Mein Kollege Olah hat heute zum Beispiel bereits auf die Frage der mittleren Einkommen hingewiesen. Selbstverständlich, wir sind mit dem Herrn Finanzminister durchaus einer Meinung, wenn er meint, daß die mittleren Einkommen steuerlich günstiger behandelt werden sollen. Die Frage ist jedoch: Was ist ein mittleres Einkommen? Ist ein Einkommen mit 200.000 S auch noch ein mittleres Einkommen? Vielleicht gibt es hier trotz gleicher Worte ziemlich tiefe Gegensätze. Auch bei gewissen Plänen im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich hat der Finanzminister Dinge angedeutet, bei denen es sich erst in der Zukunft erweisen wird, ob hier wirklich der Einklang der beiden Koalitionsparteien vorhanden ist.

Wofür ich dem Herrn Minister besonders dankbar bin, ist, daß er das Budget der Republik wirklich in einen größeren Rahmen gestellt hat, daß er es nicht unterlassen hat, zu zeigen, daß unsere Wirtschaftspolitik nur gedacht werden kann im Rahmen einer größeren europäischen und im Rahmen einer Weltwirtschaft. Er selbst hat die Wirtschaftsprobleme Österreichs nicht nur als nationale Probleme, sondern in ihrem Zusammenhang mit internationalen Fragen behandelt.

Und hier fand ich in seiner Rede einen Satz, der mir bedenklich erschien. Er sprach davon, daß wir wirtschaftlich integrieren, aber er sprach in einem Nebensatz davon, daß wir „als neutraler Staat in die politischen Auseinander-

setzungen der Welt nicht verwickelt seien“. Ich weiß nicht, ob dieser Satz in allen seinen Konsequenzen wohl überlegt war. Er geht ja eigentlich über die Wirtschaftsfragen des Budgets hinaus. Mir erscheint aber dieser Satz äußerst entscheidend, denn er rührt an das Problem des internationalen Status unseres Landes, er rührt an das Lebensproblem unseres Staates, an unsere Neutralitätspolitik.

In diesem Zusammenhang muß ich sagen, daß die Ausführungen des Kollegen Prinke heute nicht diesem Satz des Finanzministers entsprochen haben und daß ich dem zustimmen kann, was Kollege Prinke heute über die Frage der österreichischen Neutralität im Rahmen seiner Budgetrede gesagt hat. Aber die Worte unseres Finanzministers erscheinen mir bedenklich.

Sind wir wirklich nicht in außenpolitische Auseinandersetzungen verwickelt? Ist es wirklich so, daß ein neutraler Staat dadurch, daß er erklärt, er sei neutral, nicht auch innerhalb des politischen Geschehens und der politischen Entwicklung der Welt steht? Mir erscheint dies umso bedenklicher, als hier eine andere Stellungnahme eines anderen Herrn von der Volkspartei vorliegt, die mir zu zeigen scheint, daß über den Begriff der Neutralität bei uns — ich will niemand ausnehmen, bei uns allen — vielleicht noch nicht völlige Klarheit herrscht.

Herr Staatssekretär Grubhofer hat vor kurzem eine Rede gehalten, in der er ein „Staatschutzgesetz gegen alle jene, die den Neutralitätsstatus übergehen und nicht beachten“ gefordert hat. Und mit diesem Staatschutzgesetz will Kollege Grubhofer die österreichische Neutralität schützen, indem man es unmöglich macht, daß in Österreich gedruckt, gesprochen oder plakatiert werde, was anderen Staaten unangenehm sein könnte.

Ich hätte diesen Nebensatz des Herrn Finanzministers nicht aufgegriffen, wenn ich nicht gleichzeitig diese Bemerkung unseres Kollegen Grubhofer gesehen hätte. Ich frage mich, warum er, der im Ministerium dem Bundesminister für Inneres so nahe ist, wegen dieser Frage nicht Kontakt zwischen Vorarlberg und Niederösterreich aufgenommen hat, um zu erfahren, wie es möglich ist, daß ein neutrales Land dennoch in politischen Fragen, in Weltanschauungsfragen im Widerstand gegen ausländischen Einfluß seine Stellung behauptet und deklariert.

Was bedeutet es: Wir wollen nicht, daß etwas plakatiert oder geschrieben werde, was anderen unangenehm ist? Sollen wir schweigen, wenn wir erleben, daß an unserer Grenze ein Volk niedergewalzt wurde? Wir haben es nicht getan! Keiner von uns hat geschwiegen mit Ausnahme des einen Herrn dort oben! Niemand hat

geschwiegen. Unbestreitbar ist diese Stellungnahme für Herrn Kádár unangenehm gewesen. Soll also ein Staatsschutzgesetz eine solche Stellungnahme unmöglich machen, soll es unmöglich machen, daß ein Staatsbürger oder ein Abgeordneter, der ja die Aufgabe hat, im österreichischen Volk den Gedanken an die Freiheit und Demokratie zu stärken, auf die schlechten Beispiele hinweist, die wir um unser Land sehen?

Gerade jetzt hat sich ereignet, daß in Jugoslawien ein hoher früherer staatlicher Mandatar, Milovan Djilas, wegen eines „geistigen Verbrechens“ — ich habe das Buch gelesen —, wegen eines theoretischen Buches, in dem er die sowjetische Gesellschaft analysiert, zu sieben Jahren Kerker verurteilt wurde. Sollte man darüber nicht sprechen dürfen, weil es vielleicht dem jugoslawischen Gesandten oder Marschall Tito selbst, dem wir von seinem Hexenschuß die baldigste Wiederherstellung wünschen, nicht gefällt? Ich glaube, wir müssen solche Gedanken als ein Ausgleiten auf dem noch etwas glatten Parkett unserer Neutralität auffassen.

Ich möchte nur den Kollegen Grubhofer, dessen Gedankengänge vielleicht durch „ausländische Agenten“ — ich meine das Schweizer Beispiel —, der also durch ein ausländisches Beispiel beeinflusst wurde ... (*Abg. Grubhofer: Sie sind bereits am Ausgleiten!*) — Ich bin am Ausgleiten? Dann werde ich mich jetzt ganz streng an meinen Text halten, damit ich ja nicht ausgleite, Kollege Grubhofer! Ich möchte Ihnen nur das Folgende sagen, und ich glaube, Sie werden mir zustimmen: Ihnen schwebt das Schweizer Beispiel vor Augen, und darum möchte ich feststellen, daß die Neutralität der Schweiz so etwas, wie Sie es im Sinne haben, nicht kennt. Die Schweiz hat am 30. August 1939, als der Krieg ausgebrochen war, ihrem Bundesrat Vollmachten gegeben, für die Zeit des Krieges die Neutralität des Landes zu schützen durch alle Maßnahmen, die ihm geeignet erscheinen. Der Bundesrat erließ dann eine Verordnung über die Handhabung der Schweizer Neutralität, und in dieser Verordnung, die mit 2. September 1939 in Kraft getreten ist, wird ausdrücklich untersagt, vom Gebiet der Schweiz aus eine feindliche Handlung gegen Kriegführende vorzubereiten, Kriegführende zu begünstigen und so weiter und so weiter. Aber diese Verordnung über die Handhabung der Neutralität, die vielleicht ein Muster für ein vom Kollegen Grubhofer vorgeschlagenes österreichisches Staatsschutzgesetz sein sollte, wurde bei Kriegsende am 1. Oktober 1945 aufgehoben, außer Kraft gesetzt. Heute kann in der Schweiz, einem neutralen Land, jeder genau so wie bei uns seine Meinung über die Verfassung und über

die Zustände in anderen Ländern vorbringen, ohne damit mit einem Schweizer Gesetz in Konflikt zu geraten. (*Abg. Grubhofer: Haben Sie den Verfassungsartikel von 1948 gelesen, den die Schweiz erlassen hat?*) Den habe ich auch gelesen. Ich glaube aber, es würde unsere Kollegen etwas ermüden, wenn ich jetzt sämtliche Schweizer Texte, die ich hier habe, verlesen würde.

Als wir nach dem Staatsvertrag hier im Hause die Frage unserer Neutralität diskutiert haben, sind wir eines Sinnes gewesen, daß unsere Neutralität ausschließlich militärischen Charakter hat. Wir haben uns verpflichtet, uns keinem militärischen Bündnis anzuschließen, und wir haben uns verpflichtet, keiner fremden Macht militärische Stützpunkte auf österreichischem Boden zu gewähren. In politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht hat sich Österreich volle Gesinnungs- und Handlungsfreiheit vorbehalten, und es kann und will natürlich freundschaftliche Beziehungen und wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit allen Staaten pflegen. Wenn wir von dieser Formel abweichen, so besteht die Gefahr, daß wir uns in eine Haltung der Gesinnungslosigkeit hineinmanövrieren, einer Gesinnungslosigkeit, die für den Bestand unserer Demokratie selbst einmal gefährlich sein könnte.

Unsere Neutralität muß sich erst einspielen. Wir kennen die Beispiele, die es in Europa gibt: das Beispiel der traditionellen schwedischen Neutralität und das Beispiel der deklarierten Schweizer Neutralität, die jedoch völlig verschieden von unserer ist, wie zum Beispiel daraus hervorgeht, daß die Schweiz, und zwar auf Grund ihrer Neutralitätspolitik, nicht Mitglied der UNO ist. Wir hingegen sind beim Abschluß des Staatsvertrages sogar dazu aufgefordert worden, der UNO anzugehören. Man kann unsere Neutralität daher nicht einfach mit den anderen Neutralitäten, die wir in Europa kennen, vergleichen, und wir werden selbst den Weg unserer Neutralität finden müssen.

Im Zusammenhang mit unserer Neutralität steht unsere Verpflichtung zur Landesverteidigung. Jede Neutralitätserklärung schließt die Verpflichtung zur Verteidigung der Neutralität ein. Wir haben daher die Verpflichtung, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Verteidigung unseres Landes zu gewährleisten. Ich glaube, diese Überlegung, daß die Verteidigungspolitik aus der Neutralitätspolitik abgeleitet wird, ist sogar unserem Kollegen Koplenig heute klar geworden, der zu meiner größten Überraschung nicht dagegen protestiert hat, daß sich unser Verteidigungsbudget um 500 Millionen Schilling erhöht hat. Er hat nur

festgestellt: es wurde erhöht. Kein Wort des Protestes, an dem sonst die Reden des Kollegen Koplenig so reich sein können. (*Abg. Dr. Pittermann: Seit Schukow ist man vorsichtig!*) Ja, seit Schukow ist man vorsichtig, und man muß nur die gestrige „Volksstimme“ lesen, um zu sehen, wie vorsichtig man sein kann.

Wir haben in diesem Jahr im Kapitel Landesverteidigung 2 Milliarden Schilling eingesetzt, und ich glaube, daß wir alle hier im Hause das Gefühl haben: Es wäre schöner, wenn wir diese 2 Milliarden Schilling für etwas Besseres verwenden könnten als für die Aufstellung eines Heeres. Wir können in diesem Zusammenhang aber auch mit Genugtuung feststellen, daß das Budget unserer Landesverteidigung, verglichen mit dem, was in anderen Ländern auf diesem Gebiet ausgegeben wird, verschwindend klein ist. Ich glaube hier auch diesmal sogar unserem Finanzminister danken zu können, daß die Ausgaben für unsere Landesverteidigung in einem sehr engen Rahmen gehalten wurden. Bei einem Budget von rund 39 Milliarden in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung sind 2 Milliarden Schilling 5 Prozent. (*Abg. Dengler: Da sind wir wieder mit dem Finanzminister nicht zufrieden!*) Ich wollte dich, Kollege Dengler, nicht herausfordern, aber wenn das selbst von Seite der Volkspartei angeschnitten wird, kann man es ja offen aussprechen, daß in diesem Fall der Finanzminister unsere Unterstützung gegen gewisse Wünsche, die von ÖVP-Seite gekommen sind, gefunden hat.

Der Betrag, der für die Landesverteidigung aufgewendet wird, macht 5 Prozent unseres gesamten Budget aus oder 1,7 Prozent unseres Bruttonationalproduktes. Wenn wir das mit anderen europäischen Staaten vergleichen, zum Beispiel mit dem Budget Großbritanniens, das 1956/57 ein Zivilbudget von rund 2½ Milliarden Pfund hatte und daneben ein Militärbudget von 1½ Milliarden Pfund, dann sehen wir, wieviel andere Länder für ihre Landesverteidigung ausgeben. Wir könnten eine Menge von Vergleichen anstellen. (*Abg. Mitterer: Das Bundesbahndefizit!*) Das Defizit bei der Bundesbahn? Ich muß sagen, diese Überlegung erscheint mir so kraus, daß ich noch nicht daran gedacht habe, wie man das mit der behandelten Frage in Verbindung bringen könnte. (*Abg. Mitterer: Das kann ich mir vorstellen!*) Aber ich werde dem Gedanken nachgehen, Herr Kollege!

Unser Nachbarstaat Jugoslawien gab im Jahre 1957 10 Prozent seines Nationaleinkommens für die Landesverteidigung aus. In der Sowjetunion, über die es sehr schwer ist,

genaue Zahlen zu erhalten, betrug das Militärbudget im Jahre 1955 112 Milliarden Rubel, was ungefähr 20 Prozent des Budgets der Sowjetunion ausmacht. Man soll nun nicht sagen, daß nur Staaten, die innerhalb von Militärbündnissen stehen, diese hohen Militärausgaben haben. Das neutrale Schweden hatte 1956 bei einem Gesamtbudget von 10 Milliarden Kronen — das muß man ungefähr mit 6 multiplizieren, um auf Schillinge zu kommen — einen Posten für Militärausgaben in der Höhe von 2 Milliarden Kronen, also das Sechsfache dessen, was wir selbst für unsere Verteidigung aufwenden. Wir können also wirklich sagen, daß die Ausgaben, die wir global für unsere Landesverteidigung leisten, nicht übertrieben sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun etwas über unsere Außenpolitik sagen, die ja das Instrument unserer Neutralität ist. Unsere Außenpolitik spielt sich in drei Kreisen ab. Das naturgegebene Gebiet unserer Außenpolitik wäre der Donaauraum, von dem wir aber praktisch abgesperrt sind. Der zweite Kreis ist Europa und der dritte Kreis die UNO.

Vorher müssen wir überhaupt auf die Frage antworten: Braucht ein so kleines Land wie Österreich — diese Frage wurde schon gestellt — überhaupt eine Außenpolitik? Wenn man unser Budget ansieht — ich bitte, mich nicht mißzuverstehen und nicht zu glauben, daß ich jetzt eine Erhöhung der Budgetpost für Äußeres verlange —, so erkennt man, daß Österreich relativ wenig für seinen Außendienst ausgibt. Der Gesamtbetrag ist 125 Millionen Schilling. Unsere Bundestheater erhalten nämlich 152 Millionen Schilling im Jahr. Es gibt wohl kaum ein zweites Land der Welt, das für seine Staatstheater mehr ausgibt als für den Außendienst. Wir können also wirklich nicht sagen, daß wir einen übermäßig ausgebauten Außendienst besitzen.

Neben der Frage des Umfanges unseres Außendienstes möchte ich auch eine Frage berühren, die der Kollege Koplenig angeschnitten hat. Auch Koplenig findet manchmal ein Korn. Die Frage ist es wert, darüber nachzudenken. In dem Augenblick, in dem Österreich Mitglied der Vereinten Nationen wurde, in dem es Mitglied des Europarates, Mitglied einer großen Anzahl anderer internationaler Körperschaften, der UNESCO, des ECOSOC, der Atombehörde und so weiter und so weiter, wurde, müssen wir selbstverständlich einen außenpolitischen Kurs in allen diesen Körperschaften einhalten. Ich will jetzt nicht über den Kurs sprechen, ich möchte nur feststellen, daß es notwendig ist, eine einzige Linie einzuhalten, denn trotz unserer Neutralität bleibt es uns nicht erspart, in bestimmten Fragen Stellung zu nehmen.

Wenn zum Beispiel im Ministerausschuß des Europarates, der, glaube ich, im Dezember tagen wird, die Frage nach dem Sitz der europäischen Behörden gestellt wird, wird unser Bundesminister für Äußeres dazu eine Stellung beziehen müssen. Allerdings, er kann sich der Stimme enthalten, aber auch das ist in gewissem Sinn eine Stellungnahme. Als in den Vereinten Nationen über den Ungarnbericht abgestimmt wurde, mußte die österreichische Delegation Stellung beziehen. Was mir als wesentlich erscheint, ist, daß eine innere Koordinierung unserer Stellungnahme stattfindet. Was mir noch als wesentlich erscheint, ist, daß die ganze österreichische Öffentlichkeit sich darüber klar wird, daß Österreich heute auf internationaler Ebene handelnd geworden ist.

Das Beispiel, das Abgeordneter Koplenig brachte, war gar nicht so schlecht, die Abstimmung bei den Vereinten Nationen über die Frage Chinas. Ich will jetzt nicht die Frage berühren, ob man für oder gegen die Aufnahme Chinas stimmen sollte. Es gibt verschiedene Meinungen darüber. In diesem Zusammenhang scheinen mir aber zwei andere Dinge wirklich interessant. Das eine, daß Österreich seine Stimme abgab, daß wir aber erst davon hörten, als die österreichischen Delegierten — wir haben ja jetzt Gott sei Dank auch Parlamentarier in dieser Delegation — von der UNO zurückkamen. In jedem anderen Land, dessen Vertreter bei der UNO ihre Stimme abgeben, wird darüber selbstverständlich von der gesamten heimischen Presse berichtet. Vielleicht bestand hier nur eine technische Schwierigkeit. Unser Volk muß sich jedoch daran gewöhnen, wenn österreichische Vertreter auf internationalem Gebiet abstimmen, davon Kenntnis zu erhalten, wie die Stellungnahme Österreichs in einer bestimmten Frage war. Man hat wirklich aus der „Zürcher Zeitung“ herausfinden müssen, wie sich die österreichische Delegation verhalten hat.

Österreich hat gegen die Aufnahme Chinas gestimmt. Gut, darüber kann man diskutieren. Aber fast zur gleichen Zeit fand in Wien die Konferenz der Internationalen Atombehörde statt. Auch hier wurde über China abgestimmt, und hier hat sich die österreichische Delegation der Stimme enthalten. Warum dort dagegen und hier eine Stimmenthaltung? Man konnte fast zur Auffassung kommen, wenn die nächste Konferenz der UNESCO in Neu Delhi zusammenträte, werden wir, weil das in der Nähe Chinas ist, für China stimmen. Was ist entscheidend für die österreichische Stimmenabgabe? Der Ort, an dem man abstimmt, die letzte Cocktail-Party und letzte Informationen, die man bekommen hat, oder eine bestimmte außen-

politische Linie, die wir gerade im Interesse unserer Neutralität und um keine Mißdeutung dieser Neutralität aufkommen zu lassen, einhalten müßten? Ich glaube also, daß wir alle in der Frage des Bewußtmachens unserer internationalen Stellung eine Verpflichtung haben und daß jeder in seinem Kreise wirken muß.

Wenn vorhin eine gewisse Kritik erfolgte, daß Kollege Koplenig eine außenpolitische Übersicht hielt, die vom Sputnik bis nach Syrien reichte, so glaube ich, daß wir in diesem Hause trotz alledem in der Regierung und in allen meinungsbildenden Körperschaften unseres Landes uns sehr wohl mit der Entwicklung unserer Umwelt auseinandersetzen müssen, sonst könnte ja keine Außenpolitik mehr konzipiert werden. Was sich im Augenblick an unseren Grenzen abspielt, ist von ganz großer geschichtlicher Bedeutung. Ich will hier ja gar nicht von Ungarn sprechen, ich will von der Tatsache sprechen, daß die Entwicklung im Donauraum, daß die Entwicklung im Osten Österreichs uns von einer schweren politischen Hypothek befreit, mit der die Welt bis jetzt belastet war. Jede politische Überlegung stand bisher vor folgender Frage: Wie können die schrecklichen Diktaturen des Ostens jemals verschwinden? Jedes Konzept fußte auf der Theorie der Unumstürzbarkeit der Diktaturen, der Unmöglichkeit, eine Diktatur von innen her zu ändern. Diese Annahme wurde durch die Erfahrungen mit dem Dritten Reich, mit Mussolini, mit Franco und so weiter untermauert. Und man kam, wenn man diese Theorie der Unmöglichkeit, eine Diktatur von innen umzustürzen, von innen zu verändern, akzeptierte, letzten Endes nur zu zwei möglichen Schlußfolgerungen: entweder sich zu ergeben und für immer das Vorhandensein dieser Terrorstaaten als selbstverständlich hinzunehmen, oder zur anderen, noch viel gefährlicheren Alternative des Kreuzzuges, das heißt zum Schluß, im Namen der westlichen Zivilisation, im Namen der Freiheit die ganze Menschheit in ein Chaos zu stürzen, in dem es dann weder Freiheit noch Zivilisation geben würde. Die Entwicklung im Osten befreit uns aus diesem Dilemma.

Was sich heute östlich von uns abspielt, ist eine Revolution, ein Prozeß, der verglichen werden kann mit den Revolutionen, die Europa vor mehr als 100 Jahren gekannt hat. Hier geht es nicht allein um Ungarn.

Der ausgezeichnete UNO-Report — jeder von uns sollte ihn kennen — hat die ungarische Volkserhebung als eine nationale Volkserhebung bezeichnet. Das stimmt weitgehend. Aber es gibt hier einige Dinge, die uns zu

denken geben. Gibt es uns nicht zu denken: Es ist kein westlicher Soldat in Ungarn gewesen, trotz der Bezeichnungen, der Westen habe die Erhebung geschürt, aber russische Soldaten sind auf der Seite der Revolution gefallen! Gibt es uns nicht zu denken, daß unter den Flüchtlingen, die nach Österreich gekommen sind, nicht nur Ungarn waren? Ich habe Flüchtlinge getroffen, gesiebte nordkoreanische kommunistische Studenten, die in Budapest studiert hatten, die auf der Seite der Revolution gekämpft haben und die dann mit ihren ungarischen Freunden emigrierten. Dieses Ungarn ist nicht ein isolierter Fall für sich. In Ungarn wurde ein Schleier weggerissen und eine bestimmte Stufe eines größeren Prozesses sichtbar.

Erinnern wir uns an die Erhebung des 17. Juni 1953 in Ostdeutschland. Man hat geglaubt, das sei damals lediglich eine Maschinenpanne gewesen. Erinnern wir uns an das, was in Polen geschehen ist, erinnern wir uns an Ungarn. Vergewegen wir uns, daß dieser Prozeß in Wirklichkeit weder ungarisch, ostdeutsch noch polnisch, sondern eine Zersetzung des gesamten sowjetischen Regimes ist, die vor der Sowjetunion nicht haltgemacht hat. Wir konnten vor einiger Zeit in einer kommunistischen Moskauer Zeitung, der „Komsomolskaja Prawda“, lesen, daß russische Studenten eine illegale Zeitung herausgegeben hätten; sie heißt „Jeresch“, das soviel wie „Ketzer“ bedeutet. In Rußland selbst ereifert man sich darüber, daß dort bereits illegale Ketzerzeitungen erscheinen. Wir sehen im Laufe dieses Prozesses, wie Menschen, die als Idealisten zum Kommunismus gekommen sind — Djilas ist ein Beispiel — und die es nun erlebt haben, was die kommunistische Maschine in ihrer Machtausübung wirklich bedeutet, welches Terror-system nicht nur für die Bürger, nicht nur für die Bauern, sondern auch für den Arbeiter errichtet wurde, sich lösen und heute einen Weg suchen, der einmal mit unserem demokratischen Weg zusammenlaufen kann.

Gerade vor einem Jahr schrieb eine polnische Zeitung in Anlehnung an das kommunistische Manifest: „In Europa geht ein Gespenst um, das Gespenst des menschlichen Sozialismus, und schreckt nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Stalinisten.“ Und ohne jetzt hier auf die Frage des genauen Charakters dieser Bewegung einzugehen, können wir feststellen, daß durch den Tod Stalins im Osten im Eisriegel, der den gefrorenen Fluß der russischen totalitären Gesellschaft gestaut hat, ein Block zersprengt wurde. Nun setzt sich der Fluß in Bewegung, und es geht einmal langsamer und einmal schneller, es geht einmal in Form von ministeriellen

Krisen, es geht einmal à la Schukow und einmal à la Gomulka. Es geht in blutigen Erhebungen wie in Ungarn, und es geht in stiller Sabotage von Millionen Menschen. Zu dieser Revolution kann man nicht ja oder nein sagen, sie ist einfach vorhanden.

Diese Revolution wird in den verschiedensten Formen weitergehen, ob wir wollen oder nicht. Die einheitliche Ideologie, auf die sich die kommunistische Macht früher gestützt hat, ist bereits zerbrochen. Man stelle sich nur vor, wie es vor einem Jahr im Osten aussah: In Jugoslawien durfte man auf die Sowjetunion schimpfen, aber nicht auf die eigene Regierung. In Polen durfte man auf die eigene Regierung schimpfen, aber nicht auf die Sowjetunion. In der Tschechoslowakei durfte man weder über die Sowjetunion noch über die eigene Regierung etwas sagen, und in Ungarn konnte man gegen die eigene Regierung und gegen die Sowjetunion etwas sagen. Wo ist da der monolithische Block des Kommunismus geblieben? Er ist zersprengt worden, und er hat seine Einheit als Ideologie verloren. Natürlich geht diese Entwicklung oft zwei Schritte vorwärts und dann wieder einen Schritt zurück, aber nie ganz. Wenngleich heute Staaten wie Jugoslawien und Polen in ihrer außenpolitischen Bewegungsfreiheit wieder eingeengt sind, so haben sich dennoch die polnischen Verhältnisse geändert. Ein Beispiel nur: Zwölf Jahre hat Polen 55 Millionen Tonnen Kohle zum Preis von 1,25 Dollar liefern müssen. Heute erhält es für seine Kohle von der Sowjetunion 17 Dollar pro Tonne. Eine neue, selbstbewußte Politik hat in manchen Satellitenstaaten viel geändert. Die Theorie der Unstürzbarkeit der Diktaturen hält dieser Entwicklung nicht stand.

Nun sage man nicht, wenn wir in Österreich über diese Fragen sprechen, das sei Neutralitätsverletzung. Als kleiner Staat leben wir an der Grenze dieses Eisstoßes, und wir müssen beobachten, was sich dort abspielt; dieser Fluß wird seinen Weg gehen, auch wenn wir ihn nicht ermuntern und nicht unterstützen. Österreichs Neutralität muß eine aktive Neutralität mit offenen Augen sein. Nur so wird sich die österreichische Republik in ihrer Neutralität behaupten können.

Aber es geht auch noch um eine andere Frage. Die Behauptung unseres kleinen Österreich ist nicht nur die Frage einer politischen Behauptung, sie ist ebenso die Frage der geistigen Behauptung unseres Landes. Wir leben in einer Zeit der Integration, der Automation. Wir sehen, wie andere Weltreiche sich für die Zukunft vorbereiten, wie in Amerika 15 Milliarden Dollar für Atom-

forschung ausgegeben werden, wie in der Sowjetunion eine Million Techniker für die Zukunftsaufgaben einer atomaren und automatischen Wirtschaft herangezogen werden, wir sehen, wie unglaubliche Summen in allen Ländern nicht nur für die zivile, sondern auch für die militärische Forschung ausgegeben werden. Wie steht es mit unserem Land, das auf eine große intellektuelle Vergangenheit auch zurückblickt? Wie steht es heute in Österreich?

Glauben wir wirklich, daß wir unseren Platz in der Welt halten können, wenn wir nicht imstande sind, mit der Entwicklung der Automation Schritt zu halten? Glauben wir, daß wir uns behaupten können, wenn wir ein Land sind, dem es an technischer Intelligenz mangelt? Die Gefahr besteht ja, daß unser Österreich dann einmal so eine Art unterentwickeltes Gebiet Europas werden könnte. Wir müssen uns im klaren sein, daß es eine unserer Hauptaufgaben ist, uns auf diese neue Ära der technischen Entwicklung vorzubereiten. Man findet leider nicht immer das nötige Verständnis, wenn man von diesen Dingen spricht.

Da wurde vor einiger Zeit in der staatlichen Industrie- und Bergbauverwaltungsgesellschaft — ich glaube, es war unser Vizekanzler selbst, der den Vorschlag machte — vorgeschlagen, daß wir aus dem jährlichen Überschuß der Industrie- und Bergbauverwaltung, einem Überschuß, der ungefähr 15 Millionen Schilling beträgt, für 600 Mittelschultechniker ein Monatsstipendium von 600 S, für 600 Hochschulstudenten Monatsstipendien von 1200 S geben. Dieser Überschuß, der sonst an die verstaatlichte Industrie zurückflösse, könnte dazu verwendet werden, um Voraussetzungen der weiteren Entwicklung unseres Landes zu fördern. Man hat gesagt, es ginge nicht. Man sollte aus dieser Frage keine parteipolitische Frage machen. Ich glaube, daß hier viele der Meinung sind, daß es sehr wohl gehen könnte.

Und damit, meine Damen und Herren, komme ich überhaupt zur Frage unserer Hochschulen. Wie weit sind unsere Hochschulen heute überhaupt in der Lage, den Anforderungen zu entsprechen, nicht allein denen, die die Gegenwart an uns stellt, sondern auch jenen, die die Zukunft an uns stellen wird? Unsere Hochschulen waren einmal der Platz, an dem eigentlich der Bürgerkrieg seinen Ausgang genommen hat. Lange bevor es 1934 zum großen Konflikt gekommen ist, wurde uns an den Hochschulen dieser Konflikt vorerzählt. Da kämpften die Arier gegen die Juden, die Christen gegen die Marxisten, die CVer gegen die Burschenschafter: an

unseren Hochschulen wurde der Bürgerkrieg vorgespielt, den wir später wirklich erlebt haben.

Wir haben es als Folge dieses akademischen und des anderen Bürgerkrieges erlebt, daß später Österreicher ins Ausland, nach Deutschland und in die andere Welt gegangen sind. Diese Wissenschaftler, Gelehrte von Weltruf, deren wir uns stets erinnern, wenn wir von den Vorzügen unseres Volkes sprechen, sind heute Sendboten Österreichs im Ausland. Ja, man hat vor kurzem festgestellt, daß man mit den Österreichern, die an den Hochschulen der Vereinigten Staaten unterrichten, wenn man sie zusammenfaßt, eine komplette Hochschule in Wien besetzen könnte. Fachmänner von Weltrang! (*Zwischenruf bei der ÖVP: Auch Schuschnigg!*) Will man sie zurückholen? Ich frage, ob man wirklich will, daß sie zurückkommen, ob es wirklich auch der heutige Lehrkörper gerne sehen würde, wenn sie zurückkämen. Wir sehen leider, daß nach den vielen Säuberungen — 1934 die Sozialdemokraten und „Nationalen“ ausgemerzt, 1938 Sie, meine Damen und Herren, ausgemerzt, 1945 zum zweitenmal die sogenannten Nationalen ausgemerzt — zurückgekommen beziehungsweise geblieben sind die Überdauerer und jene, die sich in der politischen Konjunktur 1934 hinaufgeschwungen haben. Neben ihnen gewiß auch einige wahre und echte Wissenschaftler, aber ich glaube, die sprechen heute sehr leise in der Umgebung, die heute an unseren Hochschulen besteht. Wer will denn heute noch die Fachleute, die wir im Auslande haben, zurückholen? Das Ministerium? Das Professorenkollegium? Ich glaube, die Mehrheit will es nicht. Und wir erleben — ohne zu wollen —, daß wir erstklassige Fachmänner im Ausland, die bereit wären, für Gagen, die nicht so hoch wären wie die eines Opernstars, zurückzukommen, nicht holen, und dagegen den Fall unseres früheren Kollegen Kolb — den wir als Abgeordneten und während seiner Ministerschaft als Fachmann auf seinem Gebiet kennengelernt haben —, der aber eine Fähigkeit bestimmt nicht hat, nämlich Universitätsprofessor zu sein. (*Ruf bei der ÖVP: Wer beurteilt das? — Weitere Zwischenrufe.*) Ich möchte es doch behaupten, denn ich glaube, daß auch die Akademiker unter Ihnen der Auffassung sein werden, daß es die mindeste Voraussetzung für jemanden, der an unseren Hochschulen lehrt, ist, daß er zumindest einmal wissenschaftlich gearbeitet hat. Ich möchte Sie bitten, mir eine wissenschaftliche Arbeit Ihres Kollegen Kolb zu zeigen. Bis heute ist nichts davon bekannt. Ich habe gehört, es soll eine in Vorbereitung sein.

Aber glauben Sie wirklich, daß das ein gesundes System an unseren Hochschulen ist? Man hat in der letzten Zeit oft darüber diskutiert, ob an unseren Hochschulen überhaupt noch Lehrfreiheit besteht, und ich glaube, es wäre unrecht, wenn man sagte, daß die Lehrer an den Hochschulen keine Lehrfreiheit haben. Herr Professor Brandweiner, der in Graz Völkerrecht unterrichtet und der dank einer Protektion dort hingekommen ist, die bestimmt nicht sozialistisch war, meine Damen und Herren von der Volkspartei, kann frei über seine Pestflöhe lehren, wie er will, und niemand verbindet ihm den Mund. Er kann nach Korea fahren und dort Zoologie studieren und kann uns das im Rahmen seiner Völkerrechtslehre dann vorsetzen. Aber es besteht doch eine Tatsache, daß, um in den Genuß der Ausnützung dieser Lehrfreiheit zu kommen, man sich erst beugen muß einer — ich verwende das Wort — Vetternwirtschaft an unseren Hochschulen, die nicht nach den Grundsätzen der Qualifikation der Bewerber vorgeht. Und der Fall Kolb ist dafür — es tut mir leid, das sagen zu müssen — eine Illustration. (*Abg. Harwalik: Und das Professorenkollegium in Innsbruck?*) Nun, er war an letzter Stelle, glaube ich, gereiht.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie, daß unsere Hochschulen nicht weltfern sind, wenn es dort Gegenstände, die in den bürgerlichsten — zu Ihrem Bedauern muß ich sagen, daß Österreich nicht mehr der bürgerlichste Staat ist —, in hochkapitalistischen Ländern gelehrt werden, wie — staunen Sie nicht — Sozialismus oder Gewerkschaftskunde, und wo die Akademiker sich mit den Fragen der modernen Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit Sozialpolitik befassen, nicht gibt? Ja glauben Sie, es entspricht dem Zug unserer Zeit, wenn heute im Vorlesungsverzeichnis der Wiener Universität keine einzige solche Vorlesung aufscheint? Ich erinnere mich, zur Zeit des Monsignore Seipel gab es diese Vorlesungen an der Wiener Universität. Nur hat sich Seipel selbst nie als Klerikaler, sondern immer nur als Kleriker bezeichnet, und das hat vielleicht den Unterschied ausgemacht.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das große Problem der Heranbildung unseres akademischen Nachwuchses auf technischem und anderen Gebieten, das wir gemeinsam bewältigen müssen, wenn wir die Zukunft sichern wollen, wird nur zu lösen sein, wenn an unseren Hochschulen ein neuer Geist einzieht. Wir Sozialisten wünschen, daß wir eine Neutralitätspolitik verfolgen, die die politische Behauptung unseres Landes sichert,

und daß wir eine Kulturpolitik führen, die die geistigen Voraussetzungen unseres Landes konsolidiert.

Meine Damen und Herren! Ich bin jetzt am Schluß. Eine Budgetdebatte ist immer Gelegenheit, Meinungen auszutauschen. Ich gebe gerne zu, daß manches von dem, was ich heute von Rednern anderer Parteien gehört habe, mir auch Gelegenheit zum Nachdenken gegeben hat. Ich bitte Sie, nehmen Sie das, was wir Ihnen in der Budgetdebatte sagen, als einen Beitrag zur Klärung unserer Politik. Ich glaube, jede Budgetdebatte hat die Aufgabe, schlummernde Fragen zu wecken, um sie zu klären. Der englische Philosoph Bertrand Russell sagte einmal, das Weltgewissen sei dauernd im Halbschlaf und müsse jeden Tag wachgerüttelt werden. Möge unsere Budgetdebatte jedesmal dazu beitragen, unser aller Gewissen über die Lebensfragen unseres Landes wachzurütteln! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich noch der Herr Staatssekretär Grubhofer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Grubhofer: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Vorredner hat mit dem Hinweis geschlossen, daß er versucht habe, hier einen Beitrag zur Klärung der Politik zu geben. Ich möchte in diesem Sinne fortfahren und auch einen Beitrag zur Klärung einiger Probleme, die er angeschnitten hat, liefern.

Sie haben im letzten Teil Ihrer Rede den Fall Dr. Kolb vorgebracht. Ich weiß nicht, warum Sie dies auf die parlamentarische Ebene tragen. Es bedarf aber, wenn Sie es taten, einiger Klärungen, sehr geehrter Herr Kollege.

Ich habe seinerzeit in der Regierungssitzung, als dieser Fall zur Debatte stand — sehr geehrter Herr Vizekanzler, Sie werden sich noch erinnern —, folgendes gesagt: Es ist unrichtig, einem Dr. Kolb die Qualität hinsichtlich wissenschaftlicher Lehrfähigkeit abzuerkennen oder nicht zuzuerkennen. Ich habe darauf hingewiesen, daß mir bekannt sei, daß an Dr. Kolb während seiner Tätigkeit als Minister die Anfrage einer ausländischen Universität — überbracht durch den Abgesandten des Professorenkollegiums — gerichtet wurde, ob er eventuell bereit wäre, eine Berufung als Professor an diese Universität anzunehmen. Dr. Kolb hat diese Anfrage als sehr ehrend empfunden, sie aber mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß er nicht im geringsten den Anschein erwecken wolle, er sei vielleicht, weil Minister und aktiver Politiker, einer Bevorzugung teilhaftig ge-

worden. (*Abg. Probst: Kann man denn Ministerratsdebatten ins Parlament bringen?*) Herr Kollege! Das ist eine sachliche Feststellung, die vom Kollegen Strasser herausgefordert ist, weil er gesagt hat, dem Minister Dr. Kolb fehle es an wissenschaftlichen Qualitäten! (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Herr Abgeordneter Probst! Ob das nun eine Richtigkeit oder Unrichtigkeit meinerseits ist, darüber setze ich mich gern in der nächsten Regierungssitzung auseinander. Lassen Sie mich fortsetzen!

Ich habe des weiteren gesagt, daß österreichische Universitäten Dr. Kolb schon zu wiederholten Malen eingeladen haben, Enunziationen, Reden von ihm einzugeben, denn sie hätten die Qualität, als Habilitationsschrift anerkannt zu werden. Dr. Kolb hat es nicht getan, weil er gesagt hat, man könnte meinen, er zöge aus seiner Stellung als aktiver Minister einen Vorteil.

Wenn also das Professorenkollegium von Innsbruck zur Auffassung gelangt ist, Dr. Kolb habe die Fähigkeit, so ist es, glaube ich, nicht besonders vornehm und höflich, Herr Abgeordneter Strasser, wenn Sie entgegen der Auffassung dieses Professorenkollegiums Herrn Dr. Kolb die Fähigkeit aberkennen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich darf auch darauf hinweisen, daß es in Österreich hinsichtlich der Berufung auf einen Professorenstuhl einer Hochschule wiederholte Beispielfälle gäbe, wonach Persönlichkeiten berufen wurden, die auch nicht den formalen Voraussetzungen entsprochen haben, und niemand sagt heute, daß diese Persönlichkeiten schlechte Hochschulprofessoren sind oder daß sie den Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht entsprechen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Es gibt frühere Beispielfälle, die nicht Ihre Stellungnahme herausgefordert haben, ja die Ihnen sogar irgendwie entsprochen haben.

Ich möchte, diesen Fall abschließend, noch sagen: Ich glaube, daß bei der Berufung eines Hochschulprofessors in Österreich weiterhin nicht die Politiker, sondern allein das Professorenkollegium entscheiden soll. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Ich möchte des weiteren zur Klärung der Politik beitragen, weil Sie, Herr Abgeordneter Strasser, mich herausgefordert haben, indem Sie mir hinsichtlich der Neutralität und einer Erklärung dazu von mir, Dinge in den Mund legten, die nicht gesagt wurden. Sie stellen diese Dinge so dar, als gehörte ich zu jenen, die etwa die Neutralität als Neutralismus, als Stillestehen, als Appeasement-Dasein, also sagen wir als Anpassungspolitik, aufgefaßt wissen möchten. Nein, Herr Kollege Strasser,

mißdeuten Sie nicht. Das, was die Presse schreibt, das wissen Sie ja selber, entspricht nicht immer dem Gesagten. Mißdeuten Sie also nicht! Ich mißdeute die Neutralität keineswegs. Ich wage aber hier zu sagen, daß die Neutralität, die Unabhängigkeit, die Selbständigkeit und die Freiheit Österreichs ein Guß ist. Das wesentlichste Mittel zur Erhaltung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Freiheit Österreichs in der heutigen zerstrittenen und zerklüfteten Welt ist die Neutralität.

Und nun halte ich mich lediglich an das Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955, das zu einem Teil der Bundesverfassung wurde, auf die Sie und ich vereidigt sind. Ich darf verlesen:

„Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. (1): Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“

Ich habe in einer Wählerversammlung in Tirol nichts anderes getan, als meine Meinung zu diesem Thema offen dargelegt. Es ist meine Meinung. Gott sei Dank sind wir in einem demokratischen Staat, wo auch der einzelne noch seine Meinung vertreten darf, ohne zuerst bei der Parteiführung oder irgendwo zu fragen: Ist sie richtig? Meine Meinung ist es, und ich bin überzeugt, daß diese Meinung viele Österreicher mit mir teilen, daß diese unsere junge Neutralität sehr empfindlich ist und es ein Boden ist, auf dem man sich noch ziemlich unsicher bewegt. Nun möchte ich mir aber trotz der Nähe der Schweiz zu meiner Heimat nicht beimessen, so zu tun, als ob ich darin etwa geübt wäre, sondern ich befinde mich hier im gleichen Dilemma oder, man kann sagen, in der gleichen Gedankenwelt wie alle anderen Österreicher: Wie wird die Neutralität in Österreich am besten geübt? Und hier bin ich der Ansicht, daß dem Absatz 2, der von der militärischen Neutralität als Mittel spricht, der Absatz 1 vorausgeht, der sagt: „... mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen“.

Nun fehlt es aber an einem Mittel. Es ist nicht richtig, Herr Kollege Strasser, wenn Sie sagen, ich möchte etwa ein Staatsschutzgesetz, in dem steht: Verboten ist, verboten ist, verboten ist und nochmals verboten ist! Nein, ich möchte ein Staatsschutzgesetz, in

1530

Nationalrat VIII. GP. — 38. Sitzung am 30. Oktober 1957

dem etwa steht: Wer das und das tut oder nicht Rücksicht nimmt, hat zu gewärtigen, daß ... (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Das ist ein Unterschied!

Ich möchte das genau erklären: Die österreichische Neutralität bindet — das ist allgemein bekannt — völkerrechtlich nicht das Volk, nicht den einzelnen Mann, die einzelne Frau, sondern den Staat, verkörpert durch die Bundesregierung. Also der einzelne kann sagen, was er will, er kann tun und lassen, was er will, soll deutlich reden, von mir aus schreien und argumentieren. Er ist nicht verpflichtet, sich an die Neutralität zu halten. An die Neutralität zu halten, sie zu pflegen und zu hüten, damit Unabhängigkeit und Selbständigkeit gewährleistet sind, diese Aufgabe fällt dem Staat, das heißt dem obersten Vollzugsorgan, der Regierung, zu. Und ich bin nun der Meinung, daß diese Regierung — vorläufig besteht sie aus 18 Leuten, über ihr der Bundespräsident, der genau so dazu berufen ist, die Neutralität zu bewahren und zu hüten — es schwer hat, sie zu hüten, wenn der einzelne Bürger nicht weiß in empfindlichen Dingen maßzuhalten. Nur um das geht es mir: in empfindlichen Dingen maßzuhalten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gredler.*) Herr Abgeordneter Gredler, was paßt Ihnen nicht? In empfindlichen Dingen maßzuhalten? Er soll also frei von der Leber weg reden können. Wenn aber jene, die berufen sind, die Neutralität zu halten und sie vertragsmäßig und nach dem Gesetz nach außen zu vertreten, feststellen, daß hier zu weit gegangen wurde, soll eine Möglichkeit bestehen, dieses Zuweit-Gehen irgendwie richtigzustellen. Diese Möglichkeit fehlt heute. (*Abg. Marianne Pollak: Wo ist die Grenze?*) Das können Sie dann bestimmen, wenn wir hier das Staatsschutzgesetz beraten. Ich will nichts anderes, als daß die Regierung, die die Neutralität beachten und halten muß, gemäß dem Absatz 1 des Neutralitätsgesetzes: „alle zu Gebote stehenden Mittel“, wenigstens etwas Zweckdienliches in die Hand bekommt, um Übergriffe solcher, die nicht maßhalten, entgegenzutreten zu können. Gar nichts anderes will ich, und es ist falsch, wenn man mir zumutet, daß ich ein Maulkorbgesetz will, wie das eine Zeitung schrieb. Ebenso ist das falsch, was der Herr Abgeordnete Strasser mir zumutet.

Ich darf nun diese hoffentlich klaren Ausführungen in bezug dessen, was ich meine, abschließen. Mir persönlich, Herr Kollege Strasser, können Sie kein Stillestehen und keine Anpassungspolitik vorhalten. Ich weiß schon, daß es empfindlich ist und daß das, was ich verlange, wenn man nicht scharf nachdenkt und es scharf abgrenzt, momentan so aussieht, als ob ich eine Anpassungs- und Duldsamkeitspolitik gegenüber dem Osten betriebe, weil solche Dinge derzeit angeblich dem Osten zugute kommen. Es kann aber einmal auch anders sein. Ich denke nicht an eine Anpassungs- und Duldsamkeitspolitik gegenüber dem Osten.

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich im Kampf gegen den Kommunismus stehe und mit mir meine Partei, und ich billige Ihnen, Herr Abgeordneter Strasser, zu, daß Sie auch ein Kämpfer gegen den Kommunismus sind. Aber daß ich im Kampf gegen den Kommunismus stehe, das haben Sie indirekt angezweifelt, und Sie meinten, ich möchte da mit meinen Neutralitätsdingen irgendwie schwach werden. Im Kampf gegen den Kommunismus stehen meine Partei und ich wohl auf einem zäheren Fundament als Sie, Herr Abgeordneter Strasser! (*Widerspruch bei den Sozialisten.*) Ich billige Ihnen zu: Sie in Ihrer Mentalität sind ein Revolutionär. Ich in meiner Mentalität bin vielleicht eher konservativ, aber im Kampfe gegen den Kommunismus befähigt mich allein mein Glaube nach oben, viel zäher und viel widerstandsfähiger zu sein als etwa Sie oder viele von Ihnen, meine Damen und Herren, auf der linken Seite! (*Beifall bei der Volkspartei.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Ich bitte jene Frauen und Herren Abgeordneten, die ihre Zustimmung geben, die Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958, dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 20. November dieses Jahres statt. Eine schriftliche Einladung wird noch ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr